

# infobrief *eu&international*

## Lobbyismus in Europa



**Aus dem Inhalt**

Brüssel – ein Lobbyparadies?	3
Munter schwingt die Drehtür	8
ExpertInnengruppen	14
Transparenz im EP	21
Think Tanks und Lobbying	25
Lobbyieren für den Europakt	30
Industrilobby blockiert	
Maßnahmen zum Klimaschutz	34
Zukunft der Investitionspolitik	35
BankenlobbyistInnen	39
Lobby-Reformen in den USA	42

# infobrief eu&international

## Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Die Übermacht der Wirtschafts- und Finanzinteressen in Brüssel – dieser rote Faden zieht sich durch die Artikel unserer Sondernummer zum Thema Lobbyismus in der EU.

„Brüssel – ein Lobbyparadies?“ skizzieren W. Dinan und E. Wesselius das große Ungleichgewicht, einen genaueren Blick auf die „Drehtüre“ zwischen Kommission und Wirtschaft sowie das EU Parlament nach dem Strasser-Skandal werfen

O. Hoedeman und T. Lange. Y. Vassalos und D. Plehwe bringen Licht in das Dickicht der sogenannten ExpertInnengruppen und Brüsseler Think Tanks. K. Harr, P. Eberhardt und N. Cingotti zeigen auf, wie die Wirtschafts- und Finanzlobbies Finanzmarktregulierung, Europakt, Klimaschutz und EU Investitionspolitik beeinflussen. Mit einem zumindest teilweise positiven Ausblick von C. Holman auf die US Lobbykontrolle wünschen wir eine anregende Lektüre und danken unseren KooperationspartnerInnen ALTER-EU, CEO und LobbyControl, allen AutorInnen der Ausgabe, sowie für Übersetzung N. Matousek und J. Schacherreiter und für Zusammenarbeit T. Lange, P. Eberhardt und K. Roovers.

Ihr AK Redaktionsteam

## Lobbyismus in Europa

# Wider die Übermacht der Wirtschaftsinteressen

### Wird die Europäische Union durch Heerscharen an LobbyistInnen unterwandert?

Die Gefahr für die demokratischen Werte der Europäischen Union infolge des ausufernden Lobbyismus kann nicht überschätzt werden. Mit der vorliegenden Sondernummer wollen wir Schlaglichter einer Zustandsbeschreibung liefern und sowohl strukturelle Defizite als auch unerlässliche Lösungsansätze aufzeigen.

Alice Wagner und Valentin Wedl

Seit 20 Jahren ist die österreichische Bundesarbeitskammer (BAK) bestrebt, gemeinsam mit den Gewerkschaften den österreichischen ArbeitnehmerInnen eine gewichtige Stimme auf dem europäischen Parkett zu verleihen. Die BAK nimmt dabei eine besondere Rolle wahr.

Sie ist eine gesetzliche Interessenvertretung und zeichnet sich durch

**Problematisch wird Lobbying dann, wenn kommerzielle Akteure gegen hohes Entgelt bestimmten finanzstarken Einzelinteressen durch Manipulation staatlicher Entscheidungsabläufe zum Durchbruch verhelfen wollen.**

eine umfassende öffentliche Kontrolle und demokratische Legitimation ihrer Organe aus. Die BAK unterscheidet sich in ihrem Wesen ganz grundlegend von klassischen Lobbies und Lobbyunternehmen.

### Mitgliedschaft bei ALTER-EU

So wie andere vergleichbare öffentliche Einrichtungen ist die BAK gleichwohl, um ihren Transparenzwillen unmissverständlich zu dokumentieren, im Transparenz-Register der EU eingetragen (Nummer 23869471911-54). In ihren EU-politischen Aktivitäten zählt die AK zu jener Minderheit von Interessenverbänden, die nicht zuletzt im Sinne der Pluralität und Ausgewogenheit bestrebt sind, ein Gegengewicht zur Übermacht der Wirtschaftsinteressen zu bilden. 2010 ist die BAK Mitglied bei der Allianz für Lobbying Transparenz und Ethik Regulierung (ALTER-EU) ➤



**Die Europäische Union ist aufgerufen, den LobbyistInnen ein Regulativ entgegen zu stellen, mit dem der zerstörerische Einfluss des Lobbyismus auf die sozialen Fortschritt und demokratischen Werte der EU gebrochen werden kann.**

»

geworden – jener breiten europäischen Koalition aus mehr als 180 Organisationen und Einzelpersonen (ua Gewerkschaften, NGOs, WissenschaftlerInnen) mit dem Ziel dem steigenden Einfluss der Wirtschaftslobbys in der EU gemeinsam die Stirn zu bieten.

**Intransparenz, Unkontrolliertheit – Demokratie?** ■ Im Gegensatz zu Arbeiterkammern, Gewerkschaften und NGOs handelt es sich bei LobbyistInnen grundsätzlich um kommerzielle Akteure, die gegen hohes Entgelt bestimmten finanzstarken Einzelinteressen durch Manipulation staatlicher Entscheidungsabläufe zum Durchbruch verhelfen wollen. Ihre Aufgaben, Ziele, Auftraggeber und Financiers bleiben der Allgemeinheit grundsätzlich unbekannt. Sie unterliegen bislang auch keiner verbindlichen öffentlichen Kontrolle.

In ihren Aktivitäten manifestiert sich in zumindest zweifacher Weise ein erhebliches Bedrohungspotential für die Demokratie. Die Entscheidungsfreiheit der gewählten Organe wird konterkariert („cash“ für „amendments“ bildet hier nur die Spitze des Eisbergs ab). Zudem gewinnen Einzelinteressen mit wirtschaftsnahem Hintergrund die Oberhand gegenüber Allgemeininteressen. So gehen neuere

empirische Schätzungen von mehr als 2.000 Organisationen auf Kapitalseite gegenüber nur rund 50 Verbänden auf Seiten der ArbeitnehmerInnen i.e.S. (insb. Gewerkschaften, ohne Hinzuzählung von NGOs mit ggf. ähnlicher nichtkommerzieller Zielsetzung) aus. Dies wiegt umso schwerwiegender, als die EU zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr denn je zu einschneidenden Reformschritten aufgerufen ist, um endlich die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.

Um in diesem Zusammenhang etwa die Zögerlichkeit bei der Bändigung der Finanzmärkte zu verstehen, ist es unerlässlich, das Ungleichgewicht der Machtstrukturen zu Gunsten der kommerziellen Interessen sowie die mannigfaltigen Methoden und Möglichkeiten der Einflussnahme in den Blick zu nehmen.

**Dringender Handlungsbedarf**

■ Die Europäische Union ist heute aufgerufen, den LobbyistInnen ein Regulativ entgegen zu stellen, mit dem der zerstörerische Einfluss des Lobbyismus auf die sozialen Fortschritt und demokratischen Werte der EU gebrochen werden kann. Mit dieser infobrief-Sondernummer wollen wir einen wichtigen Anstoß dazu liefern.

Alice Wagner ■ AK Wien  
alice.wagner@akwien.at

Valentin Wedl ■ AK Wien  
valentin.wedl@akwien.at

1) Die Mehrzahl der Beiträge sind deutsche Fassungen in gekürzter und aktualisierter Form aus der Publikation *Bursting the Brussels Bubble*, herausgegeben von ALTER EU 2010, <http://www.alter-eu.org/book/bursting-the-brussels-bubble>.  
2) <http://www.alter-eu.org>.

**Die zehn Kernforderungen von ALTER-EU**

1. Ein umfangreiches und verpflichtendes Lobby-Transparenzregister mit wirksamen Sanktionen bei Falschangaben.
2. Transparenz über die Mitglieder von ExpertInnengruppen der EU-Kommission und entsprechende Vorkehrungen gegen die einseitige Besetzung dieser Gruppen mit VertreterInnen aus Wirtschaft-, Finanz- und Industrielobbys.
3. Eine Abkühlphase von mindestens zwei Jahren für KommissarInnen und hohe Kommissions-BeamtenInnen, um die Drehtür zwischen EU-Kommission und Industrie- und Wirtschaftslobbys zu schließen.
4. Effektive Regeln um Interessenkonflikte bei KommissarInnen und KommissionsbeamtenInnen zu verhindern, insbesondere was Gastgeschenke und andere Gefälligkeiten betrifft.
5. Effektive Regeln zur Verhinderung von Interessenkonflikten bei den SonderberaterInnen der EU-Kommission. SonderberaterInnen sollen insbesondere nicht in denjenigen Bereichen eingesetzt werden, in denen sie selbst ein direktes oder indirektes finanzielles Interesse haben.
6. Unabhängige Überprüfung und Durchsetzung der Lobbygesetze und Verhaltenskodizes für jede EU-Institution.
7. Bessere Transparenz- und Offenlegungsregeln und ein robuster Verhaltenskodex zur Vorbeugung von Interessenkonflikten im Europäischen Parlament.
8. Proaktive Transparenz bei Kommission und Parlament – Einführung eines legislativen Fussabdruckes.
9. Strengere und sanktionierbare Verhaltensregeln für LobbyistInnen, welche auch externe Kontrolle umfassen.
10. Stärkung von Zivilgesellschaft und demokratischer Teilhabe in der EU.

## LobbyistInnen im europäischen System

# Brüssel – ein Lobbyparadies?

**Während der letzten 30 Jahre strömten Tausende von LobbyistInnen nach Brüssel, angezogen von der zunehmenden Bedeutung der auf EU-Ebene gefällten Entscheidungen. Mit mehr als 15.000 LobbyistInnen, die die EU-Organen zu beeinflussen suchen, wetteifert Brüssel mit Washington um den Titel der Welt-Hauptstadt des Lobbyismus.**

*William Dinan und Erik Wesselius*

Die überwiegende Mehrheit der Brüsseler LobbyistInnen arbeitet im Interesse der Wirtschaft. Bürgerinitiativen und Interessenverbände des öffentlichen Interesses sind dagegen spärlich gesät. Eine Schätzung geht davon aus, dass Konzern-LobbyistInnen den öffentlichen Interessensverbänden zahlenmäßig fünf zu eins überlegen sind. Konzern-LobbyistInnen haben zudem ungleich mehr Geld zur Verfügung. Während Verbänden des öffentlichen Interesses zwar das hohe Ansehen ihrer Organisationen und der Einsatz ihrer MitarbeiterInnen zu Gute kommt, kämpfen sie dennoch einen ungleichen Kampf. Die unausgewogene Chancenverteilung zwischen jenen, die für wirtschaftliche Interessen lobbyieren und jenen, die ein breites öffentliches Interesse vertreten wird durch den privilegierten Zugang zu EntscheidungsträgerInnen, den die Konzern-LobbyistInnen genießen, noch weiter aus der Balance gebracht. Folglich spiegeln EU-Richtlinien, Verordnungen und andere politische Initiativen häufig die Überlegenheit des unternehmerischen Einflusses wider.

Brüssel zählt über 1.500 Berufsverbände, die so gut wie jeden denkbaren Wirtschaftszweig repräsentieren. Die Bandbreite reicht vom kleinen Brüsseler Büro der European Envelope Manufacturers Association (Verband europäischer KuvertproduzentInnen) bis zu den 150 MitarbeiterInnen am Hauptsitz des European Chemical Industry Council (CEFIC) (Verband der Europäischen chemischen Industrie). Hunderte von Public Affairs Firmen sind in Brüssel aktiv, große Namen wie APCO, Burson-Marsteller, Hill & Knowlton, GPlus und Weber

Shandwick neben weniger bekannten, kleinen Beratungsunternehmen wie Creative Strategies und dem Polit Bureau. Zusammen beschäftigen sie gut und gerne über 1.000 „Auftragskiller“-LobbyistInnen, die für jedes Unternehmen tätig werden, das es sich leisten kann sie zu bezahlen. Darüber hinaus haben hunderte transnationale Konzerne ihre eigenen Lobbybüros („EU-Angelegenheiten“) in Brüssel. Die Agenda der Unternehmen wird zudem von Think Tanks unterstützt, die ihrerseits wieder stark auf die Finanzierung durch Konzerne angewiesen sind.

**Die Wirtschaftslobbys sind den Bürgerinitiativen und Verbänden des öffentlichen Interesses nicht nur numerisch im Verhältnis 5 zu 1 überlegen – ihnen stehen auch um Vielfaches mehr Ressourcen zur Verfügung.**

**LobbyistInnen im europäischen System – ein kurzer Überblick** ■ Innerhalb der EU-Institutionen hat sich eine politische Realität entwickelt in der LobbyistInnen eine weit größere Rolle spielen als in irgendeinem der EU-Mitgliedsstaaten. Es ist wohl als legitim zu erachten, dass Unternehmen ihre Meinung zu EU-Entscheidungen zum Ausdruck bringen, die ihre betriebliche Tätigkeiten betreffen. Wenn EU-Lobbying jedoch instrumentalisiert wird, um die Politik für Wirtschaftsinteressen zu vereinnahmen, wird dies bedenklich.

Auf EU-Ebene wurde das Regieren „für und durch das Volk“ schleichend durch das nicht öffentliche Zusammenspiel von LobbyistInnen und EntscheidungsträgerInnen, die oft wenig Kontakt mit oder Interesse an den WählerInnen haben, in den Hintergrund gedrängt. Das Fehlen einer ernsthaften gesamteuropäischen öffentlichen Debatte und die relativ schwach ausgebildeten Netzwerke europäischer Bürgerinitiativen und EU-weiter sozialer Bewegungen sind Gründe, die ebenfalls dazu beigetragen haben, dass sich ein derartiges Modell in Brüssel entwickelt hat.

LobbyistInnen, die darauf abzielen die EU-Gesetzgebung zu beeinflussen, finden ihren ersten Anknüpfungspunkt meist bei der Kommission: nur die Kommission kann neue Gesetzgebung initiieren und sie spielt die Schlüsselrolle in der Implementierung des bereits existierenden EU-Rechts. Die relativ kleine Größe des Brüsseler Verwaltungsapparats ist einer der Gründe, warum KommissionsbeamtenInnen so stark auf die Vorschläge externer „ExpertInnen“ angewiesen sind. Die gesamte europäische Kommission beschäftigt in etwa 25.000 MitarbeiterInnen, wovon ein Drittel Sekretariatsstellen oder Übersetzungsposten bekleiden. Um Lücken in der fachlichen Kompetenz zu schließen, bedient sich die Kommission etwa 1.000 Beratungsgremien, wovon viele mit IndustrieexpertInnen bzw. LobbyistInnen besetzt sind. Die Kommission wurde in den letzten Jahren dafür kritisiert IndustrielobbyistInnen privilegierten Zugang zu gewähren, hat dies jedoch erst kürzlich und nur widerstrebend als ernsthaftes Problem aner- ➤



kannt, beispielsweise in Hinblick auf die Regulierung der Finanzmärkte.

Der Rat der Europäischen Union, der sich aus Regierungsmitgliedern der 27 Mitgliedstaaten zusammensetzt, hat zu jedem europäischen Rechtsakt seine Zustimmung zu geben. Er ist wohl als jene EU-Institution anzusehen, der die geringsten Rechenschafts- und Transparenzpflichten hat. Nationale Verbände und einzelne Unternehmen nehmen den Rat ins Visier, indem sie die Regierungen der Mitgliedsstaaten lobbyieren. Zum Teil sind derartige Anstrengungen EU-weit koordiniert. Folglich fungieren nationale MinisterInnen und ihre BeamtInnen oft als Sprachrohr für Konzerninteressen, etwa zu beobachten bei den deutschen RegierungsvertreterInnen und dem deutschen EU Kommissar, wenn sie *uni sono* die Interessen der deutschen Automobilindustrie vertreten.

Das Europäische Parlament ist der dritte Hauptdarsteller im Dreieck der EU-Institutionen. Es ist das einzige direkt gewählte Organ der EU und seine Befugnisse wurden über die Jahre maßgeblich erweitert. In vielen Belangen hat es jetzt die Möglichkeit, Initiativen der Kommission zuzustimmen, sie abzuändern oder zu blockieren - in mancher Hinsicht vergleichbar mit der Rolle des Ministerrats. Auch das Parlament zieht

**Einige MEPs wurden auf frischer Tat ertappt, als sie bereit waren, Geldzahlungen im Ausgleich für entsprechende Dienste im Parlament anzunehmen; eine weitaus größere Zahl von Abgeordneten ist laufend bereit – ohne Gegenleistung – die Abänderungsanträge der Wirtschaft im Parlament einzubringen.**

daher eine wachsende Zahl von LobbyistInnen an. Im August 2011 besaßen etwa 3.700 Personen eine LobbyistInnen-Zutrittskarte für das Parlament – das entspricht einem Verhältnis von fünf LobbyistInnen pro Parlamentsmitglied (MEP).

Ein deutscher EU-Parlamentarier beschrieb seine täglichen Erfahrungen mit den LobbyistInnen wie folgt: „Sie rufen mich an, sie passen mich im Erdgeschoß ab, sie schreiben mir 100 Briefe pro Tag. Es ist unmöglich von hier zum Eingang zu gelangen ohne dabei irgendwelche LobbyistInnen zu sehen.“ 2004 beschwerte sich eine LobbyistInnen-Vereinigung bei den Parlamentsdienststellen, dass einige ihrer Mitglieder manchmal stehen müssten wenn sie an parlamentarischen Ausschüssen teilnahmen, da zu viele LobbyistInnen gleichzeitig anwesend sind.

Ende 2008 teilte die MEP Avril Doyle den Medien mit, dass sie sich von LobbyistInnen belagert gefühlt habe, als sie im Europäischen Parlament für die Koordinierung der Arbeiten zum EU-Emissionszertifikatehandel (ETS) verantwortlich war. Sie tat etwas sehr Außergewöhnliches und veröffentlichte eine Liste der 168 Lobbys, die sie zu diesem Thema kontaktiert hatten.

Es ist im Parlament für MEPs gängige Praxis von LobbyistInnen aufgesetzte Gesetzesänderungen einzubringen. Da jegliche Transparenz zum Ursprung einer solchen Vorlage fehlt, besteht ein offensichtliches Risiko unerwünschter regulatorischer Vereinnahmung für finanzkräftige Interessen. Der Anfang 2011 durch die Sunday Times aufgedeckte „cash-for-amendments“-Skandal zeigte, dass diese Praxis sich zu offener Korruption auswachsen kann, wenn MEPs Geld oder andere Vorteile im Austausch für die Vorlage von Gesetzesnovellen annehmen. Als Reaktion auf diesen Skandal führt das Europäische Parlament nun neue Richtlinien

ein, die derartige Vorfälle in Zukunft verhindern sollen.

**David gegen Goliath** ■ IndustrielobbyistInnen sind gemeinnützigen AktivistInnen in Brüssel sowohl zahlenmäßig als auch finanziell überlegen. Die Lobbying-Gruppe der chemischen Industrie CEFIC beschäftigt in Brüssel etwa 150 Personen. Die Automobil-Lobby wird auf über 75 Vollzeit-LobbyistInnen in Brüssel geschätzt. LobbyistInnen für Finanzdienstleistungen, Energie und Pharmaindustrie sind unter den am stärksten vertretenen Sektoren.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen ist und bleibt das Ungleichgewicht besonders augenfällig. Inmitten der Finanzkrise und der enormen öffentlichen Rettungsaktionen für den Bankensektor mobilisierten Finanzdienstleistungs-LobbyistInnen um sich gegen ein Mehr an Regulierung und Kontrolle ihrer Aktivitäten zu wehren. Bisher gibt es so gut wie keinen Verband des öffentlichen Interesses, welcher dem permanenten Druck von Banken, Hedge Funds, Versicherungen und anderen Finanzsektoren auf MEPs etwas entgegen setzen könnten. 2010 äußerte eine überparteiliche Gruppierung von MEPs Bedenken bezüglich des starken Einflusses von LobbyistInnen der Finanzbranche (Banken, Versicherungsgesellschaften, Hedge Funds etc.) auf die EU-Finanzmarktregulierung. Die Gruppe forderte die Mobilisierung und Entwicklung von gemeinnützigen Gegenexpertisen sowie „Gegen-Lobbying“ um sicherzustellen, dass öffentliche Interessen in diesem politischen Fachbereich entsprechend thematisiert werden. Die Aufforderung führte zur Gründung von Finance Watch, einer Pressure Group des öffentlichen Interesses, deren Ziel es ist „die Finanz in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.“

**Brüssel: gemütliches Dorf oder EU-Hauptstadt?** ■ Lobbying in Brüssel wird häufig als sanfter »

»

und konsens-orientierter beschrieben im Vergleich zu den aggressiven Herangehensweisen, die man in Washington beobachten kann. Brüsseler Lobbying-BeraterInnen vergleichen das EU-Viertel gern mit einem harmonischen Dorf, in dem sich eine/r um den/die andere/n kümmert. June O'Keefe von der Interessengruppe der LobbyistInnen SEAP argumentierte: „In dem kleinen Dorf Brüssel ist ein guter Ruf einfach das Um und Auf.“ Dennoch ist das keine Rechtfertigung für die grundsätzliche Ablehnung von mehr Transparenz in der Branche. Auf keinen Fall ist es ein überzeugendes Argument. Brüssel mit einem malerischen „kleinen Dorf“ zu vergleichen, verschleiert die hohen Einsätze und weitreichenden Konsequenzen der getroffenen Beschlüsse. Grundsatzentscheidungen in Brüssel betreffen 500 Millionen BürgerInnen, von denen sich ein Großteil über die EU-Entscheidungsfindung nicht informiert fühlt. Die Lobbying-Community in Brüssel ist der breiten Öffentlichkeit der EU schlichtweg unerklärlich.

Der EU-Lobbying-Veteran Daniel Guéguen zeichnet ein Bild, das wenig Ähnlichkeit mit einem gemütlichen Dorf hat: „Ich denke wir bewegen uns in Richtung härterer Lobbying-Strategien, hin zu komplexeren Herangehensweisen an wirtschaftliche Informationen, die wahrscheinlich Methoden wie Manipulation, Destabilisierung und Desinformation beinhalten wird.“

Gewinnorientierte LobbyistInnen behaupten oft, dass es, anders als in Washington, in Brüssel bisher keine größeren Lobbying Skandale gegeben hätte, was darauf hinweisen würde, dass kein Bedarf an verpflichtenden Transparenz- und Ethik-Richtlinien für LobbyistInnen bestünde. In einer Umfrage aus 2006 hielten dennoch um die 40 Prozent der befragten LobbyistInnen einen Lobbying-Skandal in Brüssel für möglich, wenn nicht Regelungen eingeführt würden um

derartigen Skandalen vorzubeugen. In den USA kamen Lobbying-Skandale dank der Transparenz-Regelungen ans Licht; ähnliche Missstände könnten in Brüssel leicht unentdeckt bleiben. Ist Brüssel daher wirklich ein idyllisches Dorf voller pflichtbewusster LobbyistInnen, oder sind Manipulation, Destabilisierung und Desinformation an der Tagesordnung? Mit einem System, das LobbyistInnen dazu verpflichten würde zumindest ihre Aktivitäten, Budgets und KlientInnen offen zu legen, könnte man die Wahrscheinlichkeit, Fehlverhalten zu identifizieren und zu thematisieren, schon erhöhen.

**Hin zu EU-Lobbying-Transparenz und Ethik-Richtlinien** ■ In der Debatte um (den Mangel an) Transparenz rund um EU-Lobbying haben die gewerblich tätigen LobbyistInnen sich gegen die Offenlegung ihrer Lobbying-Ausgaben gewehrt. José Lalloum, Vorsitzender der europäischen Lobbying-Beratungs-Vereinigung EPACA behauptet, dass derartige finanzielle Informationen nur für „unterbeschäftigte JournalistInnen, die das eine oder andere beweisen wollen“ nützlich wären. Er meinte es wäre „sehr gefährlich“ sich auf das von LobbyistInnen verwendete Geld zu konzentrieren und dass „die Koppelung von Geld mit Einfluss ein falsches Signal sendet.“ Es ist durchaus nachvollziehbar, warum jene mit überdurchschnittlichen finanziellen Mitteln die Bedeutung von Geld herunterspielen wollen. Wohl bestimmt Geld nicht immer den Ausgang von Lobbying-Kämpfen, aber finanzielle Schlagkraft ist definitiv wichtig. Verpflichtende Lobbying-Offenlegungen wären ein einflussreiches Mittel um für die BürgerInnen die Entscheidungsprozesse nachvollziehbarer zu machen.

Der Start der Europäischen Transparenz Initiative durch die Europäische Kommission 2005 entzündete zwar eine Debatte über Lobbying-Offenlegung und Regulierung, hat bisher

## **Eine verpflichtende Offenlegung von Lobbyaktivitäten wäre ein erster Schritt um Manipulation, Destabilisierung und Desinformation zu bekämpfen.**

jedoch kaum zu konkreten Ergebnissen geführt. Die Kommission ging im Juni 2008 mit einem freiwilligen „Register für Interessenvertreter“ online. Aufgrund des freiwilligen Charakters des Registers und der begrenzten Offenlegungsbestimmungen waren die Daten uneinheitlich und in vielen Fällen unzuverlässig. Folglich konnte das Register keine zufriedenstellenden Antworten auf Fragen wie wer in wessen Auftrag welche Themen und zu welchem Preis lobbyiert, geben.

Im Sommer 2011 wurde das existierende Register durch ein gemeinsames „Transparenz-Register“ von Kommission und Parlament ersetzt. Obwohl das neue Register einen stärkeren Anreiz zur Registrierung setzt, wurden nach wie vor nur einige der Unzulänglichkeiten des alten Registers in Angriff genommen und so bleiben die Informationen im Register weiterhin unvollständig und unzuverlässig.

Die Machtstrukturen und die verworrenen Abläufe innerhalb der europäischen Institutionen, ihre Abhängigkeit von externer Beratung und Information, gepaart mit einem Mangel an Transparenz und Lobbying-Vorschriften machen Brüssel zum Paradies für LobbyistInnen. In der Brüsseler Blase gibt es keinen geeigneten institutionalisierten Überblick oder eine Überwachung des Lobbyings und es fehlt an investigativen JournalistInnen und Medien. Diese Situation ermöglicht es LobbyistInnen ihren Geschäften nahezu ungehindert von öffentlicher Verantwortlichkeit nachzugehen. Das Ergebnis ist anti-demokratisch, da diejenigen, die am meisten für Lobbying ausgeben können, die besten Chancen haben EU-Entscheidungen zu beeinflussen.

»



Obwohl die Einführung eines verpflichtenden Lobbying-Transparenz-Registers wichtig sein mag, ist Transparenz allein kein Allheilmittel für alle Probleme im Zusammenhang mit Lobbying in Brüssel. Die Lobbys der Wirtschaftsseite bedienen sich regelmäßig fragwürdiger Lobbying-Taktiken wie Panikmache, fehlerhafte Studien über Auswirkungen, Verzögerungstaktiken, Täuschung und Fehlinformation und greifen auch auf Strohmänner und Dritte zurück um Unternehmensinteressen in Politik und Gesetzgebung voranzutreiben. Sowohl der privilegierte Zugang als auch der Einfluss, den Großunternehmen genießen, bleiben zentrale Probleme.

**Ein solides Regelwerk für Lobbying und institutionelle Ethik ist notwendig, um die Integrität des EU-Systems zu gewährleisten.**

ALTER-EU, die Allianz für Lobbying Transparenz und Ethik-Regulierung in der EU, hat sich wiederholt für ein hohes Maß an Ethik und Integrität im öffentlichen Leben eingesetzt. ALTER-EU ist überzeugt, dass ein solides Regelwerk für Lobbying und institutionelle Ethik notwendig ist, um die Integrität des EU-Systems zu gewährleisten. Die derzeit in der Brüsseler Blase vorherrschende Kultur ist für diese Zwecke schlichtweg ungeeignet – unter der Annahme, dass die Vereinnahmung der EU-Entscheidungsfindung durch Unternehmen verhindert werden soll.

William Dinan ■ Spinwatch

Erik Wesselius ■ Corporate Europe Observatory

## Fliegende Wechsel von der EU-Kommission in die Privatwirtschaft

# Und munter schwingt die Drehtür

**BeamtenInnen der Europäischen Kommission, besonders die KommissarInnen selbst, haben im EU-Entscheidungsprozess viel Einfluss. Es braucht Regeln, um sicherzustellen, dass sie nicht durch zu enge Beziehungen zur Wirtschaft und durch ehemalige oder zukünftige ArbeitgeberInnen beeinflusst werden. Olivier Hoedeman beleuchtet die Notwendigkeit einer strengeren Regulierung von Interessenkonflikten innerhalb der Kommission – und kritisiert das zögerliche Vorgehen der Administration.**

Olivier Hoedeman

2010, im ersten Jahr der zweiten Amtszeit von Kommissionspräsident José Manuel Barroso, wurde die Europäische Kommission mit heftiger Kritik, auch von Seiten der Medien, hinsichtlich der Anzahl ehemaliger KommissarInnen, die durch die sogenannte „Drehtür“ („revolving door“) ins Lobby-Geschäft und in BeraterInnenjobs wechselten, konfrontiert. Sechs der 13 KommissarInnen, die die Kommission 2010 verlassen hatten, waren in Berufe im Privatsektor gewechselt, die zumindest potentiell zu Interessenkonflikten mit ihrer bisherigen Tätigkeit führen könnten. Vor diesem Hintergrund erhöhten zivilgesellschaftliche Organisationen und Mitglieder des Europäischen Parlaments den Druck hinter der Forderung nach strengeren Ethik-Richtlinien in der Form eines neuen Verhaltenskodex („Code of Conduct“).

**Sechs von 13 KommissarInnen, die die Kommission 2010 verlassen hatten, tauchten im Privatsektor wieder auf.**

Nicht erst 2010 wurde offensichtlich, dass in der Kommission bezüglich Interessenkonflikten Handlungsbedarf besteht. Schon während der ... ersten Amtszeit von Kommissionspräsident José Manuel Barrosos gab es

zahlreiche Skandale – zum Beispiel als Barroso auf der Yacht eines griechischen Milliardärs Urlaub machte, dessen Firma später die Zustimmung der Kommission für ein beachtliches staatliches Förderungspaket erhielt; als der ehemalige Handelskommissar Peter Mandelson persönlich die EU-Entscheidung traf, Importzölle für das gigantische Unternehmen eines befreundeten russischen Oligarchen aufzuheben; als ein hochrangiger Beamter der Handelsabteilung der Kommission überführt wurde, weil er angeboten hatte, wirtschaftlich sensible Informationen im Austausch für finanzielle Gegenleistungen durchsickern zu lassen; und als ein Lobbyist für Microsoft und Pfizer Sonderberater der Kommissarin für Konsumentenschutz, Meglena Kuneva, wurde. Nichts davon hatte zu Änderungen in den Ethik-Regelungen der Kommission geführt.

2009 gaben 76% der EU-BürgerInnen an, dass sie glaubten „dass es Korruption in den Institutionen der EU gibt“ – ein Anstieg im Vergleich zu den 66% von 2007.<sup>1</sup> Ein Teil der Erklärung für diese Zunahme findet sich ohne Zweifel im Versagen der Kommission, bei Interessenkonflikten hart durchzugreifen.

**Die KommissarInnen gehen durch die Drehtür** ■ Im Herbst 2009, als Teil der Bewerbung »



vor seiner zweiten Amtsperiode, versprach José Manuel Barroso im Herbst 2009 dem Europäischen Parlament, dass er eine Überarbeitung des Verhaltenskodex für KommissarInnen veranlassen würde.<sup>2</sup> Einige Monate davor war auch das Europäische Parlament in einer Studie zu dem Schluss gekommen, dass der Kodex verschärft werden müsse, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Der Bericht kritisierte die Kommission „für ihre Nachlässigkeit, da sie daran gescheitert war, eine systematische Überarbeitung zu gewährleisten.“<sup>3</sup> Die Richtlinien – so schloss die geradezu prophetische Schlussfolgerung der Studie – beinhalteten ein signifikantes Risiko zukünftiger Skandale, wobei unter vielen anderen Schwächen die fehlende Definition für einen „Interessenkonflikt“ besonders kritisiert wurde. Die Vorhersage, die Regeln seien zu schwach, um Skandale zu verhindern, sollte sich schnell bewahrheiten.

1999 führte die Kommission erstmals „Drehtür“-Regeln für KommissarInnen ein. Anlass war der auch für die Regulierung des Telekommunikationsmarktes zuständige Kommissar für Unternehmen und Industrie Martin Bangemann, der vom spanischen Telekommunikationsgiganten Telefónica angeworben worden war. Sein Wechsel löste eine Debatte aus, die zum Verhaltenskodex für KommissarInnen vom September 1999 führte. Dieser enthielt eine Notifikationsperiode von einem Jahr, während welcher KommissarInnen um Erlaubnis

**Nachdem er als EU-Kommissar die Telefonmärkte in Europa liberalisiert hatte, wechselte Martin Bangemann zum spanischen Telefónica-Konzern.**

ersuchen mussten, bevor sie direkt von der Kommission in einen neuen Job wechseln durften. Allerdings war der Kodex viel zu zahnlos, um tatsächlich Interessenkonflikte zu vermeiden.

Das wurde 2004 deutlich, als die alte Kommission vom Team von Kommissionspräsident Prodi abgelöst wurde. Wenige Wochen nachdem der ehemalige Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, Pavel Telička, die Kommission verlassen hatte, war er an der Gründung von BXL Consulting beteiligt, einer Beraterfirma mit Sitz in Prag und Brüssel. BXL Consulting berät Großkonzerne wie Microsoft bei der Beeinflussung von EU-Entscheidungsprozessen. Die Kommission gab ihr Einverständnis zu Teličkas neuer Tätigkeit ohne eine Abkühlphase („cooling-off period“) oder andere Einschränkungen festzulegen und ohne den Fall auf etwaige Interessenkonflikte hin zu untersuchen.<sup>4</sup>

Vor diesem Hintergrund schrieb die ALTER-EU-Koalition im November 2009 an Kommissionspräsident Barroso und legte dar, dass eine Abkühlphase von mehreren Jahren und klare Kriterien zur Bewertung von Interessenkonflikten notwendig sind.<sup>5</sup> So sollten zum Beispiel EntscheidungsträgerInnen davon abgehalten werden, während ihrer Amtszeit künftige Lobby-Jobs auszuhandeln, da dies ihre Haltung zu Themen, die ihre künftigen ArbeitgeberInnen betreffen, beeinflussen würde. Insbesondere in der ersten Zeit nachdem sie durch die „Drehtür“ gegangen sind, ist zu befürchten, dass wichtige EntscheidungsträgerInnen versuchen ehemalige Angestellte und KollegInnen zu beeinflussen. In ihrer Antwort auf das Schreiben von ALTER-EU lehnte die Kommission die Einführung von strikteren Regeln auf diesem Gebiet ab. Der hartnäckige Widerstand gegen eine verstärkte

Kontrolle zeigte sich auch darin, dass die Kommission eine Überprüfung des bestehenden Verhaltenskodex nur sehr schleppend anging. Eine Überarbeitung war von Kommissionspräsident Barroso bereits im September 2009 versprochen worden. Ein Jahr später gab es jedoch noch immer keine Anzeichen für tatsächliche Verbesserungen am Verhaltenskodex.

**Ex-EU-Industrie-Kommissar Verheugen machte gleich seine eigene Lobbyfirma auf.**

Zu diesem Zeitpunkt wurde die Kontroverse um die vielen Ex-KommissarInnen, die durch die „Drehtür“ in Lobby-Berufe gewechselt waren, zu einem handfesten Medien-Skandal. Das deutsche Magazin WirtschaftsWoche enthüllte, dass der ehemalige Kommissar für Industrie und Unternehmen, Günter Verheugen, eine eigene EU-Lobbying-Beratungsfirma, die European Experience Company gegründet hatte.<sup>6</sup> Die Berichterstattung zeigte auch auf, dass Verheugen es unterlassen hatte, die Kommission hierüber zu verständigen und damit offensichtlich den Verhaltenskodex für KommissarInnen verletzt hatte. Seiner Website nach zu urteilen ist Verheugens neues Unternehmen darauf spezialisiert, bei der Beeinflussung von EU-Institutionen zu helfen. Die Palette reicht von Lobbyberatung bis hin zu aktiverem Engagement. Die EU-Parlamentarierin Inge Gräßle bemerkte zu Verheugens Schritt, dass „sich nun jede/r mit ausreichend Kleingeld durch Verheugen Zugang zu den Institutionen erkaufen kann“. Zu diesem Zeitpunkt hatte Verheugen von der Kommission bereits grünes Licht für vier weitere umstrittene Tätigkeiten bei der Royal Bank of Scotland, dem globalen Lobbyunternehmen Fleishman-Hillard, der Turkish Union of Chambers »



and Commodity Exchanges sowie einer deutschen Banken-Lobbygruppe erhalten. Die Zustimmung der Kommission basierte auf der Entscheidung ihres Ad-Hoc Ethik-Komitees. Dieses wird von dem ehemaligen Kommissionsbeamten Michel Petite geleitet, welcher selbst 2008 durch die Dreh- tür gegangen ist. Das Komitee hatte zuvor bereits umstrittene Freigaben für den Wechsel des irischen Kommissars Charlie McCreevy zu Ryan Air, der Kommissarin für Auswärtige Angelegenheiten Ferrero-Waldner in den Vorstand von Munich Re und für den Wechsel der ehemaligen Kommissarin für Verbraucherschutz Meglena Kuneva zu BNP Paribas erteilt, trotz des offenkundigen Risikos von Interessenkonflikten.<sup>7</sup>

### **Ex-KommissarInnen kassieren neben ihren Gehältern als LobbyistInnen fette Abfertigungen von der Kommission.**

Der Aufschrei der Öffentlichkeit wegen der sechs KommissarInnen, die in Berufe mit potentiellen Interessenkonflikten im Privatsektor gewechselt waren, wurde noch lauter als die Financial Times Deutschland enthüllte, dass etliche ehemalige KommissarInnen Jahre nachdem sie die Kommission verlassen hatten immer noch extrem großzügige Zahlungen der EU erhielten. Unter den EmpfängerInnen dieses dreijährigen, durchschnittlich 100.000 Euro pro Jahr umfassenden Abschiedsbonus fanden sich auch Ex-KommissarInnen, die Lobby-Jobs angenommen hatten, wie beispielsweise Joe Borg und Charlie McCreevy.<sup>8</sup> Während der Pressekonferenzen sah sich der Sprecher der Kommission mit einem wahren Trommelfeuer an Fragen hierzu und zu den Enthüllungen um Verheugen konfrontiert. Die Kommission bestätigte, dass das Ad-Hoc Ethik-Komitee den Fall Verheugen untersuche und dass „in den kommenden

Tagen oder Wochen“ mit einer Entscheidung zu rechnen sei. Im Februar 2011 wurde klar, dass sie Verheugen ihr Einverständnis – mit einigen sehr beschränkten Auflagen – erteilt hatte. Verheugen wurde angehalten, keine BeamtInnen seiner ehemaligen Generaldirektion, Unternehmen und Industrie, zu lobbyieren und nicht für Unternehmen zu arbeiten, die direkt von deren Entscheidungen profitiert hatten. Dies bedeutet, dass Verheugen jede andere Generaldirektion der Kommission, wie die zu Umwelt, Binnenmarkt und viele andere, die für potentielle KundInnen von Interesse sind, lobbyieren darf.

Tatsächlich hätte die Kommission Grund genug gehabt, Verheugens Beteiligung in der European Experience Company zu unterbinden. Interne Dokumente über den Genehmigungsprozess zeigen, dass sich das Ad-Hoc Ethik-Komitee gegen die Zustimmung zu Verheugens Beratungsunternehmen ausgesprochen hatte.<sup>9</sup>

Im selben Monat verdeutlichte ein weiterer Drehtür-Skandal die Schwächen des Verhaltenskodex, als der ehemalige Kommissar für den Binnenmarkt, Charlie McCreevy, einen Job in der Bank of New York Mellon übernahm, ausgerechnet in der für das Clearing von Derivaten zuständigen Abteilung. Nur eine Woche nach Ablauf der 12-monatigen Notifikationsperiode für ehemalige KommissarInnen unterschrieb McCreevy den Vertrag mit der Bank.<sup>10</sup> McCreevy hatte sein Amt als Kommissar im Februar 2010 niedergelegt. Im Oktober 2010 wurde ihm als erstem ehemaligen Kommissar seitens der Kommission die Ausübung eines Berufes untersagt, als er angewiesen wurde, auf den Vorstandsposten der NBNK Investments Bank in London zu verzichten. Die Kommission begründete ihre Entscheidung bezüglich seiner Position bei NBNK Investments folgendermaßen: „Das Ad-Hoc Komitee wies auf die direkte Verbindung zum

### **Der neue Kodex beinhaltet nur ein sehr beschränktes Verbot von Lobby-Tätigkeiten.**

Resort des ehemaligen Kommissars hin, vertrauliche Informationen zu denen er während seiner Amtszeit Zugang hatte, ein Potential für Interessenkonflikte sowie ein Gefährdungsrisiko für seine Verschwiegenheitspflicht.“ „Für uns ist klar, dass ein ehemaliger Kommissar für Binnenmarkt und Finanzdienstleistungen nicht in einer Investmentbank arbeiten kann.“

Am 18. Februar 2011 nahm McCreevy jedoch seine Tätigkeit in der Abteilung für Derivatehandel in der Bank of New York Mellon auf – eine Position mit nicht weniger besorgniserregendem Potential für Interessenkonflikte als die ins Auge gefasste Position bei NBNK Investments. Als Kommissar war McCreevy geradezu skandalös unehrgeizig gewesen, was die Regulierung von Derivaten betraf, einem hoch spekulativen Produkt, welches eine Schlüsselrolle im finanziellen Supergau der USA 2007 gespielt hatte. Nachdem aber die 12-monatige Notifikationsphase verstrichen war, hatte die Kommission keine Möglichkeit mehr, McCreevys zutiefst problematischen Karriereschritt zu verhindern. Für ALTER-EU und andere zivilgesellschaftliche Organisationen verdeutlicht dies die Notwendigkeit einer längeren dreijährigen Karenzzeit für KommissarInnen.

### **Neuer Verhaltenskodex: minimale Verbesserungen, ungelöste Probleme** ■

Als der neue Verhaltenskodex für Mitglieder der Kommission kurz vor den Osterfeiertagen im April 2011 angenommen wurde, folgte Ernüchterung. Die Kommission hatte es geschafft, das Budgetkontrollkomitee des Europäischen Parlaments zu umgehen, obwohl es den Entwurf für den Kodex genau begutachten wollte, um Verbesserungsmöglichkeiten vorzuschlagen und Interessenkonflikte ein für





alle Mal zu vermeiden. Verbesserungen wurden in punkto Geschenkannahmen und Bewirtungen eingeführt, aber das Drehtür-Problem bleibt auch im neuen Verhaltenskodex ungelöst. Anstatt auf eine klare Karenzzeit von drei Jahren einigte sich die Kommission auf eine Notifikationsphase von nur 18 Monaten. Der neue Kodex beinhaltet nur ein sehr beschränktes Verbot von Lobbying (sowie Interessenvertretung), das ehemaligen KommissarInnen auch in Zukunft ermöglicht, zu Themen zu lobbyieren, die außerhalb ihres ehemaligen Ressorts angesiedelt sind. ALTER-EU forderte Kommissionspräsident Barroso daher auf, den Kodex nach einer Probezeit von einem Jahr nochmals zu überarbeiten und eventuelle Hintertürchen zu schließen, um Lobby-Tätigkeiten ehemaliger KommissarInnen für einen längeren Zeitraum zu verbieten.<sup>11</sup> ALTER-EU bestand auch darauf, dass das Ad-Hoc Ethik-Komitee absolut unabhängig sein müsse und mögliche Interessenkonflikte aktiv und gründlich zu untersuchen habe. Die Koalition forderte darüber hinaus „umfassende Online-Transparenz für Kommissionsentscheidungen über die Genehmigung oder Ablehnung von Beschäftigungsansuchen ihrer ehemaligen MitarbeiterInnen.“

**Höchste Zeit für effektive Ethik-Richtlinien für Kommissionsbeamten** ■ In seinem Brief an Barroso wiederholte ALTER-EU abermals seine Forderung nach strengeren Richtlinien betreffend Interessenkonflikten für die 25.000 Verwaltungsbeamten der Kommission. Das gegenwärtige Regelwerk, das „Statut der Beamten“, beinhaltet

**KommissionsmitarbeiterInnen müssen daran gehindert werden, in Berufe zu wechseln, die Lobbytätigkeiten umfassen.**

viele der Schwächen des alten Verhaltenskodex für KommissarInnen und eine Überarbeitung wäre längst überfällig. Die Einführung einer Abkühlphase mit einem klaren Verbot für KommissionsmitarbeiterInnen, in Berufe zu wechseln, die Lobby- oder Beratungstätigkeiten beinhalten wäre der nächste logische Schritt in die richtige Richtung.

Während seiner Zeit als Kommissar für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung schärfte Siim Kallas in der Kommission das Bewusstsein für ethische Fragen, vermied jedoch strengere Regeln oder das, was er als „unnachgiebigen Ansatz“ bei Interessenkonflikten ablehnte.<sup>12</sup> Als Folge von Kallas' nachgiebiger Haltung ist die Kommission noch immer mit einer Reihe ungelöster Interessenkonflikte konfrontiert, einschließlich des Problems, dass Kommissionsbeamten durch die Drehtür in den Privatsektor wechseln.

**Drehtür dreht sich schneller** ■ Auch unter Kallas Nachfolger Maroš Šefčovič behauptet die Kommission, das Drehtür-Phänomen unter Kontrolle zu haben. „Das System funktioniert“, teilte ein hochrangiger Kommissionsbeamter einem Publikum von AkademikerInnen und auf Ethik spezialisierten Regierungsbeamten im Juni 2008 mit.<sup>13</sup> Doch tatsächlich steigen immer mehr Kommissionsbeamten genau in jenen Sektoren ins Unternehmenslobbying ein, für deren Regulierung sie zuvor zuständig waren.

In einem Interview mit der belgischen Tageszeitung De Standaard enthüllte Russell Patten vom Lobby-Beratungsgiganten Grayling Global die lukrative Seite des Lobbyismus in Brüssel: „Wenn man richtig gut ist, kann man bis zu 350 € pro Stunde verdienen“ sagte er, und ergänzte, dass „das für ehemalige KommissarInnen und Top-Beamten auch bis zu 500 € pro Stunde sein können.“<sup>14</sup> Patten schätzte, dass

**Ehemalige Spitzen-EU-Beamten können mit Lobbyismus bis zu 500 Euro pro Stunde verdienen.**

etwa die Hälfte aller in Brüssel tätigen LobbyistInnen zuvor in EU-Einrichtungen gearbeitet haben. Beratungsfirmen und Kanzleien, die Lobby-Dienstleistungen anbieten, werben zunehmend gezielt Kommissionsbeamten ab, manchmal, um an denselben Dossiers zu arbeiten, welche sie zuvor in der Kommission betreut haben. GPlus und Alber & Geiger beispielsweise nutzen ihre Belegschaft aus ehemaligen KommissarInnen als Verkaufsargument, um KundInnen aus der Industrie zu werben.

Kommissionsbeamten sind verpflichtet, um Genehmigung anzusuchen, bevor sie durch die Drehtür gehen, und die Kommission kann vor Bewilligung des Wechsels Auflagen erteilen.<sup>15</sup> Den vielen widersprüchlichen Drehtür-Fällen nach zu urteilen, die in den letzten Jahren aufgetreten sind, gibt die Kommission allerdings viel zu schnell grünes Licht. Eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Nessa Childers deckte auf, dass zwischen 2008 und 2010 nur eine von 201 Genehmigungsanfragen abgelehnt worden war (also weniger als 0,5% der Fälle).<sup>16</sup> Zudem nehmen sich weit mehr Kommissionsbeamten unbefristete Auszeiten und behalten sich damit das Recht vor, später wieder an ihren Arbeitsplatz zurück zu kehren. Allein 2009 haben sich 486 Beamten von ihrer Tätigkeit in der EU eine Auszeit genommen, 35% davon haben Aufgaben in der Wirtschaft wahrgenommen. Die Anzahl der Beamten, die solche Auszeiten in Anspruch nehmen, nimmt von Jahr zu Jahr zu. Es ist nahezu unmöglich, potentielle Interessenkonflikte in diesen Fällen abzuschätzen, da die Kommission sich weigert, nä-





here Details bekannt zu geben. Die Namen und Funktionen dieser KommissionsbeamtInnen und ihrer neuen ArbeitgeberInnen werden „aufgrund des Schutzes persönlicher Daten und des privaten Charakters bestimmter Informationen“ als vertraulich behandelt.<sup>17</sup>

Doch während die Kommission Drehtür-Fälle als vertraulich ansieht sind jene, die ehemalige BeamtInnen anwerben, geradezu erpicht darauf, ihre neuen LobbyistInnen potentiellen KundInnen zu präsentieren. Im November 2009 gab die in Brüssel ansässige Beratungsfirma Interel

## **Anwaltskanzleien und Lobbyfirmen werben mit Ex-KommissionsbeamtInnen in ihrem Team.**

Cabinet Stewart European Affairs bekannt, dass Jean-Philippe Monod de Froideville als ihr neuer stellvertretender Direktor fungieren würde.<sup>18</sup> Bis Ende 2008 war de Froideville persönlicher Berater und Kabinettsmitglied von Wettbewerbskommissarin Kroes gewesen. Interels Pressemitteilung kündigte an, dass de Froideville sich auf „Wettbewerbs- und Handelsangelegenheiten“ konzentrieren und „horizontal durch die Geschäftsbereiche unserer Kunden“ tätig sein werde – genau die Themen, für die er auch in der Kommission verantwortlich gewesen war. Andere Beispiele, in denen Beratungsfirmen stolz verkündet haben, dass ranghohe KommissionsbeamtInnen ihr Team von LobbyistInnen verstärken, sind Mogens Peter Carl und John Bruton. Mogens Peter Carl wechselte 2010 zu Kreab Gavin Anderson (KGA) um dort für die Industrie an

Energiethemen zu arbeiten. Carl war davor in der Europäischen Kommission sowohl Generaldirektor in der Generaldirektion Umwelt als auch stellvertretender Generaldirektor in der Generaldirektion Handel. John Bruton, ehemaliger irischer Premierminister und bis November 2009 EU-Botschafter in Washington DC, wechselte zu dem in Brüssel ansässigen Lobbyunternehmen Cabinet DN, wo er seit Dezember 2010 als Senior Berater tätig ist.

In jenen Fällen, in denen die Kommission Auflagen erteilte, waren diese oft zu schwach, um Interessenkonflikten vorzubeugen. So wechselten zum Beispiel sowohl die Kommissionsbeamten Michel Petite und Robert Klotz als auch Lars Kjølbbye zwischen 2007 und 2008 von Wettbewerbs- und Rechtsabteilungen der EU in die Brüsseler Büros in-

1) Der Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder ist online auf der Website der Europäischen Kommission verfügbar: [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/pdf/code\\_conduct\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/pdf/code_conduct_de.pdf) (abgerufen am 25.08.2011).

2) Europäische Kommission, Politische Leitlinien für die nächste Kommission (September 2009).

3) Europäisches Parlament, The Code of Conduct for Commissioners – improving effectiveness and efficiency (2009).

4) Die übliche Überprüfung durch ein Ad-Hoc Ethikkomitee wurde umgangen. Im November 2004 genehmigte die Kommission Teličkas Anliegen, professioneller Lobbyist zu werden aufgrund der Tatsache, dass er kein eigenes Ressort in der Prodi-Kommission geleitet hatte (er teilte sich ein Ressort mit Kommissar Byrne). Diese Interpretation ist ganz klar nicht umfassend genug, da zahlreiche mögliche Interessenkonflikte denkbar sind selbst wenn Telička formal kein eigenes, exklusiv ihm unterstelltes Ressort hatte. Telička arbeitete gemeinsam mit Byrne in einflussreicher Funktion an Gesundheits- und KonsumentInnenschutzthemen und war vollwertiges Kommissionsmitglied. In der Entscheidung der Kommission

wurde fälschlicherweise behauptet, dass die angestrebte Tätigkeit keinen Bezug zu seinem Ressort aufwies. Telička versprach „für den notwendigen Zeitraum“ nicht in den Bereichen Gesundheits- oder KonsumentInnenschutz zu lobbyieren. Ein derartiges Versprechen ist jedoch sehr vage und ganz klar nicht ausreichend um etwaige Interessenkonflikte zu verhindern.

5) ALTER-EU, "Preventing Conflicts of Interest of EU Commissioners", offener Brief an Kommissionspräsident Barroso, 24. November 2009.

6) Wirtschaftswoche: Wirbel um Ex-EU-Kommissar Verheugen, 28.08.2010, <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/wirbel-um-ex-eu-kommissar-verheugen-439605/> (abgerufen am 25.08.2011).

7) Für eine detaillierte Analyse aller Drehtür-Fälle, in die ehemalige KommissarInnen involviert sind, siehe "Revolving door provides privileged access: Why the European Commission needs a stricter code of conduct", ALTER-EU, Februar 2011.

8) Financial Times Deutschland: EU-Kommissare kassieren doppelt, 23.09.2010.

9) Das Ethikkomitee folgerte: "Es ist unausweichlich dass sich derartig weitreichende Aktivitäten an irgendeinem Punkt direkt

mit dem ehemaligen Aufgabenbereich des Kommissars auf eine Art und Weise überschneiden können, die man nicht erledigen kann, indem man sich von Fall zu Fall einer Sache enthält. [...] So willkürlich wie gerade beschrieben kann die angestrebte Tätigkeit nicht in Einklang mit Artikel 245/2 (des EU-Vertrags) gesehen werden." Siehe: Opinion of the Ad Hoc Ethical Committee, 2 November 2010, <http://www.alter-eu.org/system/files/documents/verheugen-case-doc-17.pdf> (abgerufen am 25.08.2011).

10) McCreevy joins board of BNY Mellon's Dublin uni, 01.04.2011, <http://www.independent.ie/business/world/mccreevy-joins-board-of-bny-mellons-dublin-unit-2603911.html> (abgerufen am 25.08.2011).

11) Siehe ALTER-EU Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission Barroso zum Verhaltenskodex für Kommissare und die anstehende Entscheidung des Ethikkomitees; Dienstag, 10. Mai 2011.

12) Siim Kallas, "Corruption and conflicts of interest: red lines and grey areas", Rede in der Britisch-Estnischen Handelskammer, Tallinn, 25. Mai 2007. Kallas Behauptung, dass "Ethikvorschriften keine



ternationaler Anwaltskanzleien. Die Kanzleien (Clifford Chance, Howrey und Hunton & Williams) verbinden allesamt herkömmliche Anwaltstätigkeiten mit Lobby-Tätigkeiten für Unternehmen, weigern sich jedoch offenzulegen, für wen sie lobbyieren.<sup>19</sup> Interne Dokumente über den Bewilligungsprozess der drei Beamten belegen, dass die Kommission keinen einheitlichen Umgang mit Drehtür-Fällen gefunden hat, sondern die Auflagen erheblich variieren können. Dieses fallweise Vorgehen scheint sehr inkohärent.<sup>20</sup>

Das Versagen des BeamtInnenstatuts wurde auch in den Drehtür-Fällen der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA und der Arzneimittelbehörde EMA deutlich. Suzy Renckens, ehemalige Leiterin des Gentechnik-Gremiums der EFSA, wurde 2009 Lobbyistin für den Biotechnik-Gigan-

ten Syngenta. EFSA versäumte es zu intervenieren und vor dem Wechsel eine Abkühlphase zu verordnen, was zu einem eindeutigen Interessenkonflikt führte. Im Dezember 2010 ermöglichte es EMA ihrem ehemaligen Geschäftsführer Thomas Lönnegren, in ein Beratungsunternehmen einzusteigen, das für Pharmafirmen arbeitet, und zwar nur wenige Wochen nachdem er seine Position in der Regulierungsbehörde aufgegeben hatte.

Um die Drehtür zu verlangsamen und Interessenkonflikte zu vermeiden, braucht es strengere Richtlinien, die konsequenter durchgesetzt werden. Länder wie die USA und Lettland haben klare Regeln mit beachtlichen Abkühlphasen eingeführt, aber die Kommission hat diese Option bis jetzt ausgeschlossen. Fälle wie Suzy Renckens und Thomas

## Früher zuständig für Gentechnik in der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit, heute Lobbyistin für den Biotech-Giganten Syngenta: Suzy Renckens.

Lönnegren verursachten Aufruhr in den Medien und sorgten dafür, dass Mitglieder des Europäischen Parlaments nach strengeren Richtlinien zur Vorbeugung von Interessenkonflikten verlangten. Erst die Zukunft wird zeigen, ob die Kommission das Vertrauen der Öffentlichkeit stärken wird können oder Forderungen nach mehr Unparteilichkeit ihrer BeamtInnen weiter ignorieren wird.

**Olivier Hoedeman** ■ Forschungs- und Kampagnenkoordinator bei Corporate Europe Observatory

*Maßnahmen für jeden möglicherweise auftretenden Fall vorsehen können" scheint nur ein schwaches Argument gegen klarere Regeln und bessere Durchsetzung zu sein.*

- 13) Kristian Schmidt, Kabinettschef von Kommissar Kallas, "Ethics Management in the European Commission", Rede, Maastricht, 9-10 Juni 2008.
- 14) "Lobbyisten hebbben niets te verbergen", De Standaard, 30. September 2009.
- 15) Europäische Kommission, Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften (Brüssel: 1. Mai 2004), art. 16.
- 16) Possible conflict of interest cases ignored by Barroso commission, 27 September 2010, <http://www.nessachilders.ie/blog/2010/09/27/possible-conflict-of-interest-cases-ignored-by-barroso-commission/>, (abgerufen am 29.08.2011).
- 17) Als CEO Zugang zu einer Liste von Kommissionsmitarbeiterinnen beantragt hatte, die innerhalb der letzten zwei Jahre um Erlaubnis für ein Sabbatical gebeten hatten, antwortete die Kommission, eine derartige Liste existiere nicht. "Die bürokratische Belastung, eine Liste zu erstellen, die viele hundert Datensätze enthält, würde das reibungslose Funktionieren der

*zuständigen Dienste ernsthaft beeinträchtigen." CEO focht diese Entscheidung mit dem Einwand an, dass die Offenlegung der Information im öffentlichen Interesse liege. Die Kommission hat hingegen eine sehr eigene Interpretation von "öffentlichem Interesse" und behauptet, dass CEO "seitens einer Behörde oder des Gesetzgebers mit keiner im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe betraut wurde".*

- 18) Interel, "Interel hires former Kroes aid", Pressemitteilung, 19. November 2009.
- 19) Wie andere in Lobbyismus involvierte Anwaltskanzleien boykottierten auch diese drei das freiwillige Lobby-Register der Kommission. Diese Geheimhaltung macht es unmöglich das genaue Ausmaß an Interessenkonflikten in den Drehtür-Fällen zu schätzen.
- 20) Die entsprechenden Dokumente befinden sich in den Akten von Corporate Europe Observatory. Klotz wurde aufgefordert, in den ersten sechs Monaten nach seinem Arbeitsbeginn bei Hunton & Williams auf (Lobby-)Kontakte mit der Generaldirektion Wettbewerb zu verzichten. Die Kommission war etwas strenger bei Kjølbye (tätig bei Howrey), der instruiert wurde, mit seinem ehemaligen Referat ein Jahr

*lang keinerlei "Kontakt beruflicher Natur" zu haben. Ihm wurde auch aufgetragen, sich zu keinem Zeitpunkt mit Fällen zu befassen, von denen er während seiner Zeit bei der Generaldirektion Wettbewerb bereits Kenntnis gehabt hatte. Für Michel Petite wurde die Zustimmung unter der Auflage erteilt, dass er "für ein Jahr keinen beruflichen Kontakt mit ehemaligen KollegInnen, besonders nicht jenen, die ihm unterstellt gewesen waren" haben dürfe. Er wurde ebenso angewiesen, nicht in Fällen oder Akten zu intervenieren in denen der Juristische Dienst der Kommission involviert ist.*

# Lässt man Unternehmensinteressen den Ton angeben?

**Um ihre legislativen und politischen Aufgaben zu erfüllen stützt sich die Europäische Kommission auf externes Fachwissen.** Dafür richtet sie sogenannte ExpertInnengruppen ein, in denen RegierungsvertreterInnen und Wirtschaft sowie zusätzlich WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Gewerkschaften und NGOs zusammengeführt werden. Die starke Einbindung der Wirtschaft zeigt, wie die Kommission Unternehmensinteressen Priorität einräumt: Sie gewährt Unternehmen eine formelle Rolle bei der Willensbildung in der EU, die in diesem Ausmaß keinem anderen Sektor zukommt.

Yiorgos Vassalos

Das Hinzuziehen von ExpertInnengruppen ist der von der Europäischen Kommission am häufigsten bemühte Konsultationsmechanismus.<sup>1</sup> Der Input dieser Gruppen prägt die Grundlinien der Kommissionsvorschläge, die in der Folge einen Prozess durchlaufen, in den zwar Parlament und Rat einbezogen sind, der aber in den wenigsten Fällen die Kernpunkte verändert. Am Ende werden die Vorschläge zu europäischen Rechtsvorschriften.

Im Juli 2011 waren im Onlineregister der Kommission 908 ExpertInnengruppen eingetragen.<sup>2</sup> Diese Gruppen wirken bei der Konzeptionierung der Kommissionspolitik und der Vorbereitung von Gesetzgebungsvorschlägen mit, und zwar in den verschiedensten Politikbereichen wie etwa Forschung, Umwelt, Unternehmen und Industrie sowie Finanzmarktregulierung. Insgesamt umfassen die ExpertInnengruppen zirka 30.000 Mitglieder. Der Unternehmenssektor ist mit geschätzten 6.000 Mitgliedern unter den nichtstaatlichen Mitgliedern in den ExpertInnengruppen am stärksten repräsentiert. UnternehmensvertreterInnen dominieren in zirka 100 ExpertInnengruppen zu zentralen Politikbereichen.<sup>3</sup>

Hinsichtlich der Verbesserung der Transparenz von ExpertInnengruppen machte die Kommission im Jahr 2009 substantielle Fortschritte. Bis dahin hatten nur sehr wenige Gruppen Details über ihre Mitglieder be-

**Die Vorrangstellung bestimmter ExpertInnen ermöglicht es der Kommission politische Vorschläge gewissermaßen im vorhinein von Mitgliedstaaten und einflussreichen Industrie- und Wirtschaftslobbys genehmigen zu lassen.**

kannt gegeben. Inzwischen kann die Zusammensetzung der meisten Gruppen in dem erwähnten Register recherchiert werden. Dennoch bleibt die Arbeit der ExpertInnengruppen undurchsichtig, weil sie sich hinter geschlossenen Türen versammeln, kaum Sitzungsprotokolle veröffentlichen und nur eine begrenzte Zahl von RepräsentantInnen aus der Zivilgesellschaft einbeziehen.

Sowohl das Generalsekretariat der Kommission als auch die für die Finanzmarktregulierung zuständige Direktion (GD Markt) haben eingeräumt, dass das Problem der unausgewogenen Zusammensetzung weiterhin besteht und Veränderungen notwendig sind um mehr zivilgesellschaftliche Organisationen einzubeziehen.<sup>4</sup> Dennoch wurde bisher kein entscheidender Schritt in diese Richtung gemacht.

Ende 2010 wurden neue Regelungen für ExpertInnengruppen beschlos-

sen, was eine Möglichkeit gewesen wäre, der Vereinnahmung ganzer Politikbereiche durch Unternehmensinteressen ein Ende zu setzen; man ließ diese Möglichkeit aber ungenutzt verstreichen. Große Regelungslücken blieben offen, die es VertreterInnen von Unternehmensinteressen weiterhin erlauben, als Sachverständige oder ExpertInnen „in a personal capacity“ bestimmte Beratungsbereiche zu monopolisieren. Die Kommission ignorierte die von NGOs geforderten Maßnahmen zur Sicherstellung, dass Unternehmensinteressen in ExpertInnengruppen in der Minderheit bleiben.<sup>5</sup>

**Mächtige Einrichtungen** ■ ExpertInnengruppen oder „High Level Groups“ (ExpertInnengruppen, die KommissarInnen, Mitglieder des Europäischen Parlaments und hochrangige BeamtInnen einschließen) spielten in zahlreichen Willensbildungsprozessen der EU eine Schlüsselrolle:

■ Die Hochrangige Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Automobilindustrie (CARS-21) wurde im Jänner 2005 gemeinsam vom damaligen Kommissar für Industrie und Unternehmen, Günter Verheugen, und dem Präsidenten des Europäischen Automobilherstellerverbands (ACEA) eingerichtet und war von VertreterInnen der Automobil- und Ölindustrie dominiert. Diese Gruppe erarbeitete einen sogenannten ➤



„ganzheitlichen Zugang“ zur Beurteilung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, der in der Folge auch als EU-Methodologie übernommen wurde. Dieser Zugang basiert auf der Annahme, dass alle involvierten AkteurInnen (wie z.B. FahrerInnen, Behörden etc.) für Emissionen verantwortlich sind und mindert damit die Verantwortung der Automobilindustrie.<sup>6</sup>

■ Die Hochrangige Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt (2006 bis 2007) bestand aus acht VertreterInnen von Mitgliedsstaaten, vierzehn von Unternehmen, eine/n der Gewerkschaft und zwei von Umweltorganisationen. Das Europäische Parlament wurde zwar eingeladen, lehnte aber eine Mitwirkung ab, weil derartige Gruppen „die Unabhängigkeit von EU-Institutionen untergraben würden“. Mittels dieser Hochrangigen Gruppe konnten Unternehmen wie Areva, BP und Siemens die EU davon überzeugen, dass Technologien wie Nuklearenergie und CO<sub>2</sub>-Abtrennung und -Lagerung Lösungen für den Klimawandel seien.<sup>7</sup>

■ Die „De Larosière Gruppe“ (Hochrangige Gruppe für Finanzaufsicht in der EU) wurde gegen Ende des Jahres 2008 von den EU-Staatschefs und Kommissionspräsident Manuel Barroso eingerichtet, um Europas Finanzsystem zu reformieren. Fünf der acht Mitglieder kamen aus dem privaten Finanzsektor, bei den anderen drei handelte es sich um den früheren Vorsitzenden der Finanzaufsichtsbehörde des Vereinigten Königreiches (der es in dieser Rolle versäumt hatte vor der Krise zu warnen), einen leidenschaftlichen Verteidiger der Deregulierung und einen Angestellten einer staatlichen Bank. Die Kommission erklärte zum Bericht dieser Gruppe nach nur zweiwöchiger Beratung ihre „allgemeine Zustimmung“ und präsentierte ihn als Lösungsvorschlag für die globale Finanzkrise.<sup>8</sup>

**Die Zusammensetzung der ExpertInnengruppen zeigt, dass Unternehmensinteressen durch die Europäische Kommission klar bevorzugt werden.**

■ Eine „Arbeitsgruppe“ und danach eine ExpertInnengruppe, die beinahe ausschließlich aus VertreterInnen des Derivatengeschäfts bestand, konnten es bis ins Jahr 2010 verzögern, dass die Kommission gegen spekulative Finanzinstrumente, wie zum Beispiel „naked credit default swaps“ (spekulative Kreditausfall-Swaps), die wesentlich zur Verschärfung der Krise in der Eurozone beigetragen hatten, eine Gesetzesinitiative ergriff. Danach überzeugten dieselben Finanzinstitute, die in diesen Gruppen mitgewirkt hatten und zum Großteil Mitglieder der „International Swaps and Derivatives Association“ waren, die Kommission davon, einen höchst finanzwirtschaftsfreundlichen Vorschlag vorzulegen.<sup>9</sup>

**Widerstand gegen Forderungen nach Transparenz und Ausgewogenheit**

■ Mit der Erweiterung der EU-Kompetenzen stieg während der letzten 40 Jahre auch die Anzahl der ExpertInnengruppen.<sup>10</sup> Ihre Bedeutung blieb der breiten Öffentlichkeit allerdings verborgen. Seltsamerweise schien die Anzahl der ExpertInnengruppen genau in dem Moment zurückzugehen, als die Kommission im Jahr 2009 für die meisten von ihnen die Offenlegung der Mitgliedschaft anordnete.

Von 1970 bis 1999 waren ExpertInnengruppen unsichtbar und operierten abseits jeglicher Publizität. Im Jahr 1999 konnte der dänische EU-Parlamentarier Jans-Peter Bonde durchsetzen, zumindest eine Liste mit den Namen der ExpertInnengruppen zu erhalten. Erst als im Jahr

2007 das Europäische Parlament damit drohte, das Budget zu blockieren, legte die Kommission die Namen der in den ExpertInnengruppen vertretenen Organisationen und Unternehmen offen.<sup>11</sup> Nachdem eine entsprechende Kampagne von ALTER-EU die Aufmerksamkeit der Medien gewonnen hatte, legten zunehmend mehr ExpertInnengruppen ihre Mitgliedschaften offen (2008-2009).

Als die Kommission im Jahr 2010 die Regelungen für ExpertInnengruppen überarbeitete, lehnte sie es ab, dabei EU-ParlamentarierInnen einzubeziehen.<sup>12</sup> Dies führte im Februar 2011 dazu, dass sie von Abgeordneten unterschiedlicher politischer Gruppen, die mit der mangelnden Transparenz und der unausgewogenen Zusammensetzung der ExpertInnengruppen unzufrieden waren, mit zahlreichen Fragen konfrontiert wurde.<sup>13</sup>

Sechs EU-Abgeordnete von fünf verschiedenen politischen Gruppen richteten einen gemeinsamen Brief an den Kommissar Maroš Šefčovič, in dem sie ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck brachten, dass „das Europäische Parlament bei der Überarbeitung der Regelungen für ExpertInnengruppen nicht formell angehört wurde“ und verlangten einen konstruktiven Dialog zur Erörterung ihrer Forderungen. Diese Forderungen waren:

- 1) die Absicherung einer ausgewogenen Zusammensetzung durch die Einbeziehung von NGOs und KMUs,
- 2) die Abänderung der Regelungen, die keinen effektiven Mechanismus zur Verhinderung von Interessenkonflikten enthalten, dahingehend, dass Personen mit eigennützligen Interessen nicht „in a personal capacity“ in ExpertInnengruppen mitwirken können,
- 3) die Aufnahme von Minderheitenmeinungen in die Schlussberichte der ExpertInnengruppen.<sup>14</sup> »



## **Das Großunternehmertum darf nicht die meistvertretene nichtstaatliche Kategorie in den ExpertInnengruppen der Kommission darstellen. Diese Situation verletzt elementare demokratische Prinzipien.**

»

In seiner Antwort zeigte Kommissar Šefčovič keinerlei Bereitschaft, diesen Forderungen nachzukommen.<sup>15</sup> Allerdings zeigt sich im Europäischen Parlament zunehmend der Wille, auf die Kommission hinsichtlich Intransparenz und Unausgewogenheit der ExpertInnengruppen verstärkt Druck auszuüben.

Auch immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen verschiedener Interessengruppen, wie beispielsweise KonsumentInnen, Gewerkschaften, Transparenzkampagnen, Bauern/Bäuerinnen und Kleininvestoren drängen vermehrt darauf, dass die Kommission ihre Verfahren der Konsultation von Interessengruppen und ExpertInnen ändert. Dies zeigte sich etwa im Rahmen eines Treffens, das von ALTER-EU im Mai 2011 organisiert wurde.

Die europaweite KonsumentInnenorganisation BEUC, die derzeit in zirka 80 ExpertInnengruppen vertreten ist, hat für die Fortsetzung ihrer Präsenz klare Bedingungen formuliert:

- 1) Die Europäische Kommission, und nicht eine teilnehmende Lobby-Gruppe sollte der Gruppe vorsitzen,
- 2) eine ausgewogene Vertretung verschiedener Interessengruppen,
- 3) Rückerstattung von Reisekosten,
- 4) Aufnahme von Minderheitenmeinungen in die Schlussberichte.<sup>16</sup>

Trotz dieses Drucks lehnte die Kommission abermals jegliche weitere Verbesserung der Transparenz, wie etwa die Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen und Tagesordnungen, hartnäckig ab, als sie im Herbst 2010 ihre neuen Regelungen publizierte.

**Dominanz von Unternehmensinteressen wird von der Kommission als normal betrachtet** ■ ALTER-EU hat wiederholt Bedenken darüber geäußert, dass UnternehmensvertreterInnen in rund 100 ExpertInnengruppen dominieren. Dies widerspricht klar den Regeln der Kommission über

Konsultation<sup>17</sup> und die Nutzung von Expertenwissen<sup>18</sup>, die Folgendes vorsehen: „Der dritte die Qualität [von Expertenwissen] bestimmende Faktor ist die Vielfalt. Wo immer möglich, sollte ein breites Spektrum an Gesichtspunkten eingeholt werden.“ Ziel sei es jedenfalls „die Gefahr zu minimieren, dass maßgebliche Kreise die Gutachten beeinflussen.“

ALTER-EU hat immer wieder argumentiert, dass keine wirkliche Vielfalt erreicht werden kann, wenn Unternehmensinteressen über andere nichtstaatliche Interessen (wie unabhängige WissenschaftlerInnen, KonsumentInnen, soziale Bewegungen, Umweltorganisationen oder Gewerkschaften) dominieren. Wenn die meisten nichtstaatlichen Sitze in einer ExpertInnengruppe an Unternehmen oder Lobbying-Gruppen mit spezifischen Interessen in den jeweiligen Politikbereichen vergeben werden, dann besteht klarerweise das Risiko, dass die Empfehlungen dieser Gruppe interessengeleitet sind. Das bedeutet, dass sich die Kommission an Empfehlungen orientiert, die auf der einseitigen Sichtweise der Unternehmen beruhen anstatt eine »

1) Torbjörn Larsson, *Precooking in the European Union – The World of Expert Groups* (Brüssel/Stockholm: 2003).

2) <http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?lang=DE>.

3) Beim Europäischen Ombudsmann ist eine Anfrage anhängig, die Klarheit über die Anzahl der von Unternehmensinteressen dominierten ExpertInnengruppen bringen soll. Im Juli 2010 legten wir 111 konkrete Fälle von unternehmensdominierten ExpertInnengruppen vor. In ihrer Antwort äußerte sich die Kommission nicht zu allen. Im Mai 2011 legten wir weitere Beweise für die einseitige Zusammensetzung jener Gruppen vor, zu denen sie sich geäußert hatte (zirka 30 immer noch bestehende Gruppen) und formulierten eine allgemeine Kritik an den Beratungsgruppen der DG Agri (Generaldirektion Landwirt-

schaft und ländliche Entwicklung): <http://www.alter-eu.org/documents/2010/11/04/ombudsmans-inquiry-on-expert-groups>.

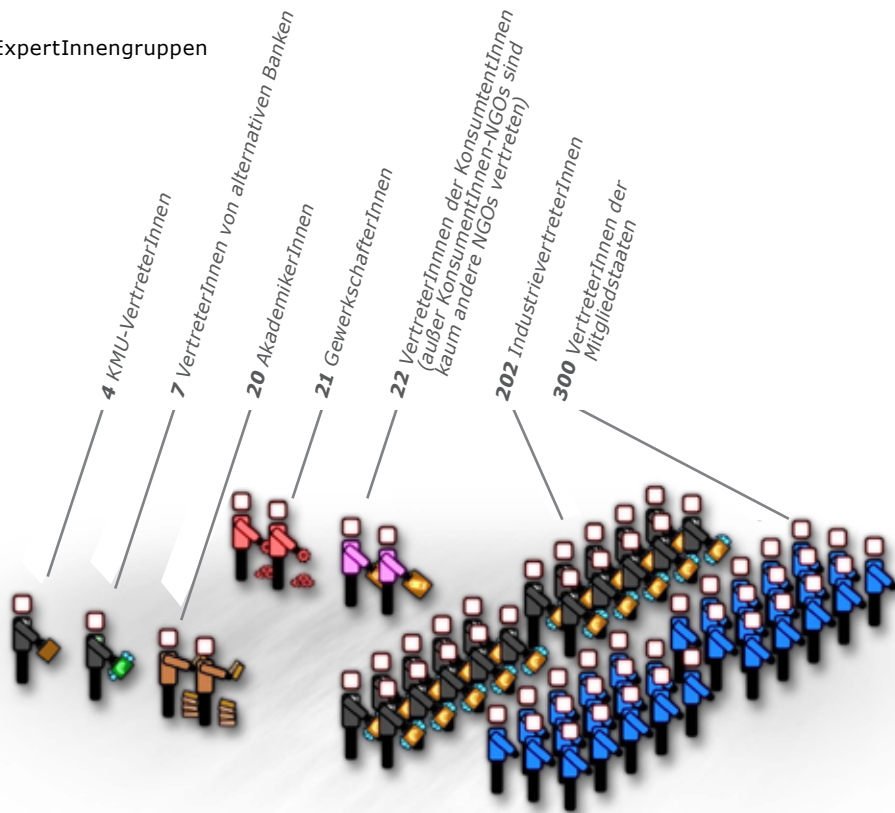
4) Kommissar Barnier äußerte sich beispielsweise wie folgt: „Es muss mehr für die aktive Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Binnenmarktpolitik getan werden um einen fairen Ausgleich zwischen der Vertretung von Unternehmensinteressen und nichtwirtschaftlichen Interessengruppen in unserem Konsultationsprozess zu erreichen.“ ([http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/barnier\\_to\\_alter\\_eu\\_oct\\_2010\\_0.pdf](http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/barnier_to_alter_eu_oct_2010_0.pdf)) Und weiter: „Der Zugang der EU zur Regulierung muss die Interessen aller BürgerInnen fördern, daher muss eine adäquate und ausgeglichene Vertretung der Interessen aller Gruppen im gesamten politischen

Prozess, inklusive der Einrichtung von ExpertInnengruppen, gewährleistet werden.“ Und schließlich: „Der Versuch eine adäquate Präsenz von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in unseren ExpertInnengruppen herzustellen wird sicherlich Teil unserer zukünftigen Bemühungen sein, sowohl bei der Einrichtung neuer Gruppen als auch bei der Neuordnung der Zusammensetzung bestehender Gruppen, soweit dies angemessen ist“ (03-01-2011PD/ocD(2010)977195).

5) <http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/alter-eu.statement.expertgroups.pdf>

6) Agnes de Rooij, Nina Schulz, Andy Rowell, *Driving Climate Change; How the car industry is lobbying to undermine EU fuel efficiency legislation* (Amsterdam: Greenpeace International, 2008); Chris-

## ExpertInnengruppen



Grafik: DAANDIRK

### Welche VertreterInnen beraten die Generaldirektionen der Kommission bezüglich der Finanzmärkte?

Mitglieder der insgesamt 20 ExpertInnengruppen in Zahlen



Diversität von Standpunkten sicherzustellen.

Das Generalsekretariat der Kommission antwortete darauf wiederholt, dass die Dominanz der UnternehmensvertreterInnen keine Verletzung der erwähnten Regelungen darstelle.<sup>19</sup> Erst vor kurzem räumten Kommissar Michel Barnier und das Generalsekre-

tariat ein, dass die unausgewogene Zusammensetzung oftmals problematisch sei und überdacht werden müsse.<sup>20</sup> Sie scheinen allerdings davon auszugehen, dass dieses Problem mit kleineren Modifikationen gelöst werden könne. Tatsächlich ist aber eine umfassende Überarbeitung des gesamten Systems der ExpertInnengruppen notwendig.

Der Kern der Kritik von ALTER-EU am bestehenden System richtet sich dagegen, dass das Großunternehmertum die meistvertretene nichtstaatliche Kategorie in den ExpertInnengruppen der Kommission darstellt. Diese Situation verletzt elementare demokratische Prinzipien.

**Welche Bedeutung haben ExpertInnengruppen wirklich?** ■ Die Kommission gibt an, dass ExpertInnengruppen dann gebraucht werden, wenn sie selbst nicht über ausreichendes internes Fachwissen verfügt.<sup>21</sup> Die Kommission beschäftigt weniger als 3.500 wissenschaftliche und statistische MitarbeiterInnen, die für eine halbe Billion EU-BürgerInnen arbeiten sollen. Dies ist ein verhältnismäßig kleiner MitarbeiterInnenstab mit beschränkten ➤

**Barroso muss den Widerstand mancher Direktionen überwinden, die es scheinbar vorziehen, ExpertInnengruppen im Verborgenen zu halten.**

tine Pohl, *Whose views count? Business influence and the European Commission's High Level Groups* (Brüssel: Friends of the Earth Europe, Februar 2009); *Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2008 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen [KOM(2007)0856 – C6-0022/2008 – 2007/0297(COD)]*, Brüssel, 17. Dezember 2008

7) Christine Pohl, *Whose views count?* (Brüssel: 2009) und *Submission on Ombudsman Complaint*, 12, <http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/alter-eu>.

comments.31-05-2011.pdf

8) Europäische Kommission, *Hochrangige Expertengruppe zur EU-Finanzaufsicht – erstes Treffen am 12. November, Pressemitteilung vom 11. November 2008*; Kenneth Haar, Andy Rowell, Yiorgos Vassalos, *Would you bank on them?* (Brüssel: Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth, LobbyControl and SpinWatch, Februar 2009); *Hochrangige Expertengruppe zur EU-Finanzaufsicht, Bericht* (Brüssel, 25 Februar 2009); Yiorgos Vassalos, *„Commission's advisers on financial markets: bankers only?“*, Brussels Sunshine blog, 9 November 2009.


9) *Vergleiche die folgenden Berichte: Financial Warmonger set EU agenda on Derivatives* <http://www.corporateeurope.org/lobbycracy/content/2010/04/financial-warmongers-set-eu-agenda>; *Betting on*

*insecurity* <http://www.corporateeurope.org/lobbycracy/content/2011/02/betting-insecurity>; *Amendments for free* <http://www.corporateeurope.org/lobbycracy/content/2011/05/amendments-free>.

10) Im Jahr 1975 wurde vom Bestand von 537 Gruppen berichtet. 1990 betrug die Anzahl bereits 602 (W. Wessels, *„Comitology: Fusion in action. Politico-administrative trends in the EU system“*, *Journal of European Public Policy* 5 (2008), pp. 209-34 – quoted in Gornitzka and Sverdrup, *„Who consults?“*). Im Jahr 2000 hatte die Nummer 851 erreicht (Torbjörn Larsson, *Precooking in the European Union*, Stockholm, 2003). Diesem kontinuierlichen Wachstum folgte schließlich ein radikales Ansteigen um 40 Prozent zwischen 2000 und Jänner 2007, als die Anzahl 1.237 betrug. Die Wissenschaftler Gornitzka und

## Mitglieder der ExpertInnengruppen der Europäischen Union

Die etwa **30.000 Mitglieder** der ExpertInnengruppen beeinflussen die Vorlage von Gesetzesentwürfen sowie die politische Ausrichtung.

 = 1.000

Wer sind sie?

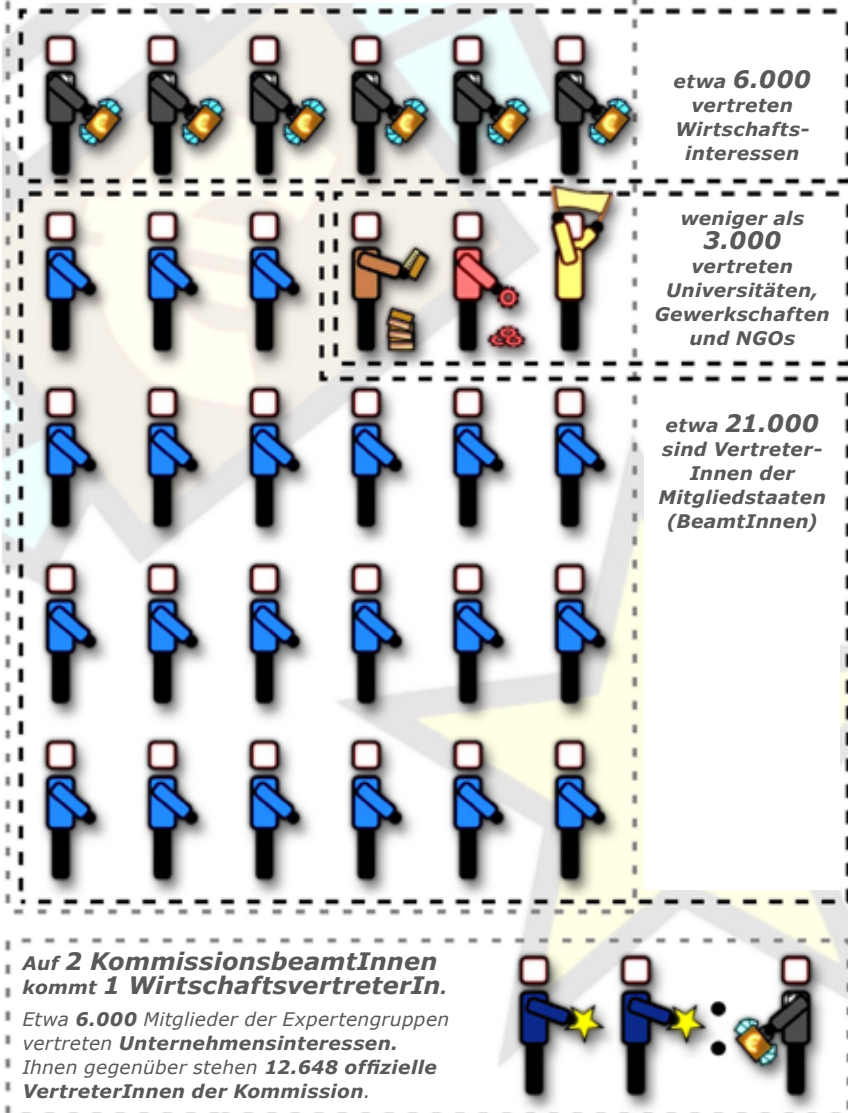


administrativen Möglichkeiten, insbesondere im Vergleich zu nationalen Regierungen.<sup>22</sup>

Diese Situation erklärt, dass die Kommission auf externes ExpertInnenwissen angewiesen ist. Sie erklärt jedoch nicht, warum das Konsultationsverfahren im Halbverborgenen abläuft und warum primär auf die Empfehlungen von nationalen Regierungen und Großunternehmen zurückgegriffen wird. Warum werden beispielsweise nicht mehr Institutionen der Europäischen Union, andere öffentliche Forschungseinrichtungen (Universitäten und Stiftungen), öffentliche Interessenvertretungen, KonsumentInnen und ArbeitnehmerInnen einbezogen?

Wie von zahlreichen WissenschaftlerInnen, die sich mit ExpertInnengruppen auseinandersetzen, festgestellt, liegt der Grund für die Vorrangstellung bestimmter ExpertInnen darin, dass sich die Kommission auf diesem Weg politische Vorschläge gewissermaßen im Vorhinein von Mitgliedstaaten und einflussreichen Interessengruppen genehmigen lassen kann.<sup>23</sup>

Die Kommission zieht es vor, sich mit Mitgliedstaaten auf einer tech- »



Sverdrup sammelten Daten verschiedenster wissenschaftlicher Untersuchungen vor 2005 als es noch überhaupt keine offiziellen Daten gab und verglichen sie mit den Angaben im ExpertInnengruppenregister der Kommission [Åse Gornitzka and Ulf Sverdrup, *Who consults?* (University of Oslo, 2007)]. Derzeit existieren nur 908 Gruppen.

- 11) European Parliament Committee on Budgetary Control, "2005 discharge – Member States' responsibility in question", Pressemitteilung vom 26. März 2007.
- 12) Abgeordneter des Europäischen Parlamentes de Jong, *Major corporations still dominate Brussels back rooms*, [http://](http://international.sp.nl/bericht/49012/101116-major_corporations_still_dominat_brussels_back_rooms.html)

[international.sp.nl/bericht/49012/101116-major\\_corporations\\_still\\_dominat\\_brussels\\_back\\_rooms.html](http://international.sp.nl/bericht/49012/101116-major_corporations_still_dominat_brussels_back_rooms.html)

- 13) <http://blog.brusselssunshine.eu/2011/02/meps-corner-commission-on-expert-groups.html>.
- 14) Brief an den Kommissar Šefčovič von den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes Dennis de Jong (GUE/NGL), Pascal Canfin (Grüne), Michael Cashman (S&D), Corinne Lepage (ALDE), Monica Macovei (EVP) und Frederique Ries (ALDE), 19 April 2011 - <http://www.corporateeurope.org/meps-letter-sefkovic-expert-groups>.
- 15) <http://www.corporateeurope.org/meps-letter-sefkovic-expert-groups>.

- 16) <http://www.alter-eu.org/events/2011/05/13/alter-eu-workshop-on-expert-groups>.
- 17) Mitteilung der Kommission – Hin zu einer verstärkten Kultur der Konsultation und des Dialogs – Allgemeine Grundsätze und Mindeststandards für die Konsultation betroffener Parteien durch die Kommission [KOM(2002) 704] (Brüssel: 11 Dezember 2002).
- 18) Mitteilung der Kommission über die Einholung und Nutzung von Expertenwissen durch die Kommission: Grundsätze und Leitlinien – „Eine bessere Wissensgrundlage für eine bessere Politik“ [KOM(2002) 713] (Brüssel: 11 Dezember 2002).



nokratischen Ebene auseinanderzusetzen. Damit kann sie nämlich die Politisierung verhindern, die mit den Verhandlungen des Ministerrats und seinem komplexen Abstimmungssystem einhergeht. Indem sie ExpertInnengruppen heranzieht, verringert die Kommission das Risiko des Widerstands größerer Mitgliedstaaten mit mehr Stimmgewicht.

Auch indem sie sich die Zustimmung großer Unternehmenslobbygruppen von vornherein sichert, erleichtert sich die Kommission das Leben. Zirka 70 Prozent der mehr als 15.000 LobbyistInnen in Brüssel vertreten Interessen von Großunternehmen. Diese verfolgen den Gesetzgebungsprozess und intervenieren während die Vorschläge verschiedene EU-Institutionen durchlaufen. Bindet man sie von vornherein mittels ExpertInnengruppen ein, so ist es wahrscheinlicher, dass sie den nachfolgenden Gesetzgebungsprozess unterstützen.

Sich mit nationalen Regierungen nur auf einer technischen und unpolitischen Ebene auseinanderzusetzen, ist ein Charakteristikum eines technokratischen Systems, das versucht, konfrontative wissenschaftliche Auseinandersetzung sowie politische und soziale Debatten zu verhindern,

die große Teile der Gesellschaft einbeziehen würden.

Dass die Kommission ohne Rücksichtnahme auf sonstige nichtstaatliche Gruppen die Großunternehmen zur zweitgrößten ExpertInnenkategorie macht, reflektiert ihre verzerrte Vorstellung davon, wie sich die „Zivilgesellschaft“ zusammensetzt und wodurch sich „partizipative Demokratie“ auszeichnet. Die Kommission sucht ihre Legitimität nicht in der Gesellschaft insgesamt, sondern nur innerhalb der Unternehmensgemeinschaft.

**Schlussfolgerungen** ■ Die Bedeutung der ExpertInnengruppen der Kommission besteht darin, dass sie in manchen Fällen die endgültigen Gesetze stärker beeinflussen als das Europäische Parlament. Die Zusammensetzung der ExpertInnengruppen zeigt, dass Unternehmensinteressen durch die Europäische Kommission klar bevorzugt werden.

Das steigende öffentliche Misstrauen in europäische Institutionen<sup>24</sup> sollte von der Barroso-II Kommission als Warnung ernst genommen werden, weist es doch darauf hin, dass WählerInnen vom EU-Prozess ausgeschlossen sind und dass Transparenz

**Im Europäischen Parlament steigt zunehmend der Wille, auf die Kommission hinsichtlich Intransparenz und Unausgewogenheit der ExpertInnengruppen verstärkt Druck auszuüben.**

und politische Verantwortlichkeit verbessert werden müssen. Barroso muss den Widerstand mancher Direktionen überwinden, die es scheinbar vorziehen, ExpertInnengruppen im Verborgenen zu halten.

ALTER-EU ist der Ansicht, dass die Kommission die Dominanz von Unternehmensinteressen als Problem erkennen und ihr durch eine Rahmenpolitik begegnen muss, die Transparenz verbessert und das Regieren demokratischer gestaltet.

**Yiorgos Vassalos** ■ Wissenschaftler  
bei Corporate Europe Observatory

19) Vgl die Korrespondenz mit der Europäischen Kommission auf der Website von ALTER-EU (<http://www.alter-eu.org/documents/2009/03/09/correspondence-with-the-commission-on-expert-groups>).

20) Vgl Fußnote Nr 4.

21) Die Kommission selbst beschreibt die Bedeutung von ExpertInnengruppen auf ihrer Website folgendermaßen: „Expertengruppen beraten die Kommission und ihre Dienststellen und vermitteln ihnen Fachwissen im Zusammenhang mit [...] der Vorbereitung von Gesetzgebungsvorschlägen und politischen Initiativen [...] [und] der Durchführung von bestehenden EU-Rechtsvorschriften“. Der Rückgriff auf

externes Fachwissen sei notwendig um eine „fundierte Politik“ zu gestalten. Vgl die Europäische Kommission, Expertengruppen erklärt, Brüssel, ohne Datumsangabe, <http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/faq.cfm?aide=2&lang=DE> (Stand 26. 7. 2011)

22) Åse Gornitzka und Ulf Sverdrup, *Who consults?* (University of Oslo, 2007).

23) ExpertInnengruppen betreffen vor allem die Politikbereiche und die Verbindungen zu Interessengruppen und Mitgliedstaaten, wie Torbjörn Larsson, *Precooking in the European Union, 2003*, zeigt. So beziehen sich 87 Prozent der ExpertInnengruppen auf „Politikbereiche“ und nicht auf „Allge-

meine Dienste“, „Außenbeziehungen“ oder „Interne Dienste“, so Åse Gornitzka und Ulf Sverdrup, *Who consults?* (2008).

24) Das Misstrauen gegenüber europäischen Institutionen stieg zwischen 2007 und 2009 um zehn Prozent, so der Eurobarometer, *Einstellung des Europäer gegenüber Korruption* (Brüssel: November 2009).

# Was geben die 50 Spitzen-Unternehmen in der EU aus?

**Der Einfluss der größten europäischen Unternehmen auf die Politik wird noch immer unterschätzt.** Zwar wird die Lobbyarbeit von Großkonzernen in der Öffentlichkeit zunehmend als Problem wahrgenommen, doch mit welchen finanziellen Mitteln die größten europäischen Unternehmen die Politik beeinflussen, ist nur zum Teil bekannt.

Natacha Cingotti

Die meisten EU-BürgerInnen haben nur eine sehr vage Vorstellung davon, wie die Unternehmen ihre Lobbyarbeit in Europa betreiben, und nur selten bringt man die Lobbyarbeit einer Branche mit einem bestimmten Unternehmen oder Namen in Verbindung. Diese Undurchsichtigkeit macht es den Unternehmen leicht, sich hinter Beratungsfirmen und Wirtschaftsverbänden zu verschanzten, so dass sie ihr eigenes Lobbying nicht aufdecken müssen und ihre Aktivitäten im Dunkeln bleiben. Dass dies so ist, hat auch mit dem Lobbyregister zu tun, das die Europäische Kommission 2008 eingeführt hat.

Die Eintragung in dieses Register ist freiwillig, es müssen nur wenige Angaben gemacht werden: Verbände sind nicht verpflichtet, die Namen

der einzelnen LobbyistInnen offenzulegen; genauso wenig müssen sie angeben, in welcher konkreten Angelegenheit sie tätig werden. Über die Finanzierung ihrer Tätigkeit müssen sie keine genauen Angaben machen, so dass es ein Leichtes ist, falsche oder zu niedrige Zahlen zu nennen. Meist beziehen sich die vorhandenen Angaben auf das Vorjahr (oder gar das Jahr davor). Unternehmen und Verbände müssen ihre Angaben nur einmal jährlich aktualisieren. Die erfassten Daten sind dementsprechend zusammenhanglos und unzuverlässig.

Eine Studie der Lobbying-Aktivitäten und Registereinträge der 50 Spitzen-Unternehmen Europas zeigt, wie gut es ihnen gelingt, ihre Praktiken zu verschleiern, und wie schwach dem-

gegenüber das EU-Lobbyregister ist. Offensichtlich kann die von der Europäischen Kommission befürwortete Freiwilligkeit nicht für eine angemessene Transparenz der Lobbying-Aktivitäten in der EU sorgen. Viel zu viele europäische Unternehmen haben sich gegen eine Registrierung entschieden. Gleichzeitig besitzen viele von ihnen Zugangsausweise zum Europäischen Parlament – ein eindeutiger Hinweis darauf, dass sie Lobbyarbeit betreiben und wie mangelhaft das Register der Kommission ist. Vergleicht man die Einträge im EU-Register mit denen im US-amerikanischen Register, dann stellt sich heraus, dass in den USA mehr europäische Unternehmen registriert sind als in der EU selbst. Auch ein Vergleich der Angaben von Unternehmen, die in beiden Registern eingetragen sind, zeigt deutliche

## Wichtige Zahlen aus der Studie

- 20 der 50 größten europäischen Unternehmen (40%) sind nicht im EU-Register verzeichnet.
- Einige in Brüssel stark präsente Unternehmen (z. B. Vodafone, E.ON, Nestlé, Deutsche Bank, Barclays) haben keinerlei Angaben zu ihren Lobbyausgaben gemacht.
- Von den 50 führenden Unternehmen sind mehr in den USA registriert als in Europa (30 in den USA, 29 in der EU).
- Von den 21 europäischen Unternehmen, die in beiden Registern eingetragen sind, geben 13 an, in den USA mehr für Lobbying auszugeben als in der EU.
- BP gibt an, in den USA 17 Mal mehr für Lobbying auszugeben als in der EU. Bei Shell belaufen sich die Ausgaben in den USA auf das Fünffache und bei Siemens auf das Sechsfache.
- Große multinationale Konzerne wie Shell, BP, ArcelorMittal, EADS oder Peugeot geben wesentlich niedrigere Lobby-Budgets an als weit weniger bekannte NGOs wie Eurogroup for Animals oder Friends of the Countryside.
- Die meisten finanziellen Informationen in der Datenbank sind veraltet und beziehen sich auf das Jahr 2008. Diese Daten lassen keine Rückschlüsse auf den aktuellen Umfang der Lobbyaktivitäten eines Unternehmens zu. Frühestens Mitte 2011 werden Informationen darüber vorliegen, wer im ersten Quartal des Jahres 2010 Lobbying betrieben hat.
- Im Jahr 2008 gaben nur drei der 50 untersuchten Unternehmen an, in der EU mehr als eine Million Euro für Lobbying ausgegeben zu haben, in den USA waren es dagegen 10.
- Nur fünf der 50 Unternehmen meldeten in der EU Budgets in einer Größenordnung zwischen einer halben und einer Million Euro, in den USA dagegen sieben.
- Die Ölindustrie ist ein bemerkenswertes Beispiel für das „Gesetz der abnehmenden Lobbyausgaben“: Je größer der Konzern, desto weniger scheint er für Lobbying auszugeben. Shell und BP liegen hier weit abgeschlagen hinter Statoil und ENI, die die höchsten Ausgaben meldeten.
- Glaubt man den Angaben der europäischen Banken im Register, dann betreiben sie ihre Lobbyaktivitäten hauptsächlich in den USA. Die einschlägigen Budgets der europäischen Banken und Versicherungen erreichen in der EU insgesamt 2.450.000 bis 2.750.000 Euro und in den USA 18.487.000 Euro.



zahlenmäßige Diskrepanzen – ein weiterer Beweis dafür, dass eine Registrierungspflicht eine unverzichtbare Grundvoraussetzung für echte Transparenz wäre.

Die Studie deckt ferner konkrete Mängel des EU-Registers auf, gegen die ein locker gestricktes, auf Freiwilligkeit beruhendes System nichts ausrichten kann – oder sollte das gerade der Sinn der Sache sein? Vergleiche zwischen verschiedenen Branchen, Parallelen zu anderen Organisationen wie NGOs und Vergleiche zwischen den Einträgen derselben Unternehmen in den USA und der EU zeigen, dass die Informationen, die man dem EU-Register entnehmen kann, der Öffentlichkeit kein realistisches Bild von der Welt des Lobbyings in der EU vermitteln können. Das einige besonders wichtige Unternehmen überhaupt nicht eingetragen sind, spricht ebenfalls Bände. EU-Unternehmen halten mit aktuellen Informationen über ihre Lobbyaktivitäten hinter dem Berg. Generell wird der Öffentlichkeit der unzutreffende Eindruck vermittelt, die entsprechenden Aktivitäten der großen Unternehmen hätten einen wesentlich geringeren Umfang, als dies tatsächlich der Fall ist. Anhand konkreter Einzelfälle wird dies in der Studie immer wieder aufgezeigt. Insgesamt macht die Studie deutlich, wie dringend das Lobbyregister-System der EU einer Reform bedarf, wenn Licht in das Lobbydickicht gebracht werden soll.

*Natacha Cingotti Friends of the Earth Europe*

#### Zum Weiterlesen

FoE Europe, April 2010  
[http://www.foeeurope.org/corporates/pdf/Lobbying\\_in\\_Brussels\\_April2010.pdf](http://www.foeeurope.org/corporates/pdf/Lobbying_in_Brussels_April2010.pdf)

## Nach dem Strasser-Skandal im EU-Parlament

# Transparenzregister & neue Verhaltensregeln für EU-Abgeordnete

**Das politische Brüssel hat sich im Jahr 2011 schrittweise in Richtung mehr Transparenz in Sachen Lobbyismus bewegt.**

*Ein neues Transparenzregister soll offenlegen, wer in wessen Auftrag und mit welchen Mitteln in Brüssel Lobbyarbeit betreibt. Aufgerüttelt durch einen Lobbykandal erarbeitete eine Arbeitsgruppe unter Parlamentspräsident Buzek einen neuen Verhaltenskodex für Abgeordnete. Doch können die neuen Regeln für LobbyistInnen und Abgeordnete halten, was sie versprechen – mehr Transparenz und bessere Regeln zum Umgang mit demokratieschädlichen Interessenkonflikten?*

*Timo Lange*

Das EU-Parlament mit seinen 736 Abgeordneten ist längst zu einer entscheidenden Größe bei der europäischen Gesetzgebung geworden. Neben der EU-Kommission ist es zugleich diejenige Institution, die stark im Fokus des Brüsseler Lobbyismus steht. Nicht zuletzt der durch die britische Sunday Times im März aufgedeckte Bestechungsskandal zeigte, wie unzureichend die bisherigen Regeln zur Kontrolle von Interessenkonflikten und zur Sicherstellung der Unabhängigkeit der Parlamentsabgeordneten sind.<sup>1</sup>

Die Sunday Times hatte im Sommer 2010 ein JournalistInnen-Team nach Brüssel entsandt. Die JournalistInnen gaben sich als Angestellte einer erfundenen Lobbyagentur aus und unterbreiteten 60 EU-Abgeordneten ein lukratives Angebot: Als Gegenleistung für ein bestimmtes Verhalten im Parlament wurde ihnen ein mit 100.000 Euro dotierter Aufsichtsratsposten in einer Lobbyagentur angeboten. Die Abgeordneten sollten dafür den Willensbildungsprozess im EU-Parlament beeinflussen oder entsprechende Anträge im Sinne der KundInnen der Agentur einbringen. Von den 60 angesprochenen

Abgeordneten trafen sich immerhin 14 mit den vermeintlichen LobbyistInnen. Drei Abgeordnete gingen auf das Angebot ein: Ernst Strasser (Österreich, ÖVP), Adrian Severin (Rumänien, PSD) und Zoran Thaler (Slowenien, SD).

**Geld gegen Einfluss** ■ Der so genannte Geld-gegen-Einfluss-Skandal hat erneut deutlich gezeigt, dass die bestehenden Regelungen des EU-Parlaments zur Vermeidung von Interessenkonflikten und Korruption sowie zur Begrenzung des Einflusses von LobbyistInnen mangelhaft sind. Lobbykritische Nichtregierungsorganisationen wie Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth Europe (FoEE) oder LobbyControl kritisieren diesen Missstand bereits seit Jahren. Die Alliance for Lobbying Transparency und Ethics Regulation (ALTER-EU), in der sich über 160 Organisationen zusammengefunden haben, begrüßte daher die Initiative von Parlamentspräsident Jerzy Buzek (Polen, PO) auf den Skandal mit der Ausarbeitung neuer Verhaltensregeln für die EU-ParlamentarierInnen zu reagieren. Zugleich veröffentlichte ALTER-EU neun Forderungen, die ein neuer Kodex erfüllen müsste, »



um effektiv gegen zu enge Verbindungen zwischen Abgeordneten und Lobbyorganisationen vorzugehen.<sup>2</sup>

**Klare Regeln für Interessenkonflikte notwendig** ■ Dass EU-Abgeordnete Nebentätigkeiten nachgehen, die Lobbyarbeit beinhalten oder die zu Interessenkonflikten führen können, stellt ein grundsätzliches Problem dar. Eine Studie der Organisationen CEO, LobbyControl und Spinwatch vom März diesen Jahres nahm die Nebentätigkeiten von Abgeordneten aus 13 EU-Staaten (insgesamt 433 Abgeordnete) genauer unter die Lupe.<sup>3</sup> Rund 35 Prozent der Abgeordneten der Stichprobe gingen demnach bezahlten Nebentätigkeiten nach. Nicht alle diese Nebentätigkeiten bergen das Potential für Interessenkonflikte, aber bei immerhin 14 Prozent der Abgeordneten stießen die Organisationen auf problematische Interessenkonstellationen. Nebentätigkeiten lassen dann Interessenkonflikte vermuten, wenn der oder die NebenarbeitgeberIn ein spezifisches

### **Der Geld-für-Einfluss-Skandal machte auf erschreckende Weise sichtbar, wie unbehelligt LobbyistInnen in Brüssel operieren können.**

Interesse an der gesetzgeberischen Arbeit der oder des Abgeordneten hat. Beispiele für solch problematische Interessenkonstellationen sind die deutschen Abgeordneten Herbert Reul und Klaus-Heiner Lehne (beide CDU). Herbert Reul<sup>4</sup> ist Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie im Europaparlament. Nebenbei ist er bezahltes Aufsichtsratsmitglied der RheinEnergie AG, an der der Energieriese RWE mit 20 Prozent beteiligt ist. Klaus-Heiner Lehne<sup>5</sup> ist seit dieser Legislaturperiode Vorsitzender des Rechtsausschusses und arbeitet zugleich als

Rechtsanwalt für die Kanzlei Taylor Wessing, die laut eigenem Internetauftritt „nationale und internationale Mandanten bei der Sicherung, der Verwertung und der Verteidigung ihrer gewerblichen Schutzrechte unterstützt.“<sup>6</sup> Der Rechtsausschuss spielt bei der Regulierung von Patentfragen eine zentrale Rolle und gerade hier haben die Kunden von Lehn's Nebenarbeitgeber ein ganz konkretes Interesse.

Auch ohne einen Aufrüttler eines Kalibers des cash-for-influence-Skandals bestand folglich Handlungsbedarf. Der von der Buzek-Arbeitsgruppe erarbeitete neue Kodex wurde schließlich im Juli 2011 als Entwurf veröffentlicht.<sup>7</sup> Im Oktober soll er vom Plenum verabschiedet werden. „Wir konstruieren einen starken Schutzschild gegen jedes unethische Verhalten“,<sup>8</sup> sagte Buzek laut einer Pressemitteilung des EU-Parlaments. Betrachtet man jedoch die Regelungen des Kodex' im einzelnen, wird schnell deutlich, dass zwar in einigen Bereichen Fortschritte gemacht wurden, es aber weiterhin an wirksamen Vorkehrungen gegen Interessenkonflikte fehlt und auch bei den Transparenzregeln noch Nachbesserungsbedarf besteht.

**Trotz Fortschritt noch Nachbesserungsbedarf** ■ In deutlicher Sprache wird in Artikel 1 des Kodex zumindest dasjenige Verhalten eindeutig verboten, welches zum cash-for-law-Skandal führte: Den Abgeordneten wird untersagt, gegen direkte oder indirekte finanzielle Vorteile oder andere Entschädigungen im Parlament abzustimmen oder Einfluss auszuüben. Jedoch bleiben Interessenkonflikte provozierende Nebentätigkeiten davon unberührt. Hier greift Artikel 2 des Entwurfs, der aber erhebliche Schwächen aufweist. Artikel 2 beschäftigt sich explizit mit Interessenkonflikten. In Absatz 2 wird dort dargelegt, dass jede/r Abgeordnete zunächst einmal selbst feststellen muss, ob in ihrem/seinem Fall ein Interessenkonflikt vorliegt oder

### **Ein entschlossener Umgang mit Interessenkonflikten stärkt die Demokratie.**

nicht. Statt von einem unabhängigen Gremium prüfen zu lassen, ob ein Interessenkonflikt besteht, wird hier ganz auf die kritische Selbstkontrolle der Abgeordneten vertraut. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass gerade die in einen Interessenkonflikte verwickelten Abgeordneten die schlechtesten RichterInnen über das Vorliegen eines solchen Konflikts sind. Zwar soll ein Advisory Committee on the Conduct of Members eingerichtet werden, aber dieses kann lediglich in Zweifelsfällen angerufen werden, wenn sich der Interessenkonflikt nicht lösen lässt. Selbst das festzustellen liegt zunächst allein im Verantwortungsbereich der/s betroffenen Abgeordneten selbst – keine optimale Lösung. Weiterhin hätte das Advisory Committee zusätzlich mit unabhängigen ExpertInnen besetzt werden können, statt nur aus den Reihen der Abgeordneten selbst. Der Kodex erlaubt es dem Komitee zwar, unabhängigen Sachverständigen hinzuzuziehen, überlässt es aber letztlich den Mitgliedern des Gremiums selbst, ob und wann das geschehen soll.

**Wer verdient was?** ■ Bei den Offenlegungspflichten für Nebentätigkeiten und –einkünfte hat man sich am mangelhaften Modell des Deutschen Bundestags orientiert, wo Nebeneinkünfte in Stufen angegeben werden müssen. Die Stufen sind im Vergleich zur momentan geltenden Regelung im Bundestag jedoch sinnvoller gestaltet. Ist in Berlin bereits ab einem Betrag von mehr als 7.000 Euro nicht mehr sichtbar, wieviel ein Mitglied des Bundestages pro Jahr und ArbeitgeberIn verdient, sind es nun in Brüssel immerhin 120.000 Euro. Wirklich große Einkünfte verschwinden aber auch hier hinter der Angabe „Stufe 4“, d.h. 10.000 Euro oder mehr pro Monat. Problematisch erscheint auch die Bagatellgrenze von 5.000 Euro für unregelmäßi- »



ge Einkünfte, z.B. aus Vortrags- oder Beratungstätigkeiten. Aufträge unter 5.000 Euro können auf diese Weise vor dem kritischen Blick der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Das ermöglicht es, dass durch Stückelung von Honorarzahungen durchaus größere Summen aus einer Branche oder Interessentengruppe zusammenkommen können, ohne dass ein Interessenkonflikt sichtbar werden würde. Insgesamt ist die Neuregelung im Bereich der Nebeneinkünfte dennoch als deutlicher Fortschritt zu werten – wenn es denn gelingt, die Regelungen auch vernünftig umzusetzen und Kapazitäten bereitgestellt werden, die Angaben der Abgeordneten zu überprüfen und bei Fehlangaben angemessen zu sanktionieren. Zwar sind im Kodexentwurf einige Sanktionen vorgesehen – inklusive der Möglichkeit eine bis zu zehntägige Suspension auszusprechen oder der/dem Abgeordneten den Berichtserstatterstatus zu entziehen – doch diese reichen noch nicht aus, um unethisches Verhalten wirksam zu unterbinden.

Ein Thema, das von lobbykritischen NGOs immer wieder ins Feld geführt wurde, taucht im neuen Kodex gar nicht auf: Eine Abkühlphase für Abgeordnete oder Abkühlphase für Abgeordnete, um den Gang durch die Drehtür zwischen Politik und Wirtschaft zu verzögern. Sinnvoll wäre eine zwei-, besser noch dreijährige Abkühlphase nach Mandatsende, in der den Abgeordneten das Ausüben von Lobbytätigkeiten untersagt wird. Artikel 5 des neuen Kodex regelt lediglich, dass Abgeordnete, die nach ihrem Ausscheiden aus der Politik Lobbyjobs annehmen, den privilegierten Zugang zum Parlamentsgebäude verlieren, den Ex-ParlamentarierInnen normalerweise genießen.

**Die bestehenden Regelungen reichen nicht aus, um einen Keil in die Lobby-Drehtür zu schieben.**

Diese Regelung ist bei weitem nicht ausreichend, um zu verhindern, dass Abgeordnete noch vor Mandatsende spätere Lobbytätigkeiten aushandeln und nach dem Wechsel ihren weiterhin privilegierten Zugang zu den politischen Institutionen der EU ausnutzen. Vor Mandatsende provoziert der unbeschränkte Gang durch die Drehtür Interessenkonflikte, da politische Entscheidungen potentiell an den Interessen eines künftigen Arbeitgebers ausgerichtet werden. Nach dem Wechsel sind Abgeordnete Träger von Insiderwissen und Türöffner für finanzstarke Lobbys, die den Ex-ParlamentarierInnen ein attraktives Jobangebot machen können.

**Mehr Transparenz durch ein Transparenzregister?** ■ Parallel zu den Verhandlungen über einen neuen Verhaltenskodex einigten sich das Parlament und die Kommission darauf, ein gemeinsames Lobbyregister – Transparenzregister genannt – einzuführen.<sup>9</sup> Ein Ziel des neuen Registers ist es, die Missstände bei den bisherigen Registern auszuräumen und für EU-Kommission und Parlament eine gemeinsame Transparenzgrundlage zu schaffen. Bisher führten Kommission und Parlament ein je eigenes Register, wobei dasjenige des Parlaments lediglich aus einer Liste mit den Namen der InhaberInnen eines Hausausweises des Parlaments und deren Auftraggebern bestand. Die Kommission führte seit 2008 ein freiwilliges Register, in das sich Unternehmen, Agenturen, NGOs und Think Tanks eintragen konnten, um ihren Transparenzwillen zu bekunden. Nicht ausreichende Überprüfungs- und Sanktionsmöglichkeiten ließen jedoch immer wieder Falschangaben zu. Bei weitem nicht alle Unternehmen, die LobbyistInnen in das Parlament entsandt hatten, registrierten sich auch im freiwilligen Register der Kommission. Dies soll nun durch das gemeinsame Register geändert werden: Wer für LobbyistInnen einen Hausausweis beim Parlament beantragen möchte, kommt nun um eine Eintragung

ins Transparenzregister nicht mehr herum. Dieser Anreiz sich einzutragen, ist zwar zu begrüßen. Dennoch bleibt das Register seinem Charakter nach ein freiwilliges. Man muss nicht beim EU-Parlament akkreditiert sein, um in Brüssel effektiv Lobbyarbeit zu betreiben. Insbesondere Think Tanks und NGOs sind oft auf einen solchen Hausausweis gar nicht angewiesen, einige große Unternehmen mit Lobbybüros in Brüssel haben ebenfalls keine ParlamentslobbyistInnen akkreditiert.<sup>10</sup> Auch ist ein solcher Ausweis keinesfalls eine zwingende Voraussetzung für den Zugang zum

**Nur ein umfassendes und verpflichtendes Lobbyregister würde für einen echten Transparenzgewinn sorgen – nicht nur in Brüssel.**

Parlament. Auf Einladung einer/s Abgeordneten, kann jede/r LobbyistIn das Parlamentsgebäude betreten ohne im Register aufzutauchen. Nur ein verpflichtendes und sanktionsbewährtes Lobbyregister würde in Brüssel für einen echten Transparenzgewinn sorgen und sichtbar machen, wer in wessen Auftrag und mit welchen Mitteln Lobbyarbeit betreibt. Verdeckte PR-Arbeit und Einflussnahme kann nur mit einem verpflichtenden Register effektiv angegangen werden.

**Mehr Transparenz wagen!** ■ In seinem Beschluss für das Transparenzregister sprach sich das Parlament immerhin in einer Anmerkung explizit für ein verpflichtendes Register aus.<sup>11</sup> Die Kommission und wichtige „Lobbyismus-Lobbys“ wie die SEAP (Society of European Affairs Professionals) sperren sich jedoch nachwievorg gegen ein solches Register nach US-amerikanischem oder kanadischem Vorbild. Die nächste Möglichkeit für eine Reform ist 2013 gegeben. Solange haben sich »



Kommission und Parlament Zeit gegeben, das neue Register zu evaluieren. Mut macht, dass sogar der bisher jede Form der Kooperation ablehnende Ministerrat inzwischen Gesprächsbereitschaft signalisiert hat.<sup>12</sup> Entsprechende Anstrengungen und erfolgreiche Kampagnen der lobbykritischen NGOs vorausgesetzt, besteht also eine gewisse Chance, bis 2013 tatsächlich ein verpflichtendes Lobbyregister für alle drei EU-Organen durchzusetzen. Damit das gelingt, bedarf es einer anhaltenden und vor allem europäischen Debatte über Lobbyismus, Transparenz und Demokratie. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden solche Fragen in Europa immer noch im engen nationalen Rahmen diskutiert. Damit sich das ändert, sind nicht nur Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Politik gefragt, sondern alle BürgerInnen der Europäischen Union sind aufgerufen, genau hinzuschauen, kritisch nachzufragen und

sich einzusetzen für ein transparentes und demokratisches Europa.

**Timo Lange** ■ Diplom-Politikwissenschaftler; arbeitet für LobbyControl als Campaigner mit dem Schwerpunkt EU.

- 1) <http://www.lobbypedia.de/index.php/Cash-for-laws-Aff%C3%A4re> (abgerufen am 29.07.2011).
- 2) <http://www.lobbycontrol.de/blog/download/ALTER-EU-Forderungen-Ethikkodex-EP.pdf> (abgerufen am 29.07.2011).
- 3) <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2011/05/neue-studie-zeigt-potentielle-interessenkonflikte-durch-nebentigkeiten-auch-bei-deutschen-eu-abgeordneten/> (abgerufen am 29.07.2011).
- 4) <http://www.europarl.europa.eu/members/expert/alphaOrder/view.do?language=DE&id=28225> (abgerufen am 29.07.2011).
- 5) [http://lobbypedia.de/index.php/Klaus-Heiner\\_Lehne](http://lobbypedia.de/index.php/Klaus-Heiner_Lehne) (abgerufen am 29.07.2011).
- 6) <http://www.taylorwessing.com/de/services/practice-areas/patentrecht.html> (abgerufen am 29.07.2011).
- 7) Der Kodexentwurf ist bisher nur auf Englisch veröffentlicht: [http://www.europarl.europa.eu/eplive/expert/multimedia/20110707MLT23593/media\\_20110707MLT23593.pdf](http://www.europarl.europa.eu/eplive/expert/multimedia/20110707MLT23593/media_20110707MLT23593.pdf) (abgerufen am 29.07.2011).
- 8) [http://www.europarl.europa.eu/president/view/en/press/press\\_release/2011/2011-July/press\\_release-2011-July-6.html](http://www.europarl.europa.eu/president/view/en/press/press_release/2011/2011-July/press_release-2011-July-6.html) (abgerufen am 29.07.2011).
- 9) Das Transparenzregister kann hier eingesehen werden: [http://europa.eu/transparency-register/index\\_de.htm](http://europa.eu/transparency-register/index_de.htm) (abgerufen am 29.07.2011).
- 10) <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2011/06/eu-fuehrt-neues-lobbyregister-ein/> (abgerufen am 29.07.2011).
- 11) <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2011/05/eu-parlament-spricht-sich-fur-verpflichtendes-lobbyregister-aus/> (abgerufen am 29.07.2011).
- 12) <http://www.seap.be/> (abgerufen am 29.07.2011).

## ALTER-EU

# Allianz für Lobby-Transparenz und ethische Regeln



**Die Allianz für Lobby-Transparenz und ethische Regeln (Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation - ALTER-EU) ist ein Zusammenschluss von über 180 zivilgesellschaftlichen Gruppen, Gewerkschaften und HochschuldozentInnen.**

Unsere Sorge gilt dem zunehmenden Einfluss der LobbyistInnen, die im Auftrag der Wirtschaft die politische Agenda in Europa mitbestimmen, wodurch sich das Demokratiedefizit der Entscheidungsprozesse in der EU noch verschärft. Dagegen werden

dringend notwendige Fortschritte im Hinblick auf soziale, umwelt- und verbraucherpolitische Reformen von den Lobbys verzögert, abgeschwächt oder gar völlig blockiert.

Mehr über unsere Strategien, unsere Finanzierung und interne Struktur finden Sie hier:

[www.alter-eu.org](http://www.alter-eu.org)

## Think Tanks und Lobbying

# Wer die Zeche bezahlt

**Wie schaffen Sie es, dass der Gesetzgeber Ihre Botschaft ernst nimmt?** Ein möglicher Weg besteht darin, einen Think Tank dazu zu veranlassen, einen scheinbar wissenschaftlichen Bericht mit den richtigen Schlussfolgerungen herauszubringen. In Brüssel gibt es jede Menge davon und sollte keiner Ihren Vorstellungen entsprechen, gründen Sie Ihren eigenen!

Dieter Plehwe

Die Anzahl der Think Tanks im Brüsseler EU-Viertel ist während der letzten 10 Jahre stark gestiegen. Die Kommission schätzt, dass in Brüssel mehr als 60 Think Tanks ansässig sind, die sich in einer Weise auf die Gestaltung der EU-Politik konzentrieren, die letztlich einer Art Lobbying gleichkommt. Das Transparenzregister der Kommission enthält derzeit 97 Organisationen (August 2011), die sich als Think Tank deklarieren ([http://europa.eu/transparency-register/index\\_de.htm](http://europa.eu/transparency-register/index_de.htm)). Der Begriff Lobbying impliziert oft unlautere Mittel, während die Arbeit von dem Anspruch nach unabhängigen und wissenschaftlichen Think Tanks als ehrenwert und diskret betrachtet wird. Allerdings sind viele der in Brüssel ansässigen Think Tanks faktisch in hohem Maße von Unternehmen abhängig, die sie als Mitglieder oder Finanziere fördern. Oft agieren sie als Plattform, durch die Firmen versuchen Debatten, Politikgestaltung und Entscheidungsfindung in der EU zu prägen und zu beeinflussen. Für große Unternehmen stellt die Förderung eines Think Tanks schlichtweg eine von vielen verschiedenen Einflussstrategien dar (die etwa auch direktes Lobbying, verbandliche Interessenvertretung, die Nutzung kommerzieller Beratungsfirmen und Werbemaßnahmen umfassen). Da viele Brüsseler Think Tanks die Quellen ihrer Fördergelder geheim halten, kann es schwierig sein zu identifizieren wer hinter dem Vorhang die Fäden zieht. Darüber hinaus haben sich etliche promi-

nente Think Tanks bisher geweigert, sich in das EU-Transparenzregister einzutragen, was ihnen starke Kritik von Seiten des EU Kommissars Siim Kallas einbrachte.

Ein Beispiel für einen unternehmensgeförderten Think Tank ist das Stockholm Network, ein in London ansässiges Institut, das unter anderem ein Netzwerk überwiegend politisch rechtsstehender „free market think tanks“ in ganz Europa koordiniert. Das Stockholm Network hat enge Verbindungen mit der Heritage Foundation und anderen vermögenden neokonservativen und neoliberalen Think Tanks in den USA, die uneingeschränkte Märkte propagieren und umwelt- sowie sozialpolitischen Regulierungen ablehnend gegenüberstehen. Bis vor kurzem war das Stockholm Network eine Festung von KlimaskeptikerInnen und ein überzeugter Gegner des Kyoto-Protokolls sowie anderer staatlicher Bemühungen der Reduktion von Treibhausgasemissionen. Im Sommer 2008 publizierte das Stockholm Network allerdings unter dem Titel „CarbonScenarios. Blue Sky Thinking for a Green Future“ einen Bericht, mit dem es sich für Alternativen zu derzeitigen Cap-and-Trade-Lösungen aussprach.<sup>1</sup>

Anstatt die Emissionen am Ende der Kette auf der Ebene der vielen einzelnen emittierenden Unternehmen zu regeln soll am Beginn der Produktionskette angesetzt werden: „upstream cap and trade“. [Anm.

der Übersetzerin: Ein Cap-and-Trade-System ist ein System des Emissionsrechtehandels unterhalb bestimmter Emissionsobergrenzen. Ein „upstream cap and trade“ ist ein Cap-and-Trade-System, das sich nicht auf die Unternehmen, sondern die Treibstoffzulieferer richtet.] Zielt diese Studie des Stockholm Network nun darauf ab, Umweltschutz und effektivere Verfahren zur Emissionsenkung voranzutreiben? Oder handelt es sich um einen weiteren Versuch von Marktgläubigen, den

**Oder vielmehr:  
Welche Rolle spielt  
der Anspruch auf  
Unabhängigkeit,  
Wissenschaftlichkeit  
und Überparteilichkeit  
bei der Arbeit  
von Think Tanks?**

bislang mehrheitsfähigen Ansatz der staatlichen Regulierung in der Klimawandelpolitik aufzuhalten, weil sie sich eigentlich nicht für die Umwelt interessieren? Welche Rolle haben Think Tanks mit ihrem Anspruch auf Unabhängigkeit, wissenschaftliche Politikberatung und überparteiliche Expertise in der EU-Politik? Oder vielmehr: welche Rolle spielt der Anspruch auf Unabhängigkeit, Wissenschaftlichkeit und Überparteilichkeit bei der Arbeit von Think Tanks? Während diese Fragen so allgemein formuliert sicherlich nicht einfach zu beantworten sind, konzentriert >>

**Bei vielen Think Tanks ist die Grenze zwischen Forschung und Advocacy fließend bzw. wird verdeckte Lobbyarbeit unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit geleistet.**

»

sich der vorliegende Artikel darauf, die wachsende Anzahl europäischer Think Tanks und ihre Verschränkung mit Lobbyingaktivitäten zu analysieren.

**Forschungseinrichtungen für Politik, Ideenagenturen, oder was?**

■ Die Wissenschaft hat sich erst in jüngerer Zeit stärker und systematischer mit dem Phänomen Think Tank beschäftigt.<sup>2</sup> Dies überrascht vor allem deshalb, weil mehr als 600 Think Tanks über 20 Länder Westeuropas verteilt sind und viele davon schon vor langer Zeit gegründet wurden. In Europa spielen staatlich finanzierte Think Tanks eine größere Rolle als in den USA, wobei die kürzliche Zunahme von parteiischen, aber nicht notwendig parteipolitischen Think

Tanks vermuten lässt, dass sich die europäische Landschaft jener der USA annähert. Es wurde darauf hingewiesen, dass in Europa zahlreiche „missionarische marktwirtschaftliche Institute existieren, die überwiegend neu gegründet wurden, teilweise aber auch älteren Ursprungs sind ...“ In der Tat „bildeten diese Think Tanks im Europa der späten Achtzigerjahre die größte Gruppe parteilicher Think Tanks mit klarer ideologischer Orientierung und politischer Agenda. Sie übertrafen in ihrer Anzahl bei weitem alle anderen ideologischen Gruppen und hatten mindestens ein Mitglied in den meisten westeuropäischen Ländern.“<sup>3</sup>

**Was steckt hinter Wissenschaft und Interessengeleitetheit der Think Tanks?**

■ Studien fassen unter dem Begriff der Think Tanks sehr unterschiedliche Organisationstypen zusammen: akademische Forschungsinstitute, Einrichtungen der Auftragsforschung, „advocacy organisations“ [Anm. der Übersetzerin: Ein advocacy think tank verfolgt spezifische Anliegen und vertritt häufig bestimmte ideologische Positionen.]

und parteizugehörige Körperschaften. Gemäß mancher Schätzungen stellen die Advocacy Think Tanks 45 Prozent der Think Tanks dar, verglichen mit 38 Prozent, die akademische Arbeit durchführen, 10 Prozent parteizugehöriger Einrichtungen und 7 Prozent der Auftragsforschung.<sup>4</sup> Es kann allgemein schwierig sein, die Grenze zwischen akademischer Forschungseinrichtung und einer Advocacy-Organisation festzulegen. Die größte Schwierigkeit bereitet aber wohl die Verschränkung von Forschung, Beratung und Lobbying bei sogenannten Advocacy Think Tanks und Forschungseinrichtungen.

Akademische Forschungseinrichtungen sind im Allgemeinen nicht ideologisch konsistent, auch wenn manche ForscherInnen ihre Position zur Unterstützung bestimmter Anliegen verwenden. Parteizugehörige Think Tanks auf der anderen Seite bekennen sich offen zu einer bestimmten politischen Orientierung, die für ihre Forschungsarbeit und Beratungstätigkeit relevant ist. Advocacy Think Tanks hingegen sind schwieriger zu lesen und zu beurteilen, wenn »

**Informieren**

**Think Tank Netzwerk Initiative**

Think Tanks und Think Tank-basierte Expertinnen und Experten entwickeln sich mehr und mehr zu wichtigen AkteurInnen sowohl in Fachkreisen als auch in der medialen Öffentlichkeit. Dabei ist häufig nicht unmittelbar deutlich, ob es sich um akademische oder advokatische, kommerzielle oder parteinahe Think Tanks handelt, ob die Qualität der Forschung einer Kontrolle unterworfen ist oder wer für eine

Untersuchung bezahlt hat. Die Think Tank Netzwerk Initiative will umfassende Informationen zu Think Tank Netzwerken und den in diesen Netzwerken arbeitenden Einzelinstituten bereit stellen, um Fachleuten und der interessierten Öffentlichkeit insgesamt das Verständnis der Think Tank Landschaft und -politik zu erleichtern. Die Think Tank Netzwerk Initiative bietet:



[http://www.thinktanknetworkresearch.net/str\\_ttni\\_de/index.html](http://www.thinktanknetworkresearch.net/str_ttni_de/index.html)

- Eine Übersicht über Think Tank Netzwerke und Ressourcen zur Analyse von Think Tank Netzwerken oder einzelnen Think Tanks
- Kritische Gesamtdokumentationen einzelner Think Tank Netzwerke (strukturierte Darstellung beteiligter Think Tanks und Personen)
- Vertiefende Analysen zu einzelnen (thematischen / organisatorischen) Aspekten

## Klimawandel, „skeptische“ Think Tanks in Europa

- Institut Economique Molinari, Institut Hayek (IEM), LIBERA!, Ludwig von Mises Institute Europe, Belgien
- The Copenhagen Institute, Dänemark
- Committee For A Constructive Tomorrow (CFACT), Hayek-Gesellschaft, Institute for Free Enterprise Deutschland
- Civil Society Institute (iFRAP), Institut Euro 92 Frankreich
- Istituto Bruno Leoni, Magna Carta Foundation, Italien
- Hayek-Institut, Österreich
- Instytut Globalizacji, Polen
- Eudoxa, Schweden
- Liberales Institut, Schweiz
- Conservative Institute of M. R. Stefanik, Slowakei
- Fundacion para el analisis y los estudios sociales (FAES), Juan de Mariana Institute, Spanien
- Center for Economic Policy (CEP), Tschechien

*Die hier genannten Think Tanks sind als Mitglied des europäischen Stockholm-Netzwerkes gelistet, vgl. [www.thinktanknetworkresearch.net/wiki\\_ttni\\_de/index.php?title=Mitglieder\\_des\\_Stockholm\\_Network](http://www.thinktanknetworkresearch.net/wiki_ttni_de/index.php?title=Mitglieder_des_Stockholm_Network)*



sie sich als politisch neutral und wissenschaftlich präsentieren und ihren parteilichen Charakter verstecken.

### EU Think Tanks – vernetzt und vernetzend quer durch Europa

■ In einer Studie des französischen Think Tank „Notre Europe“ (Unser Europa) wurden 149 Europäische Think Tanks identifiziert, die in 25 Mitgliedstaaten mit insgesamt 3.000 Beschäftigten operieren.<sup>5</sup> 36 von ihnen werden als Organisationen qualifiziert, die auf europäische Angelegenheiten spezialisiert sind, während in den übrigen 113 europäischen Angelegenheiten ein Thema unter anderen darstellt. Diese Angaben unterschätzen wohl die tatsächlichen Zahlen, wenn im Stockholm Network alleine mehr als 100 Think Tanks registriert werden.

Es ist bislang ungeklärt, in welchem Ausmaß transnationale Think Tank-Netzwerke in Verbindung mit Förderagenturen und anderen Verbündeten zu einer politischen Kraft geworden sind. Think Tanks haben jenen, die es sich leisten können sie zu finanzieren, tatsächlich viel zu bieten. Ihre Gründung ist einfach, ihre Füh-

rung und Kontrolle sind recht preiswert und sie können an der Schnittstelle zwischen mehr oder weniger akademischer Forschung, politischer Beratung und Öffentlichkeitsarbeit Vieles leisten. Das Stockholm Network bekennt sich öffentlich dazu, „Europas einzige Serviceorganisation für marktorientierte Think Tanks und ‚thinkers‘ (Denker) zu sein. Da wir beinahe 40 Länder und mehr als 130 Think Tanks umfassen, hat unser einzigartiges Netzwerk die Fähigkeit lokale Botschaften und lokal zugeschnittene globale Botschaften quer durch die EU und darüber hinaus zu verbreiten.“<sup>6</sup> Dass dies mehr nach komplexer Werbungsmechanik klingt als nach einer Gruppe mannigfaltiger individueller Advocacy-Organisationen, die „Katalysatoren für Ideen und Aktion“ sind, ist kein Zufall.<sup>7</sup>

### Ein Schweizer Messer für den Kampf der Ideen

■ Parteiliche Think Tanks sind zu effektiven Vielweckinstrumenten geworden, weil sie eigenständig für allerlei Probleme vorgefertigte Lösungen empfehlen, aber auch von den Spindoktoren der Unternehmen und den Lobby-Bera-

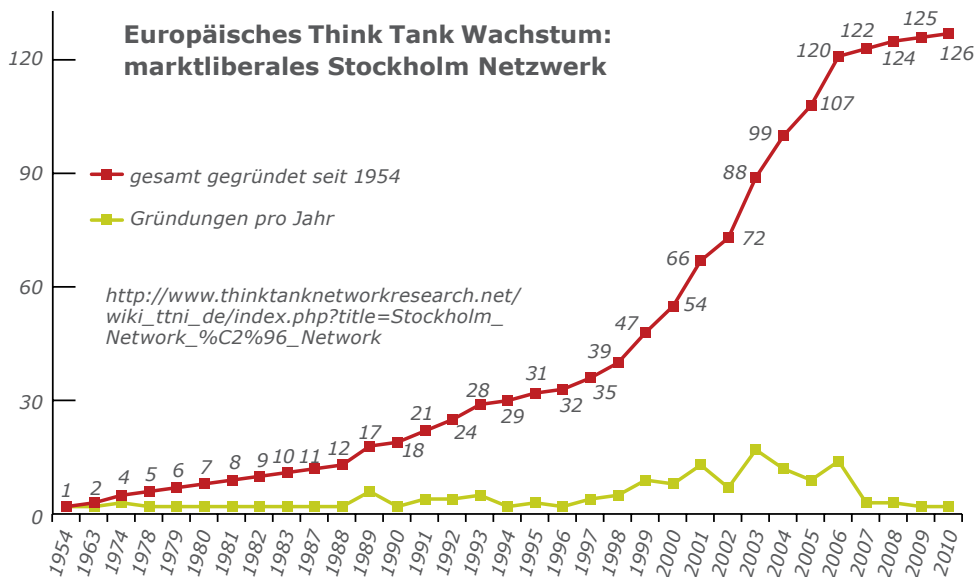
tern verwendet werden können. Das globale Sustainable Development Network (SDN, Netzwerk zur nachhaltigen Entwicklung) beispielsweise wurde 2001 gegründet, um „free market think tanks“, ihre Finanzierer und die mit ihnen alliierten Unternehmen in den Diskussionen über Nachhaltigkeit zu koordinieren.<sup>8</sup> Weil 2001 eine Blockadehaltung keine gute Option mehr darstellte, änderte das neoliberale Bataillon seinen Kurs und sprang auf den Nachhaltigkeitszug auf, um ein eigenes Set marktorientierter Ideen über Nachhaltigkeit in die Diskussion zu bringen. Zufälligerweise teilt das SDN seinen MitarbeiterInnenstab und seinen Webserver mit dem International Policy Network (IPN), ein prominenter Vertreter des

**„Da wir beinahe 40 Länder und mehr als 130 Think Tanks umfassen, hat unser einzigartiges Netzwerk die Fähigkeit lokale Botschaften und lokal zugeschnittene globale Botschaften quer durch die EU und darüber hinaus zu verbreiten“**

*Stockholm Network*

Klimaskeptizismus in der Debatte über globale Erwärmung, der mit beträchtlichen Summen von Exxon-Mobil finanziert wurde.<sup>9</sup> Die Finanzierung des Klimaskeptizismus durch ExxonMobil ist wahrscheinlich der bekannteste Fall unternehmerischer Einflussnahme durch koordiniertes Finanzieren von Think Tanks.<sup>10</sup>

Das IPN unterhält andere interessante Verbindungen mit der Unternehmenswelt, so etwa mit dem in Washington ansässigen gewinnorientierten Lobbyingunternehmen „White House Writers Group“.<sup>11</sup> Nach dem Amtsantritt des neuen Tory-Premiers David Cameron »



während sie umweltpolitische Dilemmata lösen.“<sup>14</sup>

**Regulatorische Alternativen – nennt sie nicht Think Tanks** ■ Die parteilichen Think Tank Netzwerke sind zu Recht dafür kritisiert worden, fälschlich unter der Flagge des öffentlichen Interesses zu segeln. So schrieb auch George Monbiot, dass BBC aufhören solle IPN und ähnliche Organisationen als „Think Tanks“ zu bezeichnen. Dies sei unfair und irreführend. Wenn beispielsweise jemand von „Friends of the Earth“ – die richtigerweise als „Kampagnenorganisation“ oder als „pressure group“ beschrieben wird – gegen jemand des IPN argumentiert, erscheint die Person des IPN als die objektivere Seite, weil IPN als „Think Tank“ oder „gemeinnützige Bildungsinstitution“ präsentiert wird. Tatsächlich ist es aber die Person von IPN, die ein direktes finanzielles Interesse am Ergebnis der Diskussion hat. (Beispielsweise hat IPN, das argumentiert wir sollten nicht ver-



in Großbritannien löste IPN UK übrigens seine engen Verbindungen zur U.S.-amerikanischen Schwesterorganisation IPN US und damit zum Exxon- und Klimawandelgegnerlager. Vermutlich ist es aufgrund der familiären Verbindung der IPN Mitarbeiterin Linda Whetstone und Camerons Chefstrategen Steve Hilton nicht mehr opportun, Leugnungspositionen zu verbreiten, ohne einen massiven Krach im Familien- und Tory-Lager zu riskieren.<sup>12</sup> Sowohl das IPN als auch das SDN sind engstens mit dem Stockholm Network verflochten. Weil mittlerweile der britische Think Tank Stockholm Network (nicht alle Mitglieder des Netzwerkes) seine Distanz gegenüber den sehr weit rechts stehenden US-KlimaskeptikerInnen betonte, kann es seine eigenen am freien Markt ausgerichteten Lösungsvorschlag für das Problem des Klimawandels effektiver bewerben. So kritisierte Mark Lynas die US-amerikanische Rechte für ihre Verleugnungsliteratur<sup>13</sup> und, bewusst oder unbewusst, verlieh er damit dem Stockholm Network eine neue Aura der Glaubwürdigkeit in Umweltfragen, obwohl viele diesem Netzwerk angehörende Think Tanks für die Verfechtung des Klimaskeptizismus in Europa beträchtliche Mit-

verantwortung tragen. Das European Committee for a Constructive Tomorrow und das Berlin Manhattan Institute beispielsweise fördern Kampagnen, die den Klimawandel negieren (<http://cfact.eu/>, <http://www.berlinmanhattan.org/>).

Die neuen Ideen des Stockholm Netzwerkes (upstream cap and trade) werden durch einige der weltweit mächtigsten Energieunternehmen unterstützt. Es ist vorsichtig ausgedrückt nicht unwahrscheinlich, dass deren Interessen etwas mit dem 2005 begründeten Energie- und Umweltprogramm des Stockholm-Netzwerkes zu tun haben. Die angeblich markt- und wachstumsfreundliche Alternative gegenüber der „Bürokratie von Kyoto“ entspricht jedenfalls sicher dem allgemeinen Ziel des Programms, das „einen praktischen marktorientierten Zugang für den Umgang mit unseren zukünftigen Herausforderungen betreffend Energie propagiert und gleichzeitig auch umweltpolitische Fragen und das Problem des Klimawandels behandelt. Unsere Arbeit erkennt die Bedeutung der Umweltpolitik für die Sicherung zukünftiger Prosperität und versucht Konzepte zu entwickeln, die ökonomische Realitäten anerkennen

**Marktwirtschaftliche Umweltpolitik: ökonomische Realitäten und „umweltpolitische Dilemmas“**

chen unsere Kohlenstoffemissionen zu reduzieren, von Exxon 295.000 US-Dollar erhalten.) Ich denke eine bessere Beschreibung wäre daher „Lobbygruppe“ oder „unternehmensgeförderte Kampagnengruppe“.<sup>15</sup>

**EU Kommissar Kallas fordert die Geheimhaltung der Think Tanks heraus** ■ Eine zunehmende Unschärfe prägt auch die Unterscheidung zwischen Think Tanks und „events organizers“ in Brüssel (wobei in diesem Kontext jene „events“ gemeint sind, bei denen Lobbyisten Zugang zu Entscheidungsträgern bekommen). Dies zeigt die kürzliche Fusion zwischen Forum Europe »





und Epsilon Events, die „das größte den EU-Angelegenheiten gewidmete Eventmanagement in Brüssel“<sup>16</sup> hervorbrachte. Während der EU Kommissar Kallas Think Tanks drängte, sich in das Lobbyregister einzutragen, sind diese Einrichtungen immer noch von wirklicher Transparenz ausgenommen.<sup>17</sup> Think Tanks sind nämlich lediglich dazu verpflichtet, ihre Einnahmen in sehr breiten Kategorien zu deklarieren („öffentliche Finanzierung“, „Spenden“, „Programmförderung“), wodurch ihre Finanzierung durch Unternehmen unsichtbar bleiben kann. Tatsächlich sind größere Think Tanks, wie etwa die „Friends of Europe“, oder das „Centre for European Policy Studies“ beträchtlich von den Spenden und Finanzierungen von Unternehmen abhängig. Auch viele der kleineren „free market think

tanks“ die sich kürzlich in Brüssel einrichteten, legen ihre Geldquellen nicht offen. Eine Untersuchung der Jahre 2005 und 2006 ergab, dass sich viele Think Tanks, wie etwa das Centre for the New Europe, das European Enterprise Institute, das Institut Economique Molinari, das Institut Thomas More Brussels und der International Council for Capital Formation weigerten ihre Finanzquellen offen zu legen.<sup>18</sup> Dass sie im Lobbyingregister der Kommission nicht aufscheinen überrascht nicht. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Ansicht der Kommission, wonach Transparenz auf freiwilliger Basis verwirklicht werden soll, den diesbezüglichen tiefverwurzelten Widerstand in Teilen der Think Tank-Gemeinschaft überwinden kann. Das bedeutet, dass es in Europa keine angemessene Trans-

### Leseempfehlung

#### Smoke, Mirrors and Hot Air

How ExxonMobil Uses Big Tobacco's Tactics to Manufacture Uncertainty on Climate Science

Studie der Union of Concerned Scientists aus 2007, die Exxon und die Think tanks unter die Lupe genommen hat:

[http://www.ucsusa.org/assets/documents/global\\_warming/exxon\\_report.pdf](http://www.ucsusa.org/assets/documents/global_warming/exxon_report.pdf)

parenz des Kampfes der Ideen geben wird, wenn nicht die Think Tanks dazu gezwungen werden offenzulegen wer ihre Ideen und Events finanziert.

**Dieter Plehwe** ■ Mitarbeiter der WZB Forschungsgruppe „Modes of Economic Governance“; Vorstandsmitglied des Vereins LobbyControl

- 1) Paul Domjan and Gulya Isyanova, *Carbon Scenarios; Blue Sky Thinking for a Green Future* (London: Stockholm Network, 2008).
- 2) Stone, Denham and Garnett (Hrsg), *Think Tanks Across Nations. A Comparative Approach* (Manchester and New York: Manchester University Press, 1998); Alan J. Day, "Think Tanks in Western Europe", in: James G. McGann and R. Kent Weaver (Hrsg), *Think Tanks & Civil Society. Catalysts for Ideas and Action* (New Brunswick: Transaction Publishers, 2000), S. 103-138; Stephen Boucher (Hrsg), *L'Europe et ses think tanks: un potentiel inaccompli* (Paris: Notre Europe, 2004, Etudes & Recherches no.35).
- 3) Alan J. Day, "Think Tanks in Western Europe". 103-138 in: McGann/Weaver 1998 (Fn 2), 107.
- 4) Alan J. Day (Fn 3), 128.
- 5) Stephen Boucher (Hrsg), *L'Europe et ses think tanks: un potentiel inaccompli* (Paris: Notre Europe, 2004, Etudes & Recherches no.35).
- 6) <http://www.stockholm-network.org/About-Us>, letzter Zugriff 9.8.2011.
- 7) James G. McGann and R. Kent Weaver (eds), *Think Tanks & Civil Society. Catalysts for Ideas and Action* (New Brunswick: Transaction Publishers, 2000)
- 8) Eintrag 'Sustainable Development Network' bei [www.sourcewatch.org](http://www.sourcewatch.org), Zugriff 9.8.2011, vgl. auch Jonathan Matthews, "THE FAKE PARADE; Under the banner of populist protest, multinational corporations manufacture the poor", in: *Third World Network Environment*, 3. Dezember 2002
- 9) Andy Rowell, "Exxon's foot soldiers: The case of the International Policy Network", in: William Dinan and David Miller (eds), *Thinker, Faker, Spinner, Spy* (London: Pluto Press, 2007), S. 116.
- 10) Union of Concerned Scientists, *Smoke, Mirrors & Hot Air: How ExxonMobil Uses Big Tobacco's Tactics to 'Manufacture Uncertainty' on Climate Change* (Washington DC: 2007), Sally Covington, "Moving Public Policy to the Right: The Strategic Philanthropy of Conservative Foundations", in: Daniel R. Faber and Deborah McCarthy (eds), *Foundations for Social Change* (Lanham, MD: Rowman & Littlefield, 2005), S. 89-115.
- 11) Andy Rowell, "Exxon's foot soldiers: The case of the International Policy Network", in: William Dinan and David Miller (Hrsg), *Thinker, Faker, Spinner, Spy* (London: Pluto Press, 2007)
- 12) Andrew C. Revkin, "Skeptics Dispute Climate Worries and Each Other", *New York Times*, 9. März 2009.
- 13) Mark Lynas, "The global warming deniers", *New Statesman*, 3. Juli 2008.
- 14) Selbstbeschreibung Energy & Environment programme, [www.stockholm-network.org](http://www.stockholm-network.org) (letzter Zugriff 9.8.2011).
- 15) George Monbiot, "Who's paying?", *the Guardian*, 26. September 2006.
- 16) *Epsilon and Forum merge teams*, *Public Affairs News*, November 2007.
- 17) RepräsentantInnen von problematischen Think Tanks rebellieren nicht von Ungefähr gegen ein verbindliches Lobbyregister wie der Fall des Kallas-Kritikers und Gründers von Forum Europe Giles Merritt verdeutlicht. Giles Merritt leitete in den 1990er Jahren das Philip Morris Institute for Public Policy Research. Bereits 1989 gründete er Forum Europe, 1999 Friends of Europe. Im Jahr 2003 etablierte er New Defence Agenda, ein speziell auf die Rüstungsindustrie zugeschnittener Think Tank. Viele der Firmen aus der Branche unterstützen den Think Tank als Partnerorganisationen. Das Institut wurde später in Security & Defence Agenda umbenannt. Eintrag Giles Merritt in [www.powerbase.info](http://www.powerbase.info), Zugriff 9.8.2011.
- 18) *Corporate Europe Observatory, Brussels think tanks persist in funding secrecy; ExxonMobil covertly funds EU climate skeptics* (Amsterdam: Dezember 2006).

## ERT und BusinessEurope lobbyieren für den Europakt

# Ein historischer Sieg für die Unternehmenslobby

**Der Europakt hat die EU auf einen Kurs gelenkt, der Einsparungsmaßnahmen und Angriffe auf soziale Rechte zu Schlüsselantworten auf die Krise und zu generellen Prinzipien der gemeinsamen Wirtschaftspolitik macht. Dies ist ein bedeutender Sieg für die Unternehmenslobby.**

Kenneth Haar

Für die Unternehmenslobbies in der Europäischen Union wurde mit dem Europakt<sup>1</sup> ein Traum wahr, der ihre langjährigen Lobbyingbemühungen zu einem krönenden Abschluss brachte. Mit den nächsten Schritten, die Brüssel mehr Macht im Hinblick auf Lohnpolitik und Sozialausgaben einräumen, steht ihrer Europavision nichts mehr im Wege – ein Europa mit von oben auferlegten Sparprogrammen und Niedriglöhnen.

Für viele bedeutete die Nachricht über die Annahme des Europakts einen Weckruf. Alle außer vier EU Mitgliedstaaten (Schweden, Ungarn, die Tschechische Republik und UK) unterzeichneten am 24. März 2011 den Pakt, der als Standardziele der EU „Wettbewerbsfähigkeit“ und „finanzielle Nachhaltigkeit“ wiederholt. Hinsichtlich der Ziele also nichts Neues. Neu sind aber die Mittel. Die Wettbewerbsfähigkeit soll durch einen Angriff auf Löhne und Lohnverhandlungssysteme, finanzielle Nachhaltigkeit durch Einschnitte in Pensionen und Sozialausgaben erreicht werden. Es ist offensichtlich, dass der Europakt für koordinierte EU-Politik eine Tür zu den traditionell nicht zu ihrem Aufgabenbereich gehörenden Angelegenheiten der Sozialausgaben und Löhne öffnet, und dies auf eine höchst gefährliche Art und Weise.

Einige antworten auf diese Entwicklungen mit enthusiastischem Ap-

plaus. So begrüßte etwa die wichtige Lobbygruppe der Generaldirektoren und Vorstandschefs der größten Unternehmen in Europa, der European Roundtable of Industrialists (ERT), das Übereinkommen als einen Schritt in die Richtung der von ihr gewünschten Politik. „Der heutige Pakt enthält zahlreiche Elemente, die die Erfüllung der Vision des ERT über ein wettbewerbsfähiges Europa im Jahr 2025 ein Stück näher rü-

**„Der heutige Pakt enthält zahlreiche Elemente, die die Erfüllung der Vision des ERT über ein wettbewerbsfähiges Europa im Jahr 2025 ein Stück näher rücken lässt.“**

*European Roundtable of Industrialists, März 2011*

cken lassen“, so eine Erklärung des ERT. Diesem Beifall schloss sich die europäische Arbeitgebervereinigung BusinessEurope an.

Dies verwundert nicht. Der Europakt ist Teil des politischen Umgangs mit der Krise, den die Unternehmenslobby vorangetrieben hat. Schon im Frühjahr 2010, als die Kommission und der Rat eine Debatte über die zukünftige „wirtschaftspolitische Steuerung“ in der Europäischen Uni-

on eröffneten, witterte diese Lobby eine historische Chance um ihre Programme zu propagieren. Flexiblere Arbeitsmärkte, niedrigere Löhne, Reformen der Pensionssysteme, Einschnitte bei Sozialausgaben – Programme, mit denen man in den letzten Jahrzehnten nur allzu oft aufwartete. Seit im letzten Jahr erkennbar wurde, dass sich diese Agenda auf EU-Ebene durch die Einführung strenger Durchsetzungsmaßnahmen verwirklichen lassen könne, verfolgt BusinessEurope alle diesbezüglichen Entwicklungen und bringt sich auch in alle Debatten über entsprechende Maßnahmen ein. Das für BusinessEurope perfekte System wirtschaftspolitischer Steuerung würde in einem Set legislativer Maßnahmen bestehen, die EU-Institutionen dazu berechtigen, in den Mitgliedstaaten Sparprogramme durchzusetzen und Löhne sowie arbeitsrechtliche Bestimmungen anzugreifen. Mit dem Europakt ist dies realistisch geworden.

**Feinabstimmung des Pakts** ■ In den Wochen vor dem Treffen des Europäischen Rats vom 24. März 2011, bei dem der Pakt angenommen wurde, unternahm BusinessEurope zahlreiche Versuche, den Pakt zu beeinflussen. Ein einfacher Vergleich zwischen den Stellungnahmen von BusinessEurope und dem Wortlaut des Europaktes zeigt, dass die Arbeitgeber dabei durchaus erfolgreich waren.

So ersuchten sie in einem Brief vom 4. März, die Mitgliedstaaten dazu zu verpflichten, ab 2011 jeden April verbindliche Konvergenz- und Stabilitätsprogramme vorzulegen, was in dieser Form auch in der endgültigen Version des Europaktes vorgesehen ist: ➤



- Die im selben Brief enthaltene Forderung, eine Schuldenbremse in nationale Gesetze aufzunehmen, wurde ebenfalls in den Europakt übernommen, auch wenn der Pakt neben Gesetzen auch andere Regulierungsformen zulässt.
- Weiters wurde die Forderung danach, das effektive Pensionsantrittsalter gegenüber der Lebenserwartung in ein angemessenes Verhältnis zu setzen, in den Pakt übernommen.
- Dasselbe gilt für die Forderung nach einer Formulierung, die auf die Beseitigung der „Indexierung“, wonach in manchen Ländern die Löhne den Preisentwicklungen angepasst werden, abzielt.
- Der vielleicht wichtigste Erfolg von BusinessEurope in seiner Lobbyingarbeit betrifft die starke Rolle der Kommission bei der Implementierung des Europakts.

**Gefährlich?** ■ Der Europakt ist sicherlich eine Herausforderung für Gewerkschaften und die Ärmsten in Europa, allerdings sind auf den ersten Blick noch keine Durchsetzungsmechanismen ersichtlich. Wenn

es etwa ein Mitgliedstaat vorzieht, die Empfehlungen von Kommission oder Rat zu ignorieren, so kann er dies ohne Konsequenzen tun. Nach derzeitigem Stand soll der Europakt durch eine Art Gruppenzwang verwirklicht werden, was manchmal funktionieren kann, manchmal aber auch nicht.

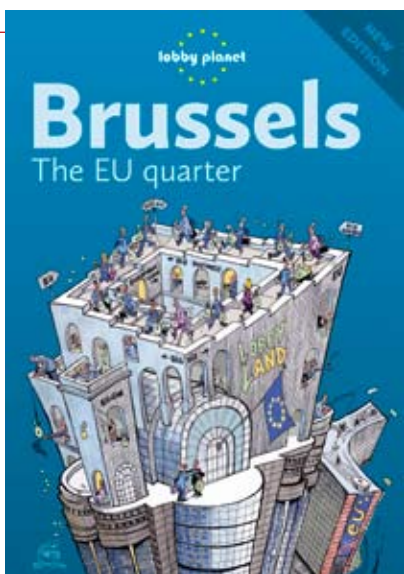
Doch hier kommen andere EU-Initiativen ins Spiel, vor allem ein Set von sechs Legislativvorschlägen – der so genannte „Sixpack wirtschaftspolitischer Steuerung“ (bekannt auch unter „Economic Governance“ bzw. Wirtschaftsregierung). Dieses Paket wird derzeit verhandelt und soll voraussichtlich im Herbst dieses Jahres beschlossen werden. Für BusinessEurope ist es von höchster Wichtigkeit, dass zwischen dem Europakt und diesen Legislativvorschlägen eine Verbindung hergestellt wird: „Der Europakt ist ein politisches Übereinkommen zur Stärkung der Integration. Die sechs legislativen Vorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung betreffen die Frage seiner Implementierung. Wir sehen die beiden in engster Verbindung zueinander,“ so der Generalsekretär der Vereinigung Philippe de Buck zu einem Schwedischen Journalisten,

als der Pakt im März angenommen wurde. Und um diese Verbindung sicher zu stellen, unterstützt BusinessEurope auch eine starke Rolle der Kommission bei der Implementierung des Pakts.

Den Aussagen der Kommission nach kann die Bedeutung des Sixpack nicht überschätzt werden. Als man sich im Juni 2011 hinsichtlich der Grundlinien der sechs Vorschläge über „wirtschaftspolitische Steuerung“ einigte, äußerte sich Kommissar Barroso folgendermaßen: „Was hier vor sich geht, ist eine stille Revolution – eine stille Revolution im Sinne stärkerer wirtschaftspolitischer Steuerung durch kleine Schritte.“ Er zeigte sich überrascht, dass der Vorschlag der Kommission vom Rat angenommen worden war und merkte dazu an, dass die Mitgliedstaaten damit „sehr wichtige Aufsichtsbefugnisse europäischer Institutionen und eine strengere Kontrolle über öffentliche Finanzen akzeptiert“ hätten.<sup>2</sup>

**Implementierungswerkzeuge zur Durchsetzung des Pakts** ■

Wie könnten nun die neuen legislativen Akte<sup>3</sup> verwendet werden um den Pakt zu implementieren? Vor allem auf zwei Arten: »



## Lobby Planet Brüssel – Einblick in die Geheimnisse des Brüsseler Lobbydschungels

**Die brandaktuelle Neuauflage des 'Lobby Planet Brüssel'** führt Sie durch die verborgene Welt des Lobbyismus in Brüssel. Schlendern Sie durch das EU-Viertel und lesen Sie, was Konzerne, Think Tanks, Anwalts-, Lobby- und PR-Firmen hinter den Kulissen treiben. Kurz und bündig und mit übersichtlichen Karten bietet die Broschüre eine gute Einführung in die wesentlichen Lobby-Hotspots und -Kampagnen der letzten Jahre – von den Finanzmärkten, über die europäische Klimapolitik bis hin zur Gentech-Lobby.

Eine englische Version des Lobbyplanet kann auf der Website von Corporate Europe Observatory [www.corporateeurope.org](http://www.corporateeurope.org) bestellt und heruntergeladen werden. Eine deutsche Version gibt es demnächst bei Lobbycontrol: [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)

**„Was hier vor sich geht ist eine stille Revolution – eine stille Revolution im Sinne stärkerer wirtschaftspolitischer Steuerung durch kleine Schritte.“**

*Kommissionspräsident José Manuel Barroso*

»

- Erstens wird ein Land mit einem Staatsdefizit von mehr als 3 Prozent seines BIP aufgefordert, seine Ausgaben zu kürzen, andernfalls, soweit es sich in der Eurozone befindet, ihm eine Strafe auferlegt werden kann. Der Europakt macht deutlich, um welche Ausgaben es dabei geht: Sozialausgaben.
- Zweitens wird ein neues Verfahren den Rat ermächtigen, einem Land der Eurozone eine Strafe aufzuerlegen, wenn es bestimmte Grenzwerte überschreitet, die zur Abwehr von „Ungleichgewichten“ festgelegt wurden. Um welche Art von Ungleichgewichten kann es sich dabei handeln? Nach Ansicht von Kommission und Rat sind Löh-

ne ein häufiger Grund für einen Abfall der Wettbewerbsfähigkeit und sollen daher in diesem Kontext prioritär in den Blick genommen werden. Das bedeutet Umsetzung der Ziele des Europaktes mittels zwingender Durchsetzungsmaßnahmen.

Dabei handelte es sich für die Unternehmenscommunity von Anfang an um ein Schlüsselkonzept. Was diese Community am Beginn des Jahres 2010 fürchtete, waren Deklarationen ohne rechtliche Verbindlichkeit, Versprechungen, Maßnahmen zu ergreifen, die nichts als Versprechungen bleiben, und EU-Institutionen, deren Rolle sich auf eine Plattform für Debatten beschränkt. Mit dem Europakt und der kommenden Rechtssetzung zur wirtschaftspolitischen Steuerung, hat die Unternehmenscommunity ihr Ziel erreicht.

Ihre politische Denkweise zeigt sich deutlich in den Beiträgen von BusinessEurope zur Lohnkontroverse. In einer an den Ratspräsidenten Herman Van Rompuy gesendeten Mitteilung anlässlich des sogenannten Dreigliedrigen Sozialgipfels am Vorabend des EU-Gipfels bei dem der Europakt angenommen wurde, äußerte sich BusinessEurope folgendermaßen: „Es darf nicht zugelassen werden, dass ungerechtfertigte Feindseligkeit gegenüber ausgewogenen Reformen die notwendige Modernisierung des europäischen Arbeitsmarktes blockieren.“<sup>4</sup>

Diese Aussage läuft drauf hinaus, dass wenn Gewerkschaften nicht bereit sind Lohnkürzungen freiwillig hinzunehmen, andere Maßnahmen angewendet werden sollen.

**Ein Traum wird wahr** ■ Der European Roundtable (ERT) und BusinessEurope sehen das gesamte neue System der „wirtschaftspolitischen Steuerung“, das den Europakt, den Sixpack und das Aufsichtssystem über die Haushalte der Mitgliedstaaten („Das Europäische Semester“)



Illustration: Mathijs Hendrix (<http://mathijshendrix.tumblr.com/>)

umfasst, als eine Möglichkeit einen alten Traum wahr werden zu lassen: die Verbindung einer unternehmensfreundlichen Agenda in der EU-Strategie für Wettbewerbsfähigkeit mit vormals nicht gekannten harten und tiefgreifenden Durchsetzungsmechanismen. Tatsächlich haben die beiden Vereinigungen für ein genau solches System während der letzten Jahrzehnte Lobbyingarbeit betrieben.

Beide konnten schon die vom Rat im März 2000 angenommene Lissabon-Strategie als Erfolg verzeichnen. Diese Strategie erhob die Wettbewerbsfähigkeit zum generellen Ziel der Europäischen Union, wobei „finanzielle Nachhaltigkeit“ und Pensionsreformen als wichtige Teile dieses Ziels betrachtet wurden. Was noch fehlte, waren Befugnis und Macht sie auch durchzusetzen, weil die EU-Institutionen zu keinerlei Art direkter Intervention etwa in den Arbeitsmarkt oder die Fiskalpolitik berechtigt waren. Schon im Jahr 2002 beklagte der ERT, dass die volle Umsetzung der Strategie durch langwierige Entscheidungsfindungsprozesse gehemmt würde und dass erheblich größere Reformen der wirtschaftspolitischen Steuerung erforderlich seien, und zwar entsprechend genau jener Grundlinien, die jetzt in Diskussion stehen. Was ist geschehen? Die Krise in der Eurozone hat die Kräfteverhältnisse verändert und was vor ein paar Jahren noch ein Tabu war, findet heute breite Unterstützung bei den Regierungen und den Europäischen Parlamentariern.

»

CEO



**Corporate Europe Observatory**, ist eine Recherche- und Kampagnengruppe, die daran arbeitet, privilegierte Zugänge und Einflussnahme von Konzernen und ihren Lobbygruppen in der EU-Politik offenzulegen und zurück zu drängen. Der massive Einfluss von Konzernen auf EU-Entscheidungsprozesse führt zu einer Politik, die soziale Ungerechtigkeiten verschärft und die weltweite Zerstörung der Umwelt massiv beschleunigt.



Warum unterstützen Regierungen und die meisten PolitikerInnen plötzlich etwas, worauf sie noch vor ein paar Jahren keinen Gedanken verschwendet haben? Sicherlich nicht weil die vom Großunternehmertum propagierten Rezepte eine logische Antwort auf die Krise wären. Sparprogramme in allen oder fast allen europäischen Ländern führen ins Desaster. Doch aufgrund der von den Finanzmärkten und der konzertierten Kampagne von Europäischer Kommission und Großunternehmertum provozierten Panik werden ehemals umstrittene politische Programme nunmehr als einziger Weg aus der Krise gesehen. Diese Entwicklung gleicht einer Art „Schocktherapie“ wie sie Naomi Klein in ihrem gleichnamigen Buch beschreibt. Gut vorbereitete neoliberale Rezepte können in Krisenzeiten durchgesetzt werden, denn manche PolitikerInnen werden schlicht überrollt, und andere sind

begeistert davon zu sehen, wie ihre Programme fast übernacht zu durchsetzungsfähigem Recht werden.

**Das Unternehmertum gibt den Ton an** ■ Gewerkschaften in ganz Europa protestierten und das Büro des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Brüssel sprach unverblümt von Angriffen auf soziale Rechte im Allgemeinen und Kollektivverhandlungen im Besonderen. BusinessEurope hingegen scheint sich in der überlegenen und tonangebenden Position zu sehen. Noch vor einem Jahrzehnt konnte der EGB normalerweise davon ausgehen, auf den Verhandlungstisch eingeladen zu werden und im allgemeinen betrachtete diese Organisation, die einen Großteil der Gewerkschaften der EU repräsentiert, Verhandlungen und den Dialog innerhalb der Institutionen als eine erfolgversprechende Strategie. Nunmehr richtet sich die Brüsseler Politik aber so eindeutig darauf, die Forderungen der Unternehmenscommunity zu erfüllen, dass der EGB gezwungen ist andere Maßnahmen zu ergreifen.

Das neue System „wirtschaftspolitischer Steuerung“ wird Europa eine neoliberale Zwangsjacke auferlegen: eine „corporate EUtopia“ mit Regelungen im Interesse der Großunternehmen, die durch neue Durchsetzungsmaßnahmen gestützt werden, Unternehmensinteressen auf der Ebene der nationalen Budgetpolitik den Vorzug geben und möglicherweise verheerende Konsequenzen nach sich ziehen. EU-Institutionen wird die Befugnis eingeräumt, über zentrale Fragen der sozialen Wohlfahrt im Wege technokratischer und undurchsichtiger Verfahren zu entscheiden, die für die breitere Öffentlichkeit schwer zu verstehen und zu beeinflussen sind. Und im Hinblick auf die geringe Aufmerksamkeit, die dieser Angelegenheit bis jetzt gegeben wurde, verdient sie es tatsächlich eine „stille Revolution“ genannt zu werden.

**„Es darf nicht zugelassen werden, dass ungerechtfertigte Feindseligkeit gegenüber ausgewogenen Reformen die notwendige Modernisierung des europäischen Arbeitsmarktes blockieren.“**

*Jürgen Thumann, Vorsitzender von BusinessEurope*

Doch auch wenn die Debatte derzeit zerstreut und spärlich verläuft, wird dies kaum das Ende der Geschichte sein. Sobald das neue Modell der wirtschaftspolitischen Steuerung voll in Kraft ist, und die Kommission beginnt dessen gesamte Agenda umzusetzen, wird dies mit Sicherheit eine erneute Diskussion provozieren. Dann werden wir auch die Antwort auf eine Frage bekommen, die die Kommission vergessen hat zu stellen: Werden es die Menschen denn auch zulassen, dass die Europäische Union Einschnitte in soziale Wohlfahrt und Löhne vornimmt? Und wenn nicht, was wird dies für die Legitimität der EU-Institutionen bedeuten?

**Kenneth Haar** ■ *Corporate Europe Observatory*

### Zum Weiterlesen

Corporate Europe Observatory, „Corporate EUtopia – How economic governance measures challenge democracy“, Jänner 2011, <http://www.corporateeurope.org/lobbycracy/content/2011/01/corporate-eutopia> und „Business Against Europe“, April 2011, <http://www.corporateeurope.org/lobbycracy/content/2011/03/business-against-europe>.

LO Sweden; „The EU’s proposals on economic governance“, Februar 2011, [http://www.lo.se/home/lo/home.nsf/unidview/79AF7E9EAF30DE0AC125784F00422E87/\\$file/EU%20proposals%20on%20economic%20governance%20mars%202011.pdf](http://www.lo.se/home/lo/home.nsf/unidview/79AF7E9EAF30DE0AC125784F00422E87/$file/EU%20proposals%20on%20economic%20governance%20mars%202011.pdf).

Leigh Philips: „Hurling democracy into the volcano to appease the market gods“, a comment on recent developments by a Brussels based journalist, August 2011, <http://euobserver.com/7/113326>.

- 1) Der Europakt ist Teil der Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 24. und 25. März 2011: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf).
- 2) José Manuel Barroso am European University Institute, Florenz, 18 Juni 2010. Ein Video ist abrufbar unter <http://www.eui.eu/News/2010/06-07-Barroso.aspx>.
- 3) Die Vorschläge der Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerungen können auf dieser Website heruntergeladen werden: [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/articles/eu\\_economic\\_situation/2010-09-eu\\_economic\\_governance\\_proposals\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/eu_economic_situation/2010-09-eu_economic_governance_proposals_en.htm).
- 4) Brief des Vorsitzenden von BusinessEurope Jürgen R. Thumann an Herman Van Rompuy, 21 März 2011., <http://www.besnesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=28266>.

# Industrielobby blockiert Maßnahmen zum Klimaschutz<sup>1</sup>

**Die wichtigsten Persönlichkeiten Europas aus Politik und Wirtschaft sind im Mai auf dem Europäischen Wirtschaftsgipfel zusammengetroffen, um über folgendes Thema zu diskutieren: „Europa in der Welt: führend oder zögernd?“. BusinessEurope als Mitveranstalter des Gipfels – der Verband bezeichnet sich selbst gern als Sprachrohr der europäischen Wirtschaft – gibt zwar vor, die klimapolitischen Ziele der EU zu unterstützen, hat jedoch entsprechende Vorschläge wiederholt abgelehnt und ist die Speerspitze der Industrie, wenn es darum geht, ehrgeizige Regelungen zu blockieren.**

Natacha Cingotti

Der Umweltschutzverband Friends of the Earth Europe hat eine Sondernummer von European Noise<sup>2</sup> (eine Aktionszeitung, die einer echten Zeitung täuschend ähnlich sieht) herausgegeben, um deutlich zu machen, dass die europäischen Wirtschaftsleute und PolitikerInnen es nach wie vor nicht schaffen, sich den Herausforderungen des Klimawandels zu stellen. Sie werden aufgefordert, sich endlich für konsequente Maßnahmen einzusetzen; vor allem aber wird aufgezeigt, dass BusinessEurope in dieser Debatte der größte Bremsklotz ist.

Der Europäische Wirtschaftsgipfel ist nicht der richtige Ort für eine Diskussion über die Zukunft Europas. Einige wenige Großunternehmen, die Europa in die falsche Richtung lenken, dürfen keinen privilegierten Zugang zu SpitzenpolitikerInnen haben (auf dem Gipfel sprachen zehn Mitglieder der Europäischen Kommission sowie RegierungsvertreterInnen).

Ginge es nach BusinessEurope, sollte die Europäische Kommission keine weiteren Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen, solange nicht auch der Rest der Welt vergleichbare Schritte sitzt. Doch gerade dort, in den anderen Teilen der Welt, machen einige wichtige Mitglieder von BusinessEurope ebenfalls Lobbyarbeit, um entsprechende Maßnahmen zu verhindern. Wie es scheint, ist BusinessEurope nur das Sprachrohr derjenigen Unternehmen, die im Falle eines wirksamen Vorgehens gegen

den Klimawandel am meisten zu verlieren hätten. Die Strategie des Verbands wird offenbar von Stahlgiganten wie ArcelorMittal oder Ölkonzernen wie Total und Shell diktiert. Unternehmen, die ein rechtzeitiges Handeln für vorteilhaft halten und für strengere Zielvorgaben bei der Verringerung von Emissionen sind, werden ignoriert.

Die Welt steckt heute in ihrer schlimmsten Krise, denn unser Klima wandelt sich und weltweit zahlen bereits Menschen den Preis dafür. WissenschaftlerInnen sagen, die EU müsse ihre internen Emissionen bis 2020 um mindestens 40% (im Vergleich zu 1990) senken, wenn der globale Temperaturanstieg unter 2 Grad Celsius gehalten werden soll. Eine Verringerung der Emissionen in dem Ausmaß, wie es zum Schutz des Planeten vor einem zerstörerischen, von uns Menschen selbst verschuldeten Klimawandel nötig wäre, ist möglich. Und es gibt überzeugende wirtschaftliche Argumente für eine solche Umkehr. Investitionen in eine Gesellschaft mit niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen werden Millionen Arbeitsplätze schaffen. Europa hat mehr zu gewinnen, wenn es auf Zukunftstechnologien setzt statt auf seine fossile Vergangenheit.

Wenn unsere führenden EU-PolitikerInnen die Welt in eine andere Zukunft als das Klimachaos führen wollen, dann müssen sie aufhören, sich von den verzerrten und einseitigen Argumenten führender Indus-

**Die Welt steckt heute in ihrer schlimmsten Krise, denn unser Klima wandelt sich und weltweit zahlen bereits Menschen den Preis dafür.**

trie-Bremsklötze wie BusinessEurope leiten zu lassen, und den Mut aufbringen, dem „Business as usual“ ein Ende zu setzen. Sie dürfen nicht zulassen, dass die Profite einiger weniger Konzerne Vorrang vor den Interessen Europas haben.

Niemals zuvor hatte Europa die Chance wie heute, seine Führungsqualitäten unter Beweis zu stellen und zum leuchtenden Beispiel für den Rest der Welt zu werden. Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen fordert von den EntscheidungsträgerInnen in Europa politischen Mut. Sie und auch die Wirtschaft müssen sich ihrer Verantwortung stellen.

Natacha Cingotti ■ Friends of the Earth Europe

1) Übersetzung des Artikels „Summit dominated by industry laggards: no leadership for Europe without climate action“, erschienen in: Shift Magazine“, Nr. 18, Sommer 2011.  
2) Vgl. [www.europeannoise.com](http://www.europeannoise.com).

In der Debatte um die Zukunft internationaler Investitionspolitik wollen Wirtschaftslobbies und Anwaltskanzleien mehr Rechte für Konzerne

# Mit Konzernklagen gegen Umwelt- und Sozialgesetze

**Seit Monaten tobt auf EU-Ebene eine heftige Auseinandersetzung um die Zukunft der europäischen Investitionspolitik.** Denn mit dem Lissabon-Vertrag sind internationale Verträge zur Regulierung von Auslandsdirektinvestitionen nicht mehr Aufgabe der 27 EU-Mitgliedstaaten, sondern der EU. Industrieverbände und Anwaltsfirmen haben gemeinsam mit einigen Mitgliedstaaten dafür gesorgt, dass es keine Trendwende hin zu einer sozial-ökologischen Investitionspolitik geben wird.

Pia Eberhardt

Seit den 1950er Jahren haben die EU-Mitgliedstaaten über 1.100 bilaterale Investitionsabkommen (Bilateral Investment Treaties, BITs) mit anderen Ländern abgeschlossen – allen voran Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die Niederlande. Etwa 60 gehen auf das Konto von Österreich. Diese BITs ermöglichen es Konzernen aus den Unterzeichnerstaaten, vor internationalen Schiedsgerichten gegen soziale, ökologische und ökonomische Regulierungen im jeweils anderen Land vorzugehen, wenn diese Regulierungen geplante Gewinne aus ihren Investitionen zu bedrohen scheinen.

**Im Zweifel gegen den Angeklagten?** ■ Weltweit haben Konzerne Investitionsabkommen genutzt, um Staaten auf schwindelerregende Schadensersatzzahlungen zu verklagen.

**„Jetzt sollte es das wichtigste Ziel der EU sein, auf Marktzugang und die Sicherung ihrer eigenen Investitionen im Ausland zu drängen.“**

*BusinessEurope an den EU-Handelskommissar, Karel de Gucht, Mai 2010*

Verbreitung seiner Marke und damit den Profit schmälert.<sup>1</sup>

Auch europäische Regierungen saßen in Investitions-Streitschlichtungsverfahren bereits auf der Anklagebank. 2008 verklagte der niederländische Versicherer Eureko die Slowakei für deren Abkehr von der Gesundheits-Privatisierungspolitik der Vorgänger-Regierung, wonach Krankenversicherungen jetzt gemeinnützig wirtschaften müssen. Eureko will 100 Millionen Euro Schadensersatz.<sup>2</sup> Im Jahr 2009 verklagte der schwedische Energieriese Vattenfall Deutschland auf 1,4 Milliarden Euro – weil die Stadt Hamburg für eines ihrer Kohlekraftwerke Umweltauflagen erlassen hatte.<sup>3</sup> Der Streit wurde inzwischen hinter den Kulissen geklärt. Es kann nur spekuliert werden, zu welchen Schadensersatzzahlungen oder Zugeständnissen Deutschland bereit war.

gen, weil diese angeblich Eigentumsrechte nicht ausreichend geschützt hatten. Auf Basis des Investitionskapitels im nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA, verklagte der US-Konzern Metalclad in den 1990er Jahren beispielsweise Mexiko, weil für den – wohlweislich nicht genehmigten – Bau einer Giftmüllverbrennungsanlage ein Baustopp verhängt worden war und das Gebiet zur Naturschutzzone erklärt wurde. Metalclad bekam Recht und gewann 16 Millionen US Dollar. Momentan verklagt der Tabakmulti Philipp Morris Uruguay wegen seiner Anti-Tabak-Gesetze. Der Konzern behauptet, dass die verbindliche Gesundheitswarnung auf Zigarettenpackungen und das Verbot zum Verkauf von als 'light' angepriesenen Zigaretten die

Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags hätten derartige Verfahren für die Zukunft verhindert werden können. Die bestehenden BITs der EU-Mitgliedstaaten hätten abgeschafft oder zumindest einer umfassenden sozial-ökologischen Revision unterzogen werden können. Und die EU hätte die Weichen stellen können für eine ausgewogene zukünftige europäische Investitionspolitik, die den öffentlichen Interessen Vorrang vor denen von Konzernen einräumt. Darauf hatten Gewerkschaften, >>



**Bilateral Investment Treaties (BIT):**  
In wessen Interesse?



Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen gedrängt. Doch es kam anders.

### Lobbyphase 1: Kommission und Mitgliedstaaten

■ Monate bevor die EU-Kommission im Sommer 2010 ihre Vorschläge zur Zukunft der BITs und der EU-Investitionspolitik vorlegte, starteten der europäische Unternehmensverband BusinessEurope und nationale Verbände aus EU-Mitgliedern mit vielen BITs wie Deutschland und Großbritannien ihre Lobby-Kampagne. Konferenzen voller Anwaltskanzleien, die vom Investitionsschutz-System mit seinen millionenschweren Klagen profitieren, schossen wie Pilze aus dem Boden.

Ihre wichtigste Forderung war die „Rechtssicherheit“ der bestehenden BITs, deren Status nach dem Lissabon-Vertrag ungeklärt war. Sie sollten schnellstmöglich ins EU-Rechtssystem integriert werden, und zwar „ohne eine vorherige zeitaufwändige Prüfung durch die Kommission“, wie das deutsche Wirtschaftsministerium stellvertretend betonte.<sup>4</sup> Solche Prüfungen hätten unbequeme Fragen aufwerfen können, z.B. zur mangelnden sozialen und ökologischen Dimension der BITs.

Zur Untermauerung ihrer „Hände weg von den BITs“-Agenda veröffentlichten der Bund der deutschen Industrie (BDI) und das deutsche Wirtschaftsministerium im Februar 2010 eine Studie zu den Erfahrungen mit den bestehenden deutschen Verträgen. Die Botschaft: Die BITs müssten unbedingt bestehen bleiben und sollten zukünftigen EU-Verträgen als Vorlage dienen.<sup>5</sup> BusinessEurope und der europäische Dienstleistungsverband European Services Forum (ESF) betonten außerdem, dass die Mitgliedstaaten auch in Zukunft das Recht haben sollten, neue Verträge aushandeln zu dürfen.<sup>6</sup>

### EU-Kommission auf Unternehmens-Linie

■ Die von der Kommissi-

**„Mit dem Lissabon-Vertrag werden der Kommission neue Instrumente zur Verfügung stehen, um die Interessen von europäischen Unternehmen im Ausland zu fördern. Die neuen Kompetenzen sollten so genutzt werden, dass unsere Unternehmen in einem noch sichereren Umfeld agieren können.“**

*European Services Forum  
an EU-Kommissionspräsident  
Barroso, November 2009<sup>10</sup>*

sion im Sommer 2010 vorgeschlagene Regulierung entsprach genau dieser Linie<sup>7</sup>. Auch der zeitgleich vorgelegte Vorschlag zu zukünftigen EU-Investitionsverträgen spiegelte die Forderung der Unternehmenslobbies wieder. Er versicherte, dass „kein europäischer Investor schlech-

ter gestellt sein würde als unter den BITs der Mitgliedstaaten“ und dass die EU ihren „bewährten Praktiken“ folgen würde<sup>8</sup>. Dazu gehört vor allem das umstrittene „Investor-to-State“ Streitschlichtungsverfahren, das es ausländischen Investoren erlaubt, an der nationalen Rechtsprechung vorbei vor internationale Schiedsgerichte zu ziehen, um staatliche Regulierungen anzugreifen. Zunächst sollte das Thema Investitionen in die laufenden EU-Freihandelsverhandlungen mit Kanada, Indien und Singapur aufgenommen werden. Investitionsabkommen mit China und Russland sollen folgen. Denn, so die Kommission: „Die Union sollte sich in die Richtung bewegen, die ihre Investoren einschlagen möchten“.<sup>9</sup>

### Lobbyphase 2: das Parlament

■ Mit der Veröffentlichung der Vorschläge der Kommission verlagerte sich die Lobby-Offensive von BusinessEurope & Co. auf das »

## WORST EU LOBBYING AWARDS

20 ★ 10

### Worst EU Lobbying Awards – Kampagnenarbeit zur Offenlegung von Lobbypraktiken in Brüssel

**Die Worst EU Lobbying Awards wurden im Jahr 2005 auf Initiative von vier Organisationen ins Leben gerufen** – Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe, LobbyControl und Spinwatch. Die Awards sollen die Lobby-Problematik und die Kampagnenarbeit für Transparenz und striktere Lobby-Regeln durch einen öffentlichen Event der breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Über die Jahre sind die Worst EU Lobby Awards (WLA) ein Bezugspunkt für all jene geworden, die sich für die Offenlegung von Lobbypraktiken in Brüssel interessieren.

Im Jahr 2010 gab es zwei Kategorien bei den EU Worst Lobbying Awards (Klima und Finanzen); RWE (npower), Goldman Sachs und die Lobbygruppe ISDA hatten die zweifelhafte Ehre als Worst EU Lobbyists des Jahres 2010 nominiert zu sein. Alles weitere zu diesen und anderen Nominierten, siehe: <http://www.worstlobby.eu/de>.





Europäische Parlament. An den federführenden Abgeordneten, dem Grünen Carl Schlyter (Schweden) und dem Sozialdemokraten Kader Arif (Frankreich), bissen sie sich jedoch erst einmal die Zähne aus. Im November 2010 beschwerte sich ein völlig entnervter Lobbyist von Goldman Sachs und dem ESF bei der Kommission darüber, dass es für die Industrie "sehr schwer" sei, die beiden Abgeordneten zu treffen. Carl Schlyter habe "zehn Anfragen für ein Treffen" ausgeschlagen und Kader Arif sei "offen gegen" das bestehende BITs System. Daher werde sich das ESF von nun auf andere Abgeordnete konzentrieren.<sup>11</sup>

Tatsächlich fand sich in den Vorschlägen, die Arif und Schlyter im November und Dezember 2010 vorlegten, viel Kritik am bestehenden BITs-System: Bestehende Verträge sollten nach 13 Jahren auslaufen. Zukünftige EU-Investitionsverträge sollten

**„Anwaltskanzleien haben das größte Interesse an vagen Formulierungen in Investitionsverträgen – das bedeutet mehr Arbeit für sie. Denn wenn etwas unklar ist, brauchst Du einen Anwalt“.**

*Nathalie Bernasconi-Osterwalder, Anwältin am International Institute on Sustainable Development (IISD) in einem Interview mit CEO, März 2010*

Investoren an Umwelt- und Sozialstandards binden und das Recht zu Regulierungen im öffentlichen Interesse betonen. Sensible Sektoren wie Basisdienstleistungen sollten sogar ganz von ihrem Anwendungsbereich ausgeschlossen werden.<sup>12</sup>

**Die Rolle der Anwaltskanzleien**

■ Das war nicht das, was der Un-

ternehmenslobby vorschwebte. Von Januar 2011 bearbeitete sie intensiv die Abgeordneten der Konservativen und Liberalen – in Seminaren, Frühstücks-Debatten und Treffen hinter verschlossenen Türen.<sup>13</sup> Anwaltskanzleien machten insbesondere gegen den Plan, bestehende BITs auslaufen zu lassen, mobil.<sup>14</sup> Das ist kein Wunder. Im System der tausenden, sich teilweise überlappenden und oft vage formulierten Verträge machen sie ein großes Geschäft. Und das wächst stetig: die Zahl der Investitionsstreitigkeiten steigt jährlich um 30-40 Prozent.<sup>15</sup>

Bereits im Dezember 2010 sagte ein juristischer Blogger voraus, dass der Vorschlag, BITs auslaufen zu lassen, vermutlich schon im federführenden Ausschuss des Parlaments zu Fall gebracht werden würde – auf Druck der Schiedsgerichts-Industrie und der EU-Mitgliedsstaaten.<sup>16</sup> Er hat Recht behalten: die kon- »

1) <http://www.publiceye.ch/en/vote/philip-morris/> (abgerufen am 12.07.2011).

2) Hall, David (2010): *Challenges to Slovakia and Poland health policy decisions: use of investment treaties to claim compensation for reversal of privatisation/liberalisation policies*, Januar, <http://www.psisu.org/reports/2010-02-H-tradelaw.doc> (abgerufen am 12.07.2011).

3) Greenpeace (2009): *Vattenfall gegen Deutsche Bundesregierung*, [http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user\\_upload/themen/klima/Vattenfall\\_versus\\_Germany\\_-\\_German.pdf](http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/Vattenfall_versus_Germany_-_German.pdf) (abgerufen am 12.07.2011).

4) BmWi Pressemitteilung, *Bundeswirtschaftsminister Brüderle trifft EU-Handelskommissar De Gucht*, 15 April 2010, <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=338628.html> (abgerufen am 12.07.2011).

5) BMWi/BDI/PriceWaterhouseCoopers (2010): *Unternehmensbefragung zum Thema: Investitionsschutz nach Lissabon*,

[http://www.agaportal.de/pdf/dia\\_ufk/presse/dia\\_unternehmensbefragung\\_lissabon.pdf](http://www.agaportal.de/pdf/dia_ufk/presse/dia_unternehmensbefragung_lissabon.pdf) (abgerufen am 12.07.2011).

6) Interview mit Pascal Kerneis, Managing Director des European Services Forum, Brüssel, 25.03.2010; Brief von BusinessEurope an den EU-Handelskommissar Karel de Gucht, 4 May 2010.

7) Europäische Kommission (2010): *Vorschlag für eine Verordnung zur Einführung einer Übergangsregelung für bilaterale Investitionsabkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern*, 07.07.2010, KOM(2010)344 endgültig.

8) Europäische Kommission (2010): *Q&A. Commission launches comprehensive European international investment policy*, 7. July, <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=590&serie=354&langId=en> (abgerufen am 12.07.2011).

9) Europäische Kommission (2010): *Auf dem Weg zu einer umfassenden europäischen Auslandsinvestitionspolitik*, KOM (2010)343

endgültig, S.8.

10) *European Services Forum (2009): European Services Industry Priorities on Trade and Investment, Brief an José Manuel Barroso*, 24 November.

11) *Internes Protokoll der EU-Kommission zu einem Treffen zwischen dem ESF und dem Europäischen Rat vom 16 November 2010*, datiert vom 23 November 2010. Erhalten über das Informationsfreiheitsgesetz der EU.

12) *Europäisches Parlament (2010): Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zur zukünftigen europäischen Auslandsinvestitionspolitik*, 20.12.2010, 2010/2203(INI); *Europäisches Parlament (2010): Entwurf einer legislativen Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung einer Übergangsregelung für bilaterale Investitionsabkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern*, 18.11.2010, 2010/0197(COD).



servative Mehrheit im Ausschuss hat die bestehenden BITs für unantastbar erklärt. Auch die kritischen Töne im Parlaments-Bericht zur zukünftigen EU-Investitionspolitik hat sie entscheidend entschärft. Dem vorgegangen war eine Welle von Änderungsanträgen der Konservativen, die sich eins zu eins mit den Wünschen von Business-Europe und Co. deckten und die teilweise nachweislich von EU-Mitgliedstaaten verfasst worden waren.<sup>17</sup>

Der federführende Abgeordnete Carl Schlyter hatte diesen Ausgang befürchtet. Und den jahrzehntelangen Konzern-Lobbyismus auf Ebene der Nationalstaaten verantwortlich gemacht: „Das bestehende System internationaler Investitionsverträge ist die Folge der Politik von Konzernen, die von ihren Regierungen seit Jahrzehnten fordern, alle Konzernentscheidungen abzusichern“, hatte er in einem Interview mit Corporate Euro-



**Bilateral Investment Treaties (BIT): Unternehmensinteressen regieren**

pe Observatory im März 2011 erklärt. Und ergänzt: „Jetzt mussten sie ihre Regierungen nur überzeugen, daran so wenig wie möglich zu ändern. Und tatsächlich haben alle Regierungen die Position der Industrie vertreten.“ Das zeigt einmal mehr, dass Lobby-

ismus in der EU auch immer Lobbyismus in den Nationalstaaten heißt. Und auch dort noch viel zu tun ist.

**Pia Eberhardt** ■ Mitarbeiterin bei Corporate Europe Observatory  
pia@corporateeurope.org

- 13) Am 13. Januar 2011 nahm BusinessEurope an einem vom polnischen Konservativen Pawel Zalewski organisierten Seminar teil, am 26. Januar organisierte der Verband gemeinsam mit dem deutschen Liberalen Michael Theurer ein Frühstücks-Treffen zum Thema Investitionen.
- 14) Die niederländische Kanzlei De Brauw Blackstone Westbroek schickte z.B. am 26. Januar 2011 einen Artikel an alle Abgeordneten des handelspolitischen Ausschusses, in dem sie auf die "großen Sorgen" hinwies, der der Vorschlag zum Ende der BITs Investoren bereitete.
- 15) Interview mit Nathalie Bernasconi-Osterwalder, Anwältin beim International Institute on Sustainable Development, 17.03.2011.
- 16) Kleinheisterkamp, Jan (2010): The Dawn of a New BIT Generation? - The New European Investment Policy, 23.12.2010, <http://kluerarbitrationblog.com/blog/2010/12/23/the-dawn-of-a-new-bit-generation-%E2%80%93-the-new-european-invest->

**Mehr zum Thema**

Hintergrundpapier 'Ändert die internationale Investitionspolitik der EU – jetzt ist die Zeit!', [http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2011/01/Investment\\_Briefing\\_PowerShift\\_S2B-et-al\\_deutsch.pdf](http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2011/01/Investment_Briefing_PowerShift_S2B-et-al_deutsch.pdf).

Forderungen der AK zu Investitionen und Investitionsschutz: [http://akeu-ropa.eu/\\_includes/mods/akeu/docs/main\\_report\\_en\\_138.pdf](http://akeu-ropa.eu/_includes/mods/akeu/docs/main_report_en_138.pdf).

Seattle to Brussels Network, Reclaiming Public Interest in Europe's Inter-

national Investment Policy: EU Investment Agreements in the Lisbon Treaty Era: A Reader: [http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/eu\\_investment\\_reader.pdf](http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/eu_investment_reader.pdf).

Investment rights stifle democracy – Artikel über den Einfluss der Konzernlobbies auf die Investitionsdebatte im Parlament: [http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/CEO\\_investment\\_rights\\_stifle\\_democracy.pdf](http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/CEO_investment_rights_stifle_democracy.pdf).

- ment-policy/ (abgerufen am 12.07.2011).
- 17) Eine genauere Analyse der Änderungsanträge findet sich in: Corporate Europe Observatory (2010): Investment rights stifle democracy, [http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/CEO\\_investment\\_rights\\_stifle\\_democracy.pdf](http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/CEO_investment_rights_stifle_democracy.pdf) (abgerufen am 12.07.2011).



## BankenlobbyistInnen in der Agenda der Finanzreform

# Lehman Brothers forever

**Man sollte meinen, dass sich die GesetzgeberInnen nach der Finanzkrise 2008 hüten würden, BankenlobbyistInnen die Agenda der Finanzreform dominieren zu lassen.**

**Weit gefehlt!** Sowohl auf internationaler als auch europäischer Ebene lassen die größten Banken ihre Muskeln spielen. Resultat daraus ist, dass die neue Bankenregulierung schwach sein wird. Sogar Lehman Brothers wäre nach den neuen Standards eine kreditwürdige Bank.

Kenneth Haar

Durch die Finanzkrise 2008 erlitten die Banken einen enormen Prestigeverlust. Als die renommierte Investmentbank Lehman Brothers unter dem Gewicht schlechter Kredite kollabierte, verdeutlichte das wohl am eindrucksvollsten die Unzulänglichkeiten der Risikobewertung der Banken. In Europa folgten Banken wie Northern Rock (UK), Icesave (Island), Hypo Real Estate (Deutschland) und viele andere. Man sollte meinen, dass die PolitikerInnen und Regulierungsbehörden als Konsequenz aus der Schlüsselrolle, die Banken in der Krise gespielt haben, schnell reagieren und entsprechende Bankenregeln in Kraft setzen würden, um die Jahre der Nachlässigkeit zu kompensieren und eine Wiederholung zu verhindern.

Zu Beginn klang alles sehr beruhigend. PolitikerInnen in Europa und den USA lieferten markige Wortmeldungen zur Notwendigkeit einer fundamentalen Reform der Finanzmärkte, einschließlich der Bankenregulierung. Die Regulierung wäre in der Vergangenheit zu locker gewesen, die Aufsicht zu beschränkt. In Europa sprachen sich sowohl führende VertreterInnen der Kommission als auch Regierungsmitglieder der Mitgliedstaaten für eine radikale Überarbeitung der Gesetzgebung aus. Es war an der Zeit diesen Worten Taten folgen zu lassen.

Nun da über die hektischen Reformdebatten der Nachkrisenzeit langsam Gras zu wachsen beginnt werden die tatsächlichen Ergebnisse der Banken-

regulierung sichtbar und diese sind bescheiden – was nicht zuletzt dem Einsatz der erstaunlich effektiven LobbyistInnen der Großbanken zu verdanken ist. Vom ersten Moment an haben Regulierungsbehörden und PolitikerInnen eng mit LobbyistInnen aus dem Bankensektor zusammen

**Wen würden Sie wählen wenn Sie jemanden um Rat fragen müssten, wie man mit unverantwortlich handelnden Banken umgeht? Aller Wahrscheinlichkeit nach wären die ersten KandidatInnen, die Ihnen einfielen nicht die Banken selbst – es sei denn, Sie sind die Europäische Kommission.**

die neuen Richtlinien ausgearbeitet. Den Banken wurde jede Möglichkeit eingeräumt, den Ton anzugeben, weshalb es niemanden überraschen sollte, dass sie dies auch gut hörbar getan haben.

**Banken dürfen die Tagesordnung bestimmen** ■ Die Finanzlobby einschließlich der Bankenlobby in der Europäischen Union unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von den Lobbys der Auto-, Nahrungsmittel- oder der Chemieindustrie. Während sie sich vor Ort in Brüssel auf die Schlagkraft von etwa 700 LobbyistInnen (wie von

FinanceWatch geschätzt) verlassen kann, ist es normalerweise nicht notwendig, diese Armada tatsächlich in den Kampf zu schicken, bei EU-ParlamentarierInnen „Klinken zu putzen“ oder Regierungen oder Ratsausschüsse zu besuchen. Meist müssen sie ihre Anliegen nicht einmal öffentlich erörtern. Der Grund hierfür ist, dass sie besonders weitreichenden, bevorzugten Zugang zu EntscheidungsträgerInnen, speziell in der Kommission, haben. Und nachdem die Kommission die einzige Institution ist, die Gesetzesvorlagen einbringen kann, ist dies von entscheidendem Vorteil. FinanzlobbyistInnen können beeinflussen, was alle anderen zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren werden, und im überwiegenden Teil der Fälle setzen sie ihre Vorstellungen leicht durch. Ironischer Weise ist es tatsächlich so, dass viele PolitikerInnen und Regierungen Regulierungsvorschläge dann für gut befinden, wenn sie vorher den Segen der großen Banken erhalten haben.

Es ist ein vertrautes Muster. Seitdem die Europäische Union 1999 damit begonnen hat, an einem gemeinsamen Finanzmarkt zu arbeiten, hat sich die Finanzindustrie mit ihren BeraterInnen in verschiedenen „ExpertInnen“- oder „Beratungsgremien“ der Kommission in Schlüsselpositionen befunden. Als die Krise 2008 ausbrach, musste die gesamte Gesetzgebung – von Bankgeschäften über Investmentfonds, Buchhaltungsstandards, Ratingagenturen, Derivaten etc. – die ursprünglich in enger Zusammenarbeit mit >>

»

Banken, Investmentfonds und anderen privaten Akteuren der Finanzszene geschmiedet worden war, plötzlich überarbeitet werden.

Wie aus einem Bericht der Lobby-Transparenz-Koalition ALTER-EU „A Captive Commission“ vom November 2009 hervorgeht, war es Finanzunternehmen gelungen, die Kommission bei allen entscheidenden Themen dazu zu bewegen, nur jene Vorschläge einzubringen, die der Finanzindustrie den größten Handlungsspielraum lassen würden.

**Basel II: das Scheitern** ■ Im Bankgeschäft war der Schuldige nach der Krise schnell gefunden. Die Regulierung der Bankgeschäfte sei zu schwach gewesen, insbesondere die Vorschriften über den Fremdfinanzierungsgrad der Banken, die in den Eigenkapitalregeln festgelegt waren. Diese Bestimmungen waren eigentlich keine rein europäischen Bestimmungen, sondern internationale Standards, besser bekannt als Baseler Abkommen, oder Basel II.

**Die Finanzlobby einschließlich der Bankenlobby in der EU unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von den Lobbys der Auto-, Nahrungsmittel- oder der Chemieindustrie. Sie privilegierten Zugang zu EntscheidungsträgerInnen, speziell in der Kommission.**

Folglich müssten Ermittlungen zum Einfluss der Bankenlobby auch auf internationalem Niveau ansetzen.

Basel II wurde durch das Baseler Komitee für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision - BCBS) beschlossen. Die Mitglieder des Baseler Ausschusses sind keine gewählten PolitikerInnen, sondern

VertreterInnen von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden der G-10 Staaten. Basel II wurde stark von den Privatbanken beeinflusst. Die Basel II-Empfehlungen sind, nach „intensiver Beratung mit der Industrie“, auf den ersten Blick international unverbindliche Empfehlungen für Banken, keine gesetzlich verpflichtenden Richtlinien. Folglich bietet ihre Umsetzung Spielraum für jene Länder, die das Baseler Abkommen unterstützen und für die Europäische Union.

Dieser Spielraum wurde von der Europäischen Union jedoch nicht genutzt, als Basel II vor etwa fünf Jahren eingeführt wurde. Die Kommission führte das Übereinkommen ohne weiteres Aufheben in den EU Rechtsbestand über: die heutige Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen. Dieser Prozess fand überraschender Weise ohne größere Kontroversen statt. Die Kommission hatte nämlich sichergestellt, dass die europäische Finanzindustrie voll in die Verhandlungen eingebunden war, verschiedene Beratungsgremien befassten sich direkt mit den Baseler Empfehlungen – federführend die „Banking Expert Group“. Diese Gruppe bestand aus 23 Personen, welche abgesehen von zwei (eine Person aus der Wissenschaft, sowie ein Sitz für eine KonsumentInnenorganisation) alle VertreterInnen der großen Banken (BNP-Paribas, Deutsche Bank, Société Générale, Banco Bilbao etc) waren. So gelangte die Gruppe in ihrem Abschlussbericht wenig überraschend zu der Ansicht, dass sie keinen Grund erkennen könne, warum das Baseler Abkommen in Frage gestellt werden sollte. Die Kommission folgte diesem Rat.

**Neue Regeln: Lehman Brothers als kreditwürdig eingestuft** ■ Wenn man einerseits die massive Kritik nach der Krise gerade an Basel II, andererseits aber auch die Schlüsselrolle der Banken in der Krise bedenkt, würde man meinen, dass die PolitikerInnen zweimal nachdenken würden, bevor sie nochmal den

**Als die Krise 2008 ausbrach, musste die gesamte Gesetzgebung - von Bankgeschäften über Investmentfonds, Buchhaltungsstandards, Ratingagenturen, Derivaten etc. – die ursprünglich in enger Zusammenarbeit mit der Finanzszene geschmiedet worden war – plötzlich überarbeitet werden.**

Empfehlungen der Banken über eine Reform des Finanzsektors folgten. Hatten die Banken nicht auf ein gescheitertes Regulierungsmodell gedrängt, und wäre es folglich nicht höchste Zeit, sich von anderer Stelle beraten zu lassen? Derartige Annahmen haben sich jedoch als geradezu naiv erwiesen.

Die Verhandlungen über eine Neugestaltung der Baseler Richtlinien erreichten im Sommer 2010 ihren Höhepunkt und wieder gingen die Banken als Sieger hervor. Aufsichtsbehörden und PolitikerInnen waren im Vorfeld vom Internationalen Bankenverband IIF (International Institute of Finance), der Vereinigung der Großbanken, wiederholt gewarnt worden, dass strenge Regeln zur Liquidität der Banken – Regeln hinsichtlich ihres Fremdfinanzierungsgrades – das gerade einsetzende Wirtschaftswachstum abwürgen würden. War der ursprüngliche Anspruch jener gewesen, dass Banken solide genug sein müssten, um künftige Krisen zu bestehen, wurden derartige Ambitionen über den Sommer hinweg aufgrund des Drucks des IIF deutlich abgeschwächt.

Wo liegt nun das genaue Problem bei dem Ergebnis, das jetzt in EU-Recht umgesetzt werden soll? Viele ExpertInnen haben eine Aufsehen erregende Analyse zu Basel III in die Debatte eingebracht: Hätte man Lehman Brothers kurz vor seinem Kollaps gewissenhaft überprüft, wäre es als kreditwürdiges Unternehmen eingestuft worden! Zu diesem Zeitpunkt lag der Fremdfinanzierungsgrad »



von Lehman Brothers bei 31 zu 1. Nach Basel III liegt das Limit bei 33 zu 1.<sup>1</sup>

**Von Basel nach Brüssel** ■ Die Debatte darüber, wie Basel III in der Europäischen Union umgesetzt werden soll, ist noch nicht beendet. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden wenige BankenvertreterInnen die neuen Eigenkapitalbestimmungen als zu schwach kritisieren. Aber wie werden die Basel III Vorschriften in den Rechtsbestand der Europäischen Union eingegliedert? Bevor die EntscheidungsträgerInnen diese Frage beantworten, wird die EU sie mit ihren BeraterInnen diskutieren. Und auch dieses Kollegium der BeraterInnen setzt sich aus den üblichen Verdächtigen zusammen. Zum überwiegenden Teil kommen sie aus der neu gegründeten „ExpertInnengruppe zu Bankfragen“ (Group of Experts on Banking Issues – GEBI), einer Gruppierung, die stark beeinflusst wird von „ExpertInnen“ jener Banken, die auch im IFF vertreten sind, und die so hart daran gearbeitet haben, jegliche Form von internationalen Regeln zu verwässern. 31 der 42 Mitglieder der GEBI kommen aus Banken und Investmentfirmen, davon wiederum 25 aus Banken, wobei 23 auch Mitglieder des IIF sind.<sup>2</sup> In anderen Worten: jene Banken, die die internationalen Regelungen abgeschwächt haben, sollen jetzt die Kommission über die passende Herangehensweise für die EU beraten. Also sind wieder keine großen Änderungen bei der Regulierung der Banken zu erwarten. Es wird zwar an der Oberfläche einiges an oberflächlichen Detaildebatten geben, die Kernthemen von Basel III werden je-

**Hätte man Lehman Brothers kurz vor seinem Kollaps gewissenhaft überprüft, es wäre als kreditwürdiges Unternehmen angesehen worden!**

doch unverändert bleiben. Man wird sicherlich einiges an Diskussion beobachten können, die essentiellen Themen von Basel III werden jedoch unangetastet bleiben.

Wirft man einen Blick auf die Erfolgsbilanz der BankenlobbyistInnen als BeraterInnen der Kommission, einschließlich ihres Beitrags zur Formulierung jener Gesetzesvorlagen, die sich 2008 als so unzureichend erwiesen haben, ist es schwierig zu begreifen, weshalb diese Form der Beratung fortgesetzt wird. Nicht, dass sie nicht umstritten gewesen wäre. Der für die Finanzmarktregulierung zuständige Kommissar Michel Barnier hat dieses Problem zu verschiedenen Anlässen anerkannt und behauptet, die Angelegenheit ernst zu nehmen. So hat er beispielsweise in einem Brief an die Koalition für Lobby-Transparenz ALTER-EU zugesichert, eine stärkere Vertretung der Öffentlichkeit in den Beratergruppen zu gewährleisten.

**Teure Powerbroker** ■ Trotzdem scheint sich nicht viel geändert zu haben. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Finanzkrise 2008 nur aufgrund der enormen und teuren Auffangleistungen für die maroden Banken in Erinnerung bleiben. Die Banken sind das Herz der Krise. Sie waren es 2008, und sie sind es heute. Gewaltige Beträge aus öffentlichen Mitteln wurden aufs Spiel gesetzt um die Banken zu retten. Ende letzten Jahres hatten die 27 Mitgliedsstaaten der EU 4,5 Billionen Euro für Unterstützungen und Darlehen an Banken bereitgestellt, wovon 1,1 Billionen tatsächlich in Anspruch genommen wurden – fast die Hälfte des jährlichen BIP Deutschlands. Wenn es jedoch darum geht, Reformen einzuführen um eine Wiederholung der Krise zu verhindern, zeigen sich die PolitikerInnen wenig standhaft und geben dem Druck der Banken nach. Wir sollten also nicht überrascht sein, wenn sich hinter der nächsten Ecke eine neue Welle finanzieller Unsicherheit aufbaut, ausge-

**Gewaltige Beträge aus öffentlichen Geldern wurden aufs Spiel gesetzt um die Banken zu retten. Aber wenn es darum geht, Reformen einzuführen, um eine Wiederholung der Krise zu verhindern, zeigen sich die PolitikerInnen wenig standhaft und geben dem Druck der Banken nochmals nach.**

löst durch dieselben Umstände, die zum Kollaps von Lehman Brothers geführt haben.

**Kenneth Haar** ■ Corporate Europe Observatory

- 1) Siehe auch Zach Carter unter <http://ourfuture.org/blog-entry/2010093713/new-bank-regulations-would-bless-lehmans-risk-taking>, oder Steve Waldman (Interfluidity) unter <http://www.interfluidity.com/v2/716.html>.
- 2) Nähere Details zur GEBI-Gruppe, einschließlich Mitgliedsliste, auf ihrer Website; [http://ec.europa.eu/internal\\_market/bank/group\\_of\\_experts/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/bank/group_of_experts/index_en.htm).

#### Zum Weiterlesen

ALTER-EU; "A captive Commission – the role of the financial sector in shaping EU regulation", November 2009, <http://www.greenpeace.org/raw/content/eu-unit/press-centre/reports/a-captive-commission-5-11-09.pdf>

Ranjit Lall; "Reforming global banking rules: Back to the future", DIIS Working Paper 2010:16, <http://www.diis.dk/graphics/Publications/WP2010/WP2010-16-Lall-Reforming-global-banking-rules.pdf>

## Obama und die K-Street

# Lobby-Reformen in den USA

**Obwohl die USA heute oft als Beispiel für Lobbying-Transparenz genannt werden, war dies nicht immer der Fall.**

*Der Artikel analysiert, wie Transparenz in den Vereinigten Staaten realisiert wurde, was noch zu tun bleibt und was Europa vom Beispiel der USA lernen kann.*

Craig Holman

Die Regierung Obama hat ihr Wahlversprechen, den Einfluss von LobbyistInnen einzudämmen, mit einer Reihe von Initiativen weiter verfolgt und sorgt damit durchaus für Unruhe unter den wohlhabenden Lobby-Firmen (auch bekannt als die „K-Street“, in Anlehnung an die Straße, in welcher viele von ihnen ihren Sitz haben).

Demokratische Regierungssysteme basieren auf mehreren Prinzipien der politischen Legitimität. Sie umfassen unter anderem Rechenschaftspflichten der Regierung, die Zustimmung der BürgerInnen sowie Möglichkeiten der politischen Partizipation. Lobbyismus ist ein Mittel, um den Dialog zwischen BürgerInnen und RegierungsvertreterInnen zu ermöglichen – und damit ein notwendiges Instrument der Demokratie. Aber Lobbyismus kann zur exklusiven und elitären Betätigung werden, die, sehr zum Nachteil des Gemeinwohls, gut finanzierte, spezielle Interessen hinter geschlossenen Türen bedient.

Es ist Aufgabe der Demokratie, den legitimen Dialog zwischen BürgerInnen und RegierungsvertreterInnen zu fördern und zu verhindern, dass Lobbying ein exklusives „Insider-Spiel“ wird, welches das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung untergräbt. Transparenz ist das einzige und zugleich effektivste Mittel um sicherzustellen, dass Lobbying mehr ist als Geschäftemacherei in den Hinterzimmern der Reichen.

Aber es kann schwierig sein, Lobbytransparenz durchzusetzen. Das wohl offensichtlichste Hindernis ist hier der fehlende politische Wille innerhalb der Regierung, sich Einsicht in die Geschäftsbücher der lukrativen Profession der LobbyistInnen zu

**Vertrauen in die Regierenden setzt einen öffentlichen Dialog mit den BürgerInnen voraus, nicht nur mit den LobbyistInnen.**

verschaffen. Zusätzlich eröffnen unklare Definitionen für diejenigen, die sich ohnehin lieber bedeckt halten möchten, eine Versteckmöglichkeit im Transparenzsystem.

Diese Hürden sind jedoch in keins-ter Weise unüberwindbar. Sogar die LobbyistInnen selbst haben in den USA gelernt, den Wert von Transparenz zu schätzen. Und mit ein wenig Umsicht ist es auch möglich, neue Hindernisse zu meistern, sobald sie auftreten.

**Das Erbe der Schlupflöcher** ■ Die Entwicklungen in den USA zeigen, welche unbeabsichtigte Konsequenzen eine unklare Definition haben kann. 1946 verabschiedete der US Kongress das erste umfassende Offenlegungsgesetz für LobbyistInnen – den Federal Regulation of Lobby-

ing Act. Der 1946 Act verpflichtete jede/n, deren/dessen vorrangige Absicht bzw. Tätigkeitsbereich („primary purpose“) es war, Rechtsvorschriften im Kongress zu beeinflussen, sich zu registrieren und vierteljährliche Finanzberichte vorzulegen. Das größte Problem mit dem neuen Gesetz lag darin, dass der Begriff „primary purpose“ eine subjektive Interpretation zuließ – LobbyistInnen aus Anwaltskanzleien sahen ihren „vorrangigen Tätigkeitsbereich“ im Führen von Gerichtsverfahren, andere in „Recherchearbeiten“.

Eine Studie aus 1991 zeigt, dass in der Mehrheit der Fälle von unberechtigter Einflussnahme am Capitol Hill die entsprechenden Personen nicht als LobbyistInnen registriert waren. Die ersten Versuche, mehr Transparenz über Lobbyingaktivitäten in den USA zu schaffen, scheiterten also in jeder Hinsicht kläglich.

### **Der Lobbying Disclosure Act** ■

Das wurde 1995 mit der Verabschiedung des neuen Lobbying Disclosure Acts (LDA) korrigiert. Er ersetzte den subjektiven Begriff der „vorrangigen Absicht“ durch eine quantitative Definition.

Der Begriff „Lobbyist“ umfasste nun jede Person (1) die entweder angestellt oder gegen finanzielle oder anderweitige Kompensation von einem/r Kunden/in engagiert wird; (2) die als Einzelperson oder Lobby-Agentur ein Einkommen von 2.500 US-\$ oder mehr erhält oder für eine Lobby-Organisation innerhalb von drei Monaten Aufwendungen von 10.000 US-\$ oder mehr abwickelt; (3) deren Dienstleistungen mehr als einen Lobby-Kontakt mit RegierungsvertreterInnen umfassen; ➤



und (4) deren Lobby-Aktivitäten 20 Prozent oder mehr seiner/ihrer Einsatzzeit im Auftrag eines/r Kliente/in in jedem Drei-Monats-Zeitraum ausmachen.

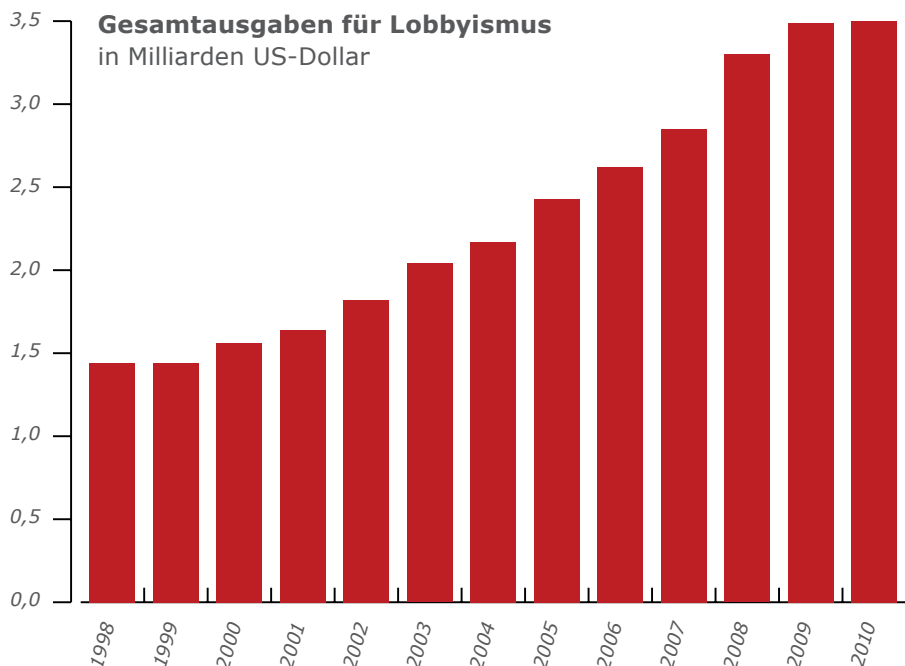
Diese empirischere, objektive Definition im LDA ließ die Anzahl der registrierten LobbyistInnen blitzschnell auf 10.798 steigen – was viel näher an der tatsächlichen Anzahl gelegen haben dürfte.

Obwohl der LDA 1995 die Registrierung und Offenlegung für LobbyistInnen verpflichtend machte, hatte das Gesetz gravierende Mängel. Der schwerwiegendste war, dass die Berichte der LobbyistInnen weder elektronisch eingereicht noch im Internet veröffentlicht werden mussten. Darüber hinaus machte der LDA 1995 auch keinen Versuch, das Verhalten der LobbyistInnen oder EntscheidungsträgerInnen zu regulieren.

Die Skandale um den ehemaligen Lobbyisten Jack Abramoff änderten all das. Abramoff nützte die Schwächen des LDA aus, überschüttete Abgeordnete und deren MitarbeiterInnen mit Geschenken, Reisen und Versprechen zukünftiger lukrativer Anstellungen im Austausch für offizielle Gefälligkeiten. Der langsame Offenlegungs-Prozess der Akten im Papierweg ermöglichte es Abramoff, seine Machenschaften für mehrere Jahre geheim zu halten. Letztendlich brachte jedoch der Nachweis seiner Lobby-Einkommen und Ausgaben das Kartenhaus zum Einsturz. Der Skandal nötigte 2007 den Kongress dazu, das US Lobbytransparenz-Gesetz nochmals zu verschärfen.

**Honest Leadership and Open Government Act** ■ Der Honest Leadership and Open Government Act

**Abramoffs Lobby-Aktivitäten wurden durch die notwendigen Offenlegungsberichte ans Licht gebracht.**



2007 (HLOGA) verstärkte die Offenlegungspflichten fundamental und band LobbyistInnen und Abgeordnete zum ersten Mal an ethische Auflagen. Einige der wichtigeren Änderungen in diesem Gesetz umfassten:

■ **Echtzeit Online-Berichterstattung und Offenlegung.** Alle LobbyistInnen müssen ihre Registrierung und Offenlegungsberichte elektronisch einreichen. Diese Berichte werden dann binnen weniger Tage oder sogar Stunden nach Ende der Einreichungsfrist im Internet in „durchsuchbarer, sortierbar und downloadbarer“ Weise zur Verfügung gestellt.

■ **Streichung von als Geschäftsreisen getarnten Vergnügungsreisen.** Vergnügungsreisen waren eine andere populäre Taktik der LobbyistInnen um Zugang zu Abgeordneten zu erhalten. Nun dürfen Lobby-Organisationen nur mehr Eintagesreisen sponsern, gerade lang genug um zu einer Konferenz zu fliegen und dort einen Vortrag zu halten. Der Einsatz von Geschäftsflugzeugen für derartige Reisen wurde effektiv verboten

und LobbyistInnen, geschult darin, jemandem auch in noch so luftiger Höhe zu schmeicheln, dürfen so nicht länger mitfliegen.

■ **Verbot von Geschenken.** Geschenke und private Essenseinladungen durch LobbyistInnen sind nun auch ausdrücklich untersagt. Lobby-Organisationen dürfen zwar immer noch Empfänge und Konferenzen abhalten, welche auch von Abgeordneten besucht werden können, diese Events müssen jedoch eine breit gestreute TeilnehmerInnenanzahl aufweisen und Abgeordnete dürfen keine Geschenke oder Speisen erhalten, die nicht auch allen anderen TeilnehmerInnen angeboten werden.

■ **Einige Schwachstellen bleiben** ■ Der HLOGA stellt eine bedeutende Verbesserung der Lobbyismus- und Ethikgesetzgebung der USA dar. Einige entscheidende Verbesserungen sind jedoch unter den Tisch gefallen, als der Kongress das Gesetz debattierte. Am schwersten wiegt, dass immer noch keine zentrale Behörde zur Umsetzung und Vollstreckung des Gesetzes geschaffen wurde. >>



Der HLOGA bietet überdies auch keine Möglichkeit, angemessen mit dem Missbrauch der „Revolving Doors“ umzugehen, und so dreht sich die Drehtür unkontrolliert weiter. Mehr als 40 Prozent der ehemaligen Kongressmitglieder beziehen nach ihrem Einstieg bei reichen Lobby-Firmen Millionengehälter.

Während der Kongressdebatte zum HLOGA befürwortete der damalige Senator Barack Obama erfolglos strengere Reformen. Obama plädierte für die Einrichtung einer unabhängigen Ethik-Durchsetzungs-Agentur und dafür, stärkere Restriktionen bezüglich der „Revolving Doors“ zu ergreifen.

**Schwerer Start** ■ An seinem ersten Tag im Weißen Haus erließ Barack Obama eine Verfügung („Executive Order“), die bahnbrechende Revolving Door-Bestimmungen für die Exekutive auf Bundesebene enthielt

(„Executive Orders“ des Präsidenten haben keine Aussagekraft für die Legislative).

Diese Verfügung enthält die allerersten Vorkehrungen zur Bekämpfung des Phänomens der Revolving Doors für neu ernannte RegierungsbeamtInnen. Ziel ist es, zu verhindern, dass Regulierungsagenturen von denjenigen gekapert werden, die sie eigentlich regulieren sollen. Die Verfügung verlangt, dass alle BeamtInnen sich bei Themen befangen erklären sollen, die ihre KlientInnen oder ArbeitgeberInnen der letzten zwei Jahre vor Regierungseintritt signifikant betreffen. Zusätzlich sind ehemalige LobbyistInnen, die innerhalb der letzten zwei Jahre aktiv eine bestimmte Behörde lobbyiert haben, von der Ernennung in diese Behörde ausgeschlossen. Tauchen derartige Konflikte auf, kann in seltenen Ausnahmen von der Durchsetzung abgesehen werden, falls die Regierung

## Als erste Amtstätigkeit verlangsamte Obama die Drehtür.

eine Ernennung für notwendig hält. Weiter untersagt die Verfügung, dass einst durch Obama Ernannte noch während seiner Amtszeit als LobbyistInnen zurückkommen und leitende Verwaltungsbeamte beeinflussen können. Zusammenfassend sind dies die härtesten Revolving Doors-Vorkehrungsmaßnahmen, die jemals getroffen wurde.

**K-Street und die Milliarden** ■ Auf diese aufsehenerregende Drehtür-Regelung folgte am 20. März 2009 eine zweite präsidentielle Verfügung. Nachdem Obama und der Kongress ein 787 Milliarden Dollar Konjunkturpaket abgesehen hatten, begannen einige K-Street Unternehmen in diesem Konjunkturpaket nach luk- ➤

## Hurrikan Katrina

### Revolving Doors und Naturkatastrophen

Die Revolving Doors funktionieren offenbar sogar während Naturkatastrophen. Als Milliarden von Steuergeldern an die amerikanische Golfküste flossen um die durch den Hurrikan Katrina verursachten Schäden zu reparieren, sorgten die LobbyistInnen dafür, dass ihre KlientInnen ein Stück vom Kuchen bekommen würden. Ein besonders aktiver Lobbyist war der ehemalige Direktor der viel geschmähten Federal Emergency Management Agency, Joe Allbaugh, zuvor im Jahr 2000 Wahlkampfmanager von George W. Bush.<sup>1</sup> Vor Katrina hatte Allbaugh seinen KlientInnen dabei geholfen, Wiederaufbau-Verträge im Irak abzuschließen. 2004 konfrontierte

das National Journal ihn mit Vorwürfen, wonach er aus seinem Einsatz für die Bush Administration Kapital schlagen würde. Seine Antwort darauf: „Ich kann mit diesem ‚Drehtür‘-Argument nichts anfangen. Dies ist Amerika. Wir haben alle das Recht unseren Lebensunterhalt zu verdienen.“<sup>2</sup>

Allbaugh, zu dessen KlientInnen auch Halliburton Co. zählt (die Firma hatte Verträge im Umfeld von Katrina erhalten), scheint dieser Tage ein besonders gutes Auskommen zu finden – derartig gut, dass ein Artikel im Online Magazin Slate ihm den Beinamen „Katastrophen-Zuhälter“ („disaster pimp“) verpasst hat.<sup>3</sup>



- 1) Thomas B. Edsall, "Former FEMA Chief is at Work on Gulf Coast," Washington Post, 8. September 2005, Seite A27.
- 2) "From the K Street Corridor: Allbaugh is Just Making a Living," National Journal, 3. Juli 2004.
- 3) Timothy Noah, "Joe Allbaugh, Disaster Pimp," Slate, 7. September 2005 (<http://www.slate.com/id/2125756/>).



rativen Earmarks<sup>1</sup> für ihre zahlenden Kunden zu suchen. Dies war Anlass für eine Anweisung Obamas an seine BeamtenInnen, jeden mündlichen Kontakt mit registrierten LobbyistInnen, die nach zielgruppenspezifischen Earmarks suchen, zu vermeiden. Derartige Anfragen könnten durchaus gestellt werden, jedoch ausschließlich schriftlich und danach müsse die Anfrage binnen drei Tagen im Internet veröffentlicht werden.

Die K-Street war in Aufruhr als sie ihre goldene Gans davonfliegen sah, forderte die Aufhebung der Regelung und drohte mit rechtlichen Konsequenzen. Das Weiße Haus erklärte sich am 29. März 2009 einverstanden, seine Politik zu LobbyistInnen im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket zu modifizieren. Die überarbeitete Anweisung erweiterte das Verbot der mündlichen Anfrage bezüglich Earmarks auf alle Personen, nicht nur registrierte LobbyistInnen.

**Lehren für Europa?** ■ Sowohl der US Kongress als auch die Obama Administration haben tiefgreifende Maßnahmen getroffen, um illegitime Einflussnahmen in der Bundesregierung im Zaum zu halten. Es ist eine Langzeitanstrengung, und einige der wichtigsten Herausforderungen liegen noch vor uns.

Aber fehlende Transparenz zählt sicher nicht zu den Mängeln der US Lobby-Regulierungen. Alle Personen, die entsprechende Vergütungen annehmen oder erhebliche Ausgaben tätigen, um die Gesetzgebung oder Regulierung zu beeinflussen, müssen sich als LobbyistInnen registrieren. Danach sind sie verpflichtet, viermal jährlich einen Bericht zu Lobby-Aktivitäten sowie zu etwaigen Kampagnenfinanzierungen und Veranstaltungen, die für RegierungsbeamtenInnen ausgerichtet wurden, einzureichen. Diese Berichte werden sofort in durchsuchbarer, sortierbarer und downloadbarer Form im Internet gepostet.

Obwohl das US-Modell der Regulierung von Lobbyismus nicht auf alle anderen Kontexte übertragbar sein muss, bringen einige der in den USA gemachten Erfahrungen unvermeid-

### **Transparenz kann nicht optional sein.**

bare Lehren für Europa mit sich. Zu allererst jene, dass Transparenz nicht optional sein kann. Egal, ob ein LobbyistInnen-Register bewusst auf Freiwilligkeit setzt, oder ob Mehrdeutigkeiten die Registrierung faktisch freiwillig machen – viele, wenn nicht gar die meisten derer, die bereit sind, auf illegale Praktiken der Einflußnahme zurückzugreifen, sich nicht freiwillig registrieren werden. Genau die LobbyistInnen, die das Tageslicht scheuen, sind jedoch jene, von denen die Öffentlichkeit wissen sollte.

Des Weiteren muss die Transparenz der Geldströme gegeben sein – um unzulässigem Einflussnahme ent-

gegenzuwirken. Das ultimative Ziel jedes aussagekräftigen Lobbytransparenzsystems ist es, die Abgeordneten und die Öffentlichkeit darüber zu informieren wer wem wieviel bezahlt, um auf was Einfluss zu nehmen.

Nur wenn die Geschäftsbücher weit geöffnet sind und die Öffentlichkeit erkennen kann, dass Regierungsentscheidungen und Verträge nicht gekauft sondern wohl überlegt sind, nur dann kann eine demokratische Regierung in den Augen ihrer BürgerInnen politisch legitimiert sein.

Craig Holman ■ Public Citizen

1) Anmerkung der Übersetzerin:  
„earmark“ ist ein in den USA gebräuchlicher Ausdruck für eine Verfügung des Kongresses, durch welche genehmigte Mittel nur für speziell definierte Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

### **Aktiv für Transparenz und Demokratie**

## **LobbyControl**

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflußstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Die Organisation setzt sich für Transparenz, eine demokratische Kontrolle und klare Schranken der Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit ein. LobbyControl kombiniert aktuelle Recherchen, wissenschaftliche Hintergrundanalysen und Kampagnenarbeit. LobbyControl ist unabhängig von Geldern aus Wirtschaft und Öffentlicher Hand und finanziert sich fast vollständig über Mitgliedsbeiträge und Spenden von Privatpersonen.

Wenn Sie LobbyControl unterstützen möchten und mehr erfahren möchten, abonnieren Sie den Newsletter unter [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de).



# Bursting the Brussels Bubble

**Dieses Buch, das von einigen führenden ExpertInnen auf dem Gebiet der Lobbying-Transparenz in Europa verfasst wurde, gibt Aufschluss darüber, wie die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union wirklich ablaufen, und erweist sich damit als wertvoller Leitfaden für alle, die sich für mehr Transparenz und demokratische Kontrolle einsetzen.**

Die in diesem Buch zusammengetragenen Beiträge machen deutlich, wie sich die Lobby des Big Business erfolgreich in die Entscheidungs-

prozesse der Europäischen Union eingeklinkt und damit eine politische Kultur geschaffen hat, in der es mittlerweile als völlig normal gilt,

dass die Politik hinter verschlossenen Türen von der Wirtschaft beeinflusst wird.

Fallstudien zeigen, wie die LobbyistInnen vorgehen, und liefern damit den Beweis dafür, dass auf mehr Transparenz und demokratische Kontrolle – kurz: eine radikale Reform – nicht verzichtet werden kann.

Beschrieben wird auch, mit welchen Kampagnen versucht worden ist, gegen die Vereinnahmung der EU-Politik durch die Wirtschaft vorzugehen – und wie es gelingen kann, eine demokratischere und ihren BürgerInnen verpflichtete Europäische Union zu schaffen.

## Buch-Tipp

***Bursting the Brussels Bubble – The Battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU***  
Von ALTER-EU (2010)

**Online verfügbar:** <http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/bursting-the-brussels-bubble.pdf>

**Oder als Buch zu bestellen:**  
<http://www.alter-eu.org/book/bursting-the-brussels-bubble>



## Wirtschaftslobbys in Brüssel

# Lobbytouren durch das Europaviertel

Seit einigen Jahren organisiert Corporate Europe Observatory (CEO) Führungen durch das Europa-Viertel in Brüssel. Dadurch konnten hundert von Studierenden, ParlamentarierInnen und deren AssistentInnen, NGO-AktivistInnen und interessierten BürgerInnen einen Blick hinter die Kulissen der Wirtschaftslobbys in Brüssel verschafft. Auf diesen Führungen werden eine Auswahl der vielen Hauptquartiere von Lobbygruppen, PR-Firmen und sonstigen Akteuren, die im Auftrag der Unternehmen Einfluss auf die EU-Politik nehmen und

sich ganz in der Nähe der Machtzentren häuslich eingerichtet haben. Vor den Gebäuden, in denen die LobbyistInnen in aller Diskretion ihrer Arbeit nachgehen, liefern wir den TeilnehmerInnen konkrete Beispiele dafür, wie sich diese Lobbyarbeit auf die Entscheidungsprozesse in der EU auswirkt.

Wenn Sie an einer solchen Führung teilnehmen wollen, dann schicken Sie bitte eine E-Mail mit Ihrem Namen und Ihrer Kontaktadresse an: [ceo@corporateeurope.org](mailto:ceo@corporateeurope.org)



Alternativ kann man auch eine virtuelle Tour durch das Europäische Zentrum unternehmen: <http://www.eulobbytours.org/tour.html>.

# EU-Infobrief: Europa und Internationales in kritischer und sozialer Perspektive – kostenlos beziehen



## Bestellen!

Unter <http://wien.arbeiterkammer.at/infobrief-bestellen> können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.

**Der EU-Infobrief erscheint 5x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Alternativen zur Hegemonie des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.**

